

**Entwurf:
Das Wahlprogramm
der Freien Demokraten
zur Wahl der
Bremischen Bürgerschaft
und der
Bremerhavener
Stadtverordneten-
versammlung
am 14. Mai 2023**

Anträge Landesparteitag der Freien Demokraten Bremen

Inhaltsverzeichnis

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
001	Kapitel 1: Bessere Bildung für Bremen Landesvorstand Bremen (LV Bremen)	2
002	Kapitel 2: Starke Wirtschaft, sichere Energie, sozialer Aufstieg, moderne Arbeit Landesvorstand Bremen (LV Bremen)	18
003	Kapitel 3: Solider Haushalt und effiziente Verwaltung Landesvorstand Bremen (LV Bremen)	33
004	Kapitel 4: Maritime Wirtschafts- und Hafenpolitik Landesvorstand Bremen (LV Bremen)	38
005	Kapitel 5: Zukunftsfeste Stadtentwicklung Landesvorstand Bremen (LV Bremen)	43
006	Kapitel 6: Modernes Bauen für eine moderne Stadt Landesvorstand Bremen (LV Bremen)	50
007	Kapitel 7: Mobilität wie man sie braucht Landesvorstand Bremen (LV Bremen)	54
008	Kapitel 8: Liberaler und durchsetzungsfähiger Rechtsstaat Landesvorstand Bremen (LV Bremen)	63
009	Kapitel 9: Soziales und Inklusion Landesvorstand Bremen (LV Bremen)	82
010	Kapitel 10: Gesundheit und Pflege Landesvorstand Bremen (LV Bremen)	89
011	Kapitel 11: Klima und Umwelt Landesvorstand Bremen (LV Bremen)	95
012	Kapitel 12: Sport Landesvorstand Bremen (LV Bremen)	100
013	Kapitel 13: Kultur Landesvorstand Bremen (LV Bremen)	103
014	Kapitel 14: Landwirtschaft Landesvorstand Bremen (LV Bremen)	105
015	Kapitel 15: Die Freiheit endet nicht an Bremens Grenzen Landesvorstand Bremen (LV Bremen)	109

Antrag 001: Kapitel 1: Bessere Bildung für Bremen

Antragsteller*in:	Landesvorstand Bremen (LV Bremen)
Status:	zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Frühkindliche Bildung**

2 **Kita-Plätze**

3 Beste Bildung fängt beim Kleinkind in der Kindertagesstätte (Kita) an. Es ist
4 unzumutbar, dass insbesondere in der Stadt Bremen bis zum Jahr 2023 mehr als
5 3.800 Kita-Plätze fehlen und die vorhandenen Plätze mit ihren Betreuungszeiten
6 kaum die Lebensrealität der Menschen im Blick haben. Wir Freien Demokraten
7 machen uns für einen bedarfsgerechten Ausbau der Plätze in Krippen und
8 Kindertagesstätten stark. Daneben setzen wir auf privates Engagement von der
9 Tagesmutter bis hin zur Betriebs-Kita. Dazu wollen wir die
10 Fortbildungsmöglichkeiten verstärken.

11 **Familienfreundliche Kitas durch flexible Angebote**

12 Wir Freien Demokraten setzen uns dafür ein, dass die Öffnungszeiten von
13 Kindertagesstätten flexibler und näher an der Lebens- und Arbeitsrealität der
14 Bürgerinnen und Bürger gestaltet werden. Es geht dabei darum, dass frühkindliche
15 Bildung dann stattfindet, wenn sie von den Erziehungsberechtigten - auch in
16 Vollzeit tätigen - tatsächlich gebraucht wird. Dafür müssen wir die
17 Öffnungszeiten der KITAs deutlich ausweiten. Wir wollen in jedem Stadtteil eine
18 Kita, die mindestens von fünf Uhr bis 23 Uhr geöffnet ist, entsprechend dem
19 Schichtdienst. Zusätzlich muss es in Bremen und Bremerhaven ein
20 nachfragedeckendes Angebot für die 24-Stunden-Kitabetreuung geben.

21 Wir wollen, dass der Personalschlüssel von zwei Fachkräften je 20 Kinder in
22 allen Einrichtungen für drei- bis sechsjährige Kinder in Bremen und Bremerhaven
23 realisiert wird. Eine Anhebung der Gruppengröße über 20 Kinder hinaus lehnen wir
24 ab. Das bedeutet auch, dass ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher die
25 pädagogische Leitung haben und von einem Team unterschiedlicher Fachkräfte und
26 Hilfskräften unterstützt werden, um eine möglichst umfangreiche Förderung
27 passend zu den individuellen Bedarfen der Kitas und Kinder zu gewährleisten.

28 Durch die Erhöhung des Anteils akademisch ausgebildeter Fachkräfte in
29 Kindertagesstätten soll die frühkindliche Bildung in der Umsetzung gestärkt
30 werden. Wir wollen Kitas von einem Aufbewahrungsort zu einem Bildungszentrum
31 entwickeln.

32 Da jüngere Kinder eine sichere Bindung zu Bezugspersonen brauchen, um sich
33 wohlfühlen, machen wir uns für eine verlässliche Kontinuität beim Kita-
34 Personal stark. Diese erreicht man zum Beispiel durch die Verbesserung der
35 Arbeitsbedingungen. Damit wird gleichzeitig der hohe Krankenstand reduziert. Wir
36 werden im Hinblick auf die schwierige Gewinnung von pädagogischen Fachkräften
37 auf unterstützende Teams unterschiedlicher Fachkräfte setzen.

38

39 **Gebührenfreie Kitas und Entscheidungsfreiheit**

40 Wir Freien Demokraten stehen für beitragsfreie Kitas. Das schließt auch die U3-
41 Krippe, den Hort und die Randbetreuungszeiten mit ein. Dabei ist unbedingt
42 darauf zu achten, dass die Beitragsfreiheit nicht zu einem Qualitätsverlust bei
43 der frühkindlichen Bildung führt. Auch ohne Elternbeiträge setzen wir uns für
44 eine Steigerung der Ausgaben für die frühkindliche Bildung insgesamt ein.

45 Ob ein Kind die Kita besucht, sollten weiterhin die Eltern beziehungsweise die
46 Erziehungsberechtigten entscheiden. Verpflichtende Kita- Jahre lehnen wir ab.

47

48 **Schließzeiten abschaffen**

49 Wir Freien Demokraten werden die Schließzeiten in den Krippen und Kindergärten
50 des Landes Bremen abschaffen. Die 20 Schließtage im Kita-Jahr benachteiligen vor
51 allem Alleinerziehende. Aber auch Familien mit beiden Elternteilen werden
52 hierdurch in der freien Planung ihres Erholungsurlaubs eingeschränkt. Zum
53 Abdecken der Schließzeiten müssen aktuell über 80 Prozent des gesetzlichen
54 Anspruchs auf Erholungsurlaub genutzt werden.. Das gilt auch für Erzieherinnen
55 und Erzieher. Dies gilt es zu ändern. Die freie Verfügungskraft über den
56 wohlverdienten Urlaub gehört den Eltern und den Erzieherinnen und Erziehern.
57 Speziell Alleinerziehenden bleibt so nur noch ein geringer Anteil an
58 selbstbestimmten Urlaubstagen zur Verfügung. Dies ist nicht mehr zeitgemäß.

59 **Verpflichtende Sprachtests und verpflichtende Sprachförderung**

60 Wir wollen, dass Sprachdefizite möglichst früh erkannt werden. Die aktuelle
61 Sprachstandsfeststellung bei Vorschulkindern kommt zu spät. Oft beginnen
62 aufholende Hilfen erst kurz vor oder unmittelbar mit dem Schulstart. Wichtig ist
63 die Sprachstandsfeststellung in den frühen Kita-Jahren. So können Hilfen
64 rechtzeitig vor Schulstart greifen und die Chancengerechtigkeit in den
65 Bildungsbiografien kann zum Schulstart erhöht werden.

66 Damit alle Kinder die gleichen Chancen haben, stehen wir Freien Demokraten zu
67 verpflichtenden Sprachtests. Kinder, die dort Defizite aufweisen, wollen wir
68 individuell fördern, um zur Einschulung die erforderlichen Sprachkenntnisse
69 vorweisen zu können. Die Teilnahme an dieser Förderung ist verpflichtend zu
70 gestalten.

71 **Private Akteure bei der frühkindlichen Bildung stärken – Tagespflege**

72 Schon heute leisten viele private Akteure wichtige Arbeit für die frühkindliche
73 Bildung in Bremen und Bremerhaven. Dazu gehören beispielsweise Eltern-Kind-
74 Gruppen, betriebliche und freie Träger von Kindertageseinrichtungen sowie
75 Elternvereine. Wir fordern deshalb, dass ihnen dieselben Mittel pro
76 Kind zukommen wie staatlichen Einrichtungen. Wir wollen über eine Änderung des
77 Bremischen Tageseinrichtungs- und Kindertagespflegegesetzes außerdem erreichen,
78 dass die Gründung von privaten Kindertageseinrichtungen, wie beispielsweise
79 betrieblichen Kitas, erleichtert wird, damit schnell und zuverlässig der
80 Mangelversorgung entgegengewirkt wird.

81 Ein wichtiger Beitrag zur frühkindlichen Bildung wird auch durch Tagesmütter und
82 -väter erbracht, die in kleinen Gruppen und in einem überschaubaren Rahmen
83 Betreuung anbieten. Eltern mit besonders flexiblen Betreuungsbedarfen sind auf
84 ausreichende Plätze bei diesen Tagesmüttern und -vätern angewiesen. Damit diese
85 wichtige Flexibilität auch geleistet werden kann, fordern wir eine höhere,
86 angemessene Vergütung qualifizierter Tagesmütter und -väter.

87 **Externe Evaluation zur kontinuierlichen Verbesserung frühkindlicher Bildung**

88 Chancengleichheit in den verschiedenen Kindertageseinrichtungen kann nur
89 gelingen, wenn eine hohe Betreuungsqualität gewährleistet ist. Deswegen wollen
90 wir Freien Demokraten eine wissenschaftlich begründete, zuverlässige und
91 einheitliche Qualitätsbewertung auf der Basis einer internen und externen
92 Evaluation. Eine solche externe Evaluation muss verschiedene Bereiche abdecken:
93 Räume und Ausstattung einerseits, aber auch die Professionalität des Teams
94 andererseits. Sie muss die Einzeleinrichtung in den Blick nehmen, aber auch die
95 durch den Träger gewährte Unterstützung sowie die trägerintern organisierte
96 Fachberatung der Kollegen und Kolleginnen vor Ort. Sie hat das Ziel, positive
97 Entwicklungen zu identifizieren und zu stärken und gleichzeitig Verbesserungs-
98 und Entwicklungsbedarfe hervortreten zu lassen.

99 **Medienkompetenz in der frühkindlichen Bildung stärken**

100 Als Teil ihrer Lebensrealität haben Kinder immer früher Zugang zu digitalen
101 Medien. Pädagogische Fachkräfte arbeiten aktuell in einem ambivalenten
102 Spannungsverhältnis: Kinder kommen mit ganz unterschiedlichen Medienerfahrungen
103 – von einer völligen Abwesenheit aller digitaler Formate bis hin zu einem nicht
104 altersgerechten Dauerkonsum unterschiedlichster Medien – in den Einrichtungen
105 zusammen. Die pädagogische Arbeit in den Tageseinrichtungen wird dadurch
106 natürlich beeinflusst. Stärker als je zuvor müssen die Erzieherinnen und
107 Erzieher deshalb auch das Aufwachsen in einer digitalen Gesellschaft begleiten
108 und die Auseinandersetzung mit den unterschiedlichsten Medien als pädagogische
109 Aufgabe verstehen. Wissen und Handlungssicherheit im Umgang mit digitalen
110 Medien(-themen) dürfen nicht als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Wir
111 Freien Demokraten fordern daher einen Plan, wie über einen Zeitraum von fünf
112 Jahren das gesamte pädagogische Personal in den Kindertagesstätten für
113 die digitale frühkindliche Bildung qualifiziert werden kann. Ziel ist die
114 Etablierung eines verbindlichen Medienkonzepts an allen Kindertageseinrichtungen
115 in Anlehnung an die Empfehlungen der BZgA. Diese empfiehlt für Kinder im Alter
116 von drei bis sechs Jahren eine Mediennutzung von maximal einer halben Stunde pro
117 Tag. Krippenkinder in einem Alter von null bis drei Jahren sollten keine
118 digitalen Medien konsumieren.

119 **Erzieherausbildung stärken**

120 Hierzu wollen wir die Erzieher-Ausbildung praxisnaher gestalten und mehr Weiter-
121 und Spezialisierungsangebote sowohl während als auch nach der Ausbildung
122 anbieten. Um zusätzliches Personal zu finden, sollen außerdem die Arbeits- und

123 Ausbildungsbedingungen verbessert werden. Altersgerechte Bildungsangebote sollen
124 stärkeren Einzug bei frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsangeboten erhalten.

125 Dabei sollen die Sprachfertigkeiten besondere Beachtung finden, um der
126 Entwicklung der Kleinkinder von Beginn an gerecht zu werden.

127 **Digitalisierung in der Verwaltung und der Kommunikation von Kitas (digitale**
128 **Infrastruktur)**

129 In den Kindertagesstätten in Bremen und Bremerhaven wollen wir Freien Demokraten
130 auch die Kommunikation und die Arbeitsabläufe durch den Einsatz digitaler Soft-
131 und Hardware verbessern. In Regierungsverantwortung in Bremerhaven haben wir
132 dazu den ersten Schritt getan und über eine Million Euro investiert.

133 Dadurch wurde gerade die Kommunikation zwischen Mitarbeitenden und Eltern
134 deutlich verbessert. Digitale Kommunikationswege und der Umgang mit
135 entsprechender Soft- und Hardware zur Unterstützung von Arbeitsabläufen sind in
136 der Arbeitswelt heute in den meisten Bereichen selbstverständlich und können
137 auch im Alltag der Kindertagesstätten Arbeitserleichterung bieten.

138 Zuverlässige und schnelle Kommunikationswege zwischen Fachamt, den Trägern, den
139 Leitungskräften und den einzelnen Fachkräften sind dringend erforderlich und
140 benötigen eine entsprechende digitale Infrastruktur. Im Sinne des
141 Besserstellungsverbots und der Finanzierungsverpflichtung durch den örtlichen
142 Träger der Jugendhilfe gegenüber den freien Trägern sind die
143 Kindertagesstätten in freier Trägerschaft ebenso digital anzubinden.

144 **Naturkindergarten für Bremerhaven**

145 Wir Freie Demokraten wollen uns dafür einsetzen, dass Bremerhaven einen
146 Naturkindergarten für 3 – 6-jährige bekommt, bei dem sich die Kinder täglich und
147 bei jedem Wetter in der Natur aufhalten. Dadurch wollen ein weiteres attraktives
148 Kita-Angebot schaffen, das sich in vielen deutschen Großstädten bewährt hat. Als
149 Standort könnte die Neue Aue in Betracht kommen.

150 **Moderne und leistungsorientierte Schulen**

151 **Die Grundschule als Fundament der Bildung**

152 In der Grundschule werden grundlegende Bildungsinhalte wie Lesen, Schreiben und
153 Rechnen vermittelt, aber auch die in einer Gemeinschaft dringend erforderliche
154 Sozialkompetenz. Nur auf Grundlage der sicheren Beherrschung dieser Fähigkeiten
155 kann der weitere Bildungsweg zum Erfolg führen.

156 Zu diesem Erfolg trägt in hohem Maße der von uns geforderte schnelle Ausbau der
157 Ganztagschulen bei. Dieser ist abhängig von guter Ausstattung mit Personal,
158 z.B. mit multiprofessionellen Teams (Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher,
159 sonderpädagogisches Personal usw.), ausreichend zeitgemäßen Lehr- und
160 Lernmitteln und dem Vorhandensein angemessener Räumlichkeiten.

161 Wir wollen nicht zuletzt Kindern aus bildungsfernen Schichten mit Hilfe von
162 Ganztagschulen und Quartierbildungszentren bessere Bildungschancen ermöglichen.
163 Durch ein erhöhtes Angebot von Ganztagschulen wollen wir Freien Demokraten
164 außerdem berufstätigen Eltern eine zuverlässige Betreuung ihrer Kinder
165 gewährleisten. Wir betrachten es als sinnvoll, die wertvolle Arbeit von Horten
166 und Ganztagsgrundschulen zusammenzuführen.

167 Wir Freien Demokraten wollen die freie Schulwahl im Land Bremen auch im Bereich
168 der Grundschulen. Daher wollen wir die Schuleinzugsgrenzen für Grundschulen
169 abschaffen. (Steht der Freiheitsgedanke über dem pädagogischen,
170 verkehrstechnischen bzw. ökologischen Sinn? Entstehen Brennpunktschulen durch
171 Abwanderung der stärkeren SuS? Auch Übergang von Kita zu Grundschule im
172 Wohnbezirk.)

173 Wir wollen sicherstellen, dass beim Start in die Grundschule in sprachlicher,
174 sozialer und körperlicher Hinsicht die Voraussetzungen vorhanden sind, um
175 erfolgreich am Unterricht teilnehmen zu können. Gegebenenfalls muss ein
176 Übergangsangebot von Kita und Grundschule geschaffen und deren Kooperationen
177 ausgebaut werden. Um der Heterogenität der Schülerschaft besser gerecht zu
178 werden, bietet sich an Grundschulen ein jahrgangsübergreifender Unterricht an.

179 Die Inklusion muss in angemessener Qualität und mit entsprechender personeller
180 und sachlicher Ausstattung während der gesamten Schullaufbahn für die
181 Schülerinnen und Schüler umgesetzt werden. Die aktuelle Unterfinanzierung und
182 der Personalmangel bei der Umsetzung der Inklusion führt dazu, dass etliche
183 Kinder nicht ihren individuell bestmöglichen Bildungsabschluss erlangen können.
184 Wir wollen, dass Schulen in die Lage versetzt werden, auf die individuellen
185 Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler mit Beeinträchtigungen einzugehen.

186 Die Grundlage für eine Verbesserung der Qualität der schulischen Bildung in der
187 Grundschule sind die Basisfertigkeiten Lesen, Schreiben und Rechnen. Daher muss
188 auch in Grundschulen im Land Bremen eine elementare Sprachkompetenz und ein
189 sicherer Umgang mit Schriftsprache sowie die Beherrschung grundlegender
190 mathematischer Kompetenzen als Mindestanforderung erreicht werden. Das
191 funktioniert nur mit im jeweiligen Fachgebiet gut ausgebildeten
192 Lehrkräften sowie qualifizierten sonder- und sozialpädagogischen Fachkräften.

193 Wir wollen den Leistungsgedanken bereits in der Grundschule wieder verstärkt in
194 den Blick nehmen. Heterogenität und Inklusion sind keine Gründe, um auf den
195 Leistungsgedanken zu verzichten.

196 Wir wollen die für den Übergang von der Grundschule an eine weiterführende
197 Schule notwendige Schulartempfehlung stärken. Wir setzen uns dafür ein, dass die
198 Eltern über den Leistungsstand des Kindes kontinuierlich, transparent und
199 ausführlich informiert werden.

200 **Moderne Bildung braucht leistungsorientierte Schulen**

201 Wir Freien Demokraten stehen für ein leistungsorientiertes Schul- und
202 Bildungssystem. Alle Schulabgänger müssen entsprechend ihrer individuellen
203 Fähigkeiten im Sinne einer Ausbildungsfähigkeitsgarantie durch bestmögliche,
204 moderne Bildung auf den zukünftigen Arbeitsmarkt vorbereitet werden. Außerdem
205 müssen Schulen im Land Bremen den Schülerinnen und Schülern alles an die Hand
206 geben, um sich eigenständig und selbstbestimmt auf das Leben vorzubereiten. Der
207 Leistungswille muss nicht nur ausgebildet werden, er muss auch belohnt werden.
208 Wir orientieren uns am Grazer Modell, das Anreize für leistungsstarke
209 Schülerinnen und Schüler bietet.

210 Wir werden dafür Sorge tragen, dass die Bildungsausgaben im Land Bremen pro Kopf

211 und Jahr nicht hinter den Ausgaben der vergleichbaren Stadtstaaten Berlin und
212 Hamburg zurückbleiben.

213 **Sanierungsstau abbauen und zukunftssicher planen**

214 Eine Investitionsoffensive in die Bremer Schulen und andere
215 Bildungseinrichtungen. Viele Bremer Schulen sind in einem desolaten Zustand und
216 benötigen dringende Renovierungs- und Modernisierungsmaßnahmen. Schulräume sowie
217 Schulgebäude sind bedarfsgerecht zu gestalten und zukunftssicher zu planen.

218 Zukunftssicher bedeutet vor allem eine vorausschauende Infrastrukturplanung im
219 Hinblick auf die steigende Zahl von Schülerinnen und Schülern.

220 Den millionenschweren Sanierungsstau an den Bremer und Bremerhavener Schulen
221 wollen wir innerhalb von zehn Jahren systematisch abbauen. In Bremerhaven haben
222 wir in Regierungsverantwortung den ersten Schritt getan. In Bremer Schulen
223 müssen Schülerinnen und Schülern die beste Bildung erhalten und sich dabei wohl
224 fühlen.

225 **Sitzenbleiben wieder einführen**

226 Zum Leistungsgedanken gehört es konsequenterweise auch, Wiederholen in den
227 Schulen wieder einzuführen. Damit wird eine Vergleichbarkeit der schulischen
228 Leistungen gewährleistet, die im besten Fall einen unbeschwernten Übergang in
229 weiterführende Schulen ermöglicht.

230 **Noten ab der dritten Klasse**

231 Eine Benotung ab der dritten Klasse schafft eine transparente und leicht
232 verständliche Bewertung, welche Missverständnisse und Übersetzungsprobleme
233 vorbeugt. Im Land Bremen erreichte Schulabschlüsse müssen wieder bundesweit und
234 international wertgeschätzt werden.

235 **Grundbildung Modernisieren**

236 Für uns Freie Demokraten gilt, dass alle Schülerinnen und Schüler entsprechend
237 der eigenen Möglichkeiten und Fähigkeiten bestmöglich gefördert und gefordert
238 werden. Sie sollen Kernkompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen in
239 Verbindung mit naturwissenschaftlichem und ökonomischem Verständnis erlangen.
240 Korrekte Rechtschreibung sollte vom ersten Schultag an in allen Schulfächern
241 einen höheren Stellenwert haben.

242 Zur Grundbildung in einer digitalisierten Welt benötigen wir bereits in der
243 Schule eine Vermittlung von Informationstechnologie und Programmierung.

244 Zur Schule gehören zugleich die kulturelle Förderung sowie Wertevermittlung für
245 Demokratie, Freiheit, Toleranz, Rechtsstaat, Leistung und Eigenverantwortung.
246 Diese müssen zukünftig noch stärker in den Schulunterricht eingearbeitet werden.

247 **Eigenständige und leistungsstarke Schulen**

248 Die Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass Schulen eigenständig und
249 eigenverantwortlich entscheiden sollten, wie sie landes- beziehungsweise
250 bundeseinheitliche Bildungsstandards umsetzen. So werden die ihnen anvertrauten
251 Schülerinnen und Schüler bestmöglich unterrichtet. Die Schülerinnen und Schüler
252 erhalten durch Profilentwicklung eine größere Wahlfreiheit und die Schule kann
253 unterschiedlichen Leistungsniveaus besser gerecht werden.

254 Schon jetzt sind einzelne Schulen in Bremen und Bremerhaven dann besonders
255 erfolgreich, wenn sie ihre Vorstellungen von integrativem und
256 kooperativem Lernen mit einer bestimmten Gestaltungsfreiheit umsetzen können.
257 Wir Freien Demokraten wollen den Schulen mehr pädagogische, personelle und
258 finanzielle Freiheit geben. Dazu gehört ein professionell verwaltetes,
259 schuleigenes Budget, um Personalentscheidungen, Fortbildungsplanungen und die
260 selbstständige Auswahl der Lehrmittel zu ermöglichen. Im Rahmen der
261 Schulautonomie wollen wir den Schulen zudem die Möglichkeit geben, den
262 Stundenplan freier zu gestalten, zum Beispiel mit Blockunterricht.

263 Exzellente Fortbildungen bei der Schul- und Unterrichtsentwicklung unterstützen
264 wir.

265 **Fortschrittliche Schulen durch Transparenz und Wettbewerb**

266 Wir Freien Demokraten fordern mehr Transparenz durch die Veröffentlichung aller
267 Vergleichsergebnisse der einzelnen Schulen in Bremen und Bremerhaven. Eltern und
268 Schülerinnen und Schüler werden so bei der Schulwahl unterstützt. Zugleich
269 entsteht ein positiver Wettbewerb zwischen den Schulen, der automatisch zur
270 Verbesserung der Strukturen beiträgt.

271 Der entstehende Wettbewerb muss durch zusätzliche Gelder und Programme für alle
272 Schulen fair gestaltet werden. Dazu gehört auch eine existenzsichernde
273 Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft.

274 Ebenfalls setzen wir Freien Demokraten uns für bundesweite Abschlussprüfungen
275 auf einem einheitlichen Niveau ein.

276 **Moderne und leistungsstarke Lehrer**

277 Wir Freien Demokraten fordern, dass Lehrkräfte in Bremen und Bremerhaven
278 zukunftsfähig ausgebildet werden. Auch für die Aus- und Weiterbildung der
279 Lehrkräfte, sowie der dauerhaften Schaffung von zusätzlichen Lehrerstellen, sind
280 große Investitionen in das Bremer Bildungssystem notwendig. Wir wollen wir dem
281 Lehrpersonal die nötigen Freiheiten geben, um auf die individuellen Bedürfnisse
282 und Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler nach dem Prinzip „Stärke Deine
283 Stärken“ einzugehen und die für sie optimalen Lernmethoden nutzen zu können.

284 Wir Freie Demokraten fordern zur Stärkung der Lehrkräfte ein Innovationsbudget
285 für jede Klasse, mit dem die Klassenleitungen eigenverantwortlich Innovationen
286 wie beispielsweise programmierbare Roboter oder besondere Lern-Apps anschaffen
287 bzw. sinnvolle Ausflüge durchführen können.

288 Das Verhältnis zwischen Eltern und Lehrkräften führt in manchen Fällen zu
289 Konflikten. Um Lehrkräfte vor chronischer Überlastung zu schützen und Zeit zu
290 ermöglichen, um in Ruhe mit den Eltern zu sprechen und Konfliktsituationen
291 gemeinsam zu lösen, wollen wir Mediatorinnen und Mediatoren einzusetzen. Sie
292 stehen während des Kontakts zwischen Eltern und Lehrkräften zu Verfügung.
293 Dadurch wollen wir Konflikte entschärfen, transparenter Handeln und auf eine
294 ausgewogene Kommunikation achten.

295 Lehrerinnen und Lehrer verbringen zu viel Zeit mit bürokratischen Aufgaben.
296 Diese Zeit können sie dann nicht für Schülerinnen und Schüler aufbringen.

297 Deshalb sollten sie von bürokratischen Aufgaben entlastet werden. Es soll eine
298 Straffung und Abschaffung von Berichts- und Dokumentationspflichten erreicht
299 werden.

300 **Gegen Lehrermangel und Unterrichtsausfall**

301 Wir Freie Demokraten streben eine Lehrkräfteversorgung von 105 Prozent an allen
302 Schulen im Land Bremen, unabhängig von der Schulform, an. Deshalb fordern wir,
303 mehr Lehrerinnen und Lehrer an der Universität Bremen auszubilden und die
304 Anwerbung von Lehrkräften zu intensivieren. In diesem Zusammenhang setzen wir
305 uns dafür ein, die bremische Ausbildung zur Lehrkraft zu straffen, indem die
306 universitären und die praktischen Anteile durch das Landesinstitut für Schule
307 (LIS) stärker verzahnt werden. Schon früh während des Studiums sollten vom LIS
308 koordinierte und begleitete Praxisanteile verbindlich sein, was auch dazu
309 beiträgt, die Eignung für den gewählten Beruf rechtzeitig zu erkennen. Auch
310 Studierende, die über die Stadtteilschule bereits im Unterricht an Schulen
311 eingesetzt werden, sollten eine stärkere Anleitung erfahren und könnten hier
312 bereits Praxispunkte erwerben. Im Ergebnis könnte das an das Studium
313 anschließende Referendariat erheblich verkürzt werden. Bei diesen Bemühungen ist
314 allerdings darauf zu achten, dass die bremische Lehrerausbildung weiterhin
315 bundesweit anerkannt bleibt und die in Bremen ausgebildeten Lehrkräfte nicht am
316 Ende „Lehrerinnen und Lehrer zweiter Klasse“ sind und konsequent genutzt werden,
317 wobei wir ein Sprachniveau C1 entsprechend dem europäischen Referenzrahmen
318 voraussetzen. Wir fordern darüber hinaus eine Offensive gegen den
319 Unterrichtsausfall an Bremer und Bremerhavener Schulen. Dazu sollten u.a. die
320 Möglichkeiten der digitalen Lehre genutzt werden.

321 Außerdem wollen wir die Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte in Bremen und
322 Bremerhaven attraktiver gestalten. Dazu gehört nicht nur die einheitliche
323 Besoldung für Lehrkräfte aller Schularten, sondern auch ein attraktives
324 Berufsumfeld, das die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie allgemein die
325 Work-Life-Balance im Auge hat.

326 Die Möglichkeiten des Quereinstiegs und der Anerkennung von im Ausland
327 erworbenen Qualifikationen muss erleichtert und konsequent genutzt werden, wobei
328 wir ein Sprachniveau C2 entsprechend dem europäischen Referenzrahmen
329 voraussetzen. Wir fordern darüber hinaus eine Offensive gegen den
330 Unterrichtsausfall an Bremer und Bremerhavener Schulen. Dazu sollten u.a. die
331 Möglichkeiten der digitalen Lehre genutzt werden. Dabei wollen wir einen Wandel
332 von den derzeitigen bürokratischen Planstellen hin zu bedarfsgerechten
333 Personalplanungen der Schulen selbst und flexibleren Arbeitszeitmodellen für
334 Lehrkräfte.

335 **Lehrbeauftragte an Schulen**

336 Wir wollen allen Schulen die Möglichkeit geben, insbesondere für Fächer, in
337 denen Lehrkräftemangel herrscht, Praxislehrkräfte einzustellen. Dies hat sich in
338 anderen Bundesländern bewährt und wir haben es in Regierungsverantwortung an
339 Bremerhavener Oberstufen eingeführt. Damit wollen wir Freien Demokraten nicht
340 nur dem Unterrichtsausfall effektiv entgegenwirken, sondern zugleich mehr Praxis

341 in die Schulen bringen. Praxislehrer sollen, anders als Quereinsteiger,
342 nebenberuflich schulische Lehre ausüben können. Wir sprechen damit viele
343 Menschen an, die mit Ihrem Beruf zufrieden sind und Schulen gerne unterstützen
344 würden.

345 **Inklusion richtig umsetzen**

346 Wir Freien Demokraten setzen uns für die Inklusion in der Schule ein. Zugleich
347 stehen wir für den Erhalt der Förderzentren für Blinde und Sehgeschädigte, Taube
348 und Hörgeschädigte sowie Schwerstmehrfachbehinderte (Fritz-Gansberg-Schule).

349 Die Unterfinanzierung der Inklusion führt dazu, dass etliche Kinder nicht ihren
350 individuell bestmöglichen Bildungsabschluss erlangen können. Wir wollen, dass
351 Schulen in die Lage versetzt werden, auf die individuellen Bedürfnisse der
352 Schülerinnen und Schüler mit Beeinträchtigungen bestmöglich einzugehen.
353 Diversitätskompetenz sollte sich im Schulalltag, in den Interaktionen mit den
354 Kindern und mit den Eltern, aber auch im Team zeigen. Diese Kompetenz muss im
355 Gesamtkonzept der Schule sowie in deren Organisations- und Personalentwicklung
356 eingebunden sein.

357 Damit Inklusion gelingt und erfolgreich ist, muss den Lehrkräften zudem die Zeit
358 eingeräumt werden, sich bedarfsgerecht aus- und weiterzubilden. Des Weiteren
359 müssen pädagogische Fachkräfte für Inklusionsklassen in ausreichendem Maße
360 bereitgestellt und entsprechende Mittel für qualifizierte Assistenzkräfte sowie
361 deren Ausstattung zur Verfügung gestellt werden. Alle Schülerinnen und Schüler
362 sollten das gleiche Recht auf Bildung im Land Bremen haben. Sowohl Kinder und
363 Jugendliche mit Behinderungen als auch Hochbegabte zu fördern und zu fordern,
364 hebt das gesamte Leistungsniveau unseres Landes. Es muss Chancengleichheit im
365 gesamten Bildungsbereich herrschen. Deshalb ist es unser Ziel, zukünftig
366 entsprechende Förderungen in Bremen und Bremerhaven auszubauen.

367 Wir werden nicht akzeptieren, dass Schülerinnen und Schüler wegen mangelnder
368 Assistenzen nicht unterrichtet werden können und Kinder mit
369 Verhaltensauffälligkeiten oder Autismus-Spektrums-Störungen zunehmend als nicht
370 beschulbar eingestuft werden. Sofern Assistenzen nicht gewonnen werden können,
371 sollen Schülerinnen und Schüler in Spezialklassen, zum Beispiel an Zentren für
372 unterstützende Pädagogik, unterrichtet werden.

373 Auch wenn letzteres keine Art der herkömmlichen Inklusion darstellt, ist diese
374 Herangehensweise weitaus weniger exkludierend als der Ausschluss von
375 Schulbildung.

376 **Didaktische Methoden**

377 Die Modernisierung des didaktischen Vorgehens und Methoden, um den Unterricht an
378 Bremer Schulen ins 21. Jahrhundert zu holen. Statt im Unterricht auf Lehr- und
379 Lernmethoden zu setzen, die seit Jahrzehnten aus der Zeit gefallen sind, fordern
380 wir einen Unterricht, der auf Ansätze und Methoden von Heute setzt. Hierzu soll
381 die Unterrichtsgestaltung grundlegend den heutigen Stand der Didaktik angepasst
382 werden. Gerade für dienstältere Lehrer müssen hierzu die Aus- und
383 Weiterbildungsangebote deutlich ausgeweitet und verpflichtend werden, damit
384 veraltete Unterrichtsformen aus den Klassenzimmern verschwinden.

385 **Schule in Europa**

386 Wir Freien Demokraten stehen für ein starkes, vereintes Europa. Es gibt
387 europäische Förderprogramme wie Erasmus+, die Schulen in Europa miteinander
388 verbinden. Schülerinnen und Schüler können sich europaweit austauschen, von
389 digitalen Plattformen bis zu bezahlten Austauschprogrammen. Wir wollen, dass
390 diese Möglichkeiten des interkulturellen Austauschs an unseren Schulen
391 verbreitet und stärker genutzt werden, um Schülerinnen und Schüler aus Bremen
392 und Bremerhaven besser auf ihre Rolle in Europa vorzubereiten.

393 Die Modernisierung der Unterrichtsfächer und -inhalte. In einer zunehmend
394 globalisierten und internationalisierten Welt sind zusätzliche Sprachkenntnisse,
395 insbesondere in Englisch, zwingend notwendige Fähigkeiten. Um die Schüler
396 hierauf vorzubereiten, muss das Angebot für Sprachunterricht besser und
397 vielfältiger aufgestellt werden. Neben dem expliziten Englischunterricht ab der
398 3. Klasse, muss es flächendeckend mehr Angebote für bilingualen Fachunterricht
399 in Englisch geben. Darüber hinaus soll an sämtlichen Schulen das Sprachangebot
400 erweitert und ausgebaut werden. Während für Gymnasiasten eine zweite
401 Fremdsprache weiterhin Pflicht bleiben soll, muss auch den Schülern anderer
402 Schulzweige die Wahl zwischen mehreren Fremdsprachen garantiert werden. Hierbei
403 wollen wir auch die Wahlvielfalt zwischen unterschiedlichen
404 Fremdsprachenangeboten flächendeckend deutlich erhöht werden.

405

406 **Mehr Wirtschaft in der Schule**

407 **Wirtschaft und Politik als festen Bestandteil etablieren**

408 Die Fächer Politik und Wirtschaft müssen als fester Bestandteil der
409 unerlässlichen Grundbildung gestärkt werden. Entsprechend sollen sie von anderen
410 Gesellschaftsfächern getrennt werden mit Beginn der Sekundarstufe fester Teil
411 des Lehrplans und des wöchentlichen Unterrichts sein. Um die Schüler auch auf
412 die zunehmende Digitalisierung vorzubereiten, wollen wir Informatik als
413 Pflichtfach ab der 7. Klasse für alle Schulzweige einführen. Darin sollen den
414 Schülern digitale Techniken und informationswissenschaftliche Grundlagen
415 nähergebracht werden. Außerdem dient es dazu das Interesse für technologische
416 Fächer zu wecken.

417 Daneben fordern die Schüler regelmäßig und lautstark einen Schulunterricht, der
418 junge Menschen besser auf das alltägliche Leben vorbereitet. Gerade aus
419 liberaler Sicht ist es besonders wichtig, dass die Schule den Schülern hilft
420 sich zu mündigen, selbstverantwortlichen Menschen zu entwickeln. Deswegen
421 fordern wir einen stärkeren Alltagsbezug der Unterrichtsinhalte, und
422 insbesondere mehr Allgemeinbildung bei Themen des täglichen Lebens mit Bezug auf
423 persönliche Finanzen und rechtliche Angelegenheiten. Dies unterstützt gerade die
424 Kinder, in denen solche Kenntnisse und Fähigkeiten nicht durch das Elternhaus
425 mitgegeben bekommen in besonderer Weise.

426 In Bremen sind die Vorgaben für ökonomische Bildung im Fach Wirtschaft, Arbeit
427 und Technik bisher zu unverbindlich, so dass es letztlich vom Zufall der
428 Wohnort- und Schulwahl sowie den Vorlieben der Lehrkräfte abhängt, ob ein

429 Mindestmaß an ökonomischer Bildung vermittelt wird. Dabei geht es hierbei auch
430 um die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung. Chancengerechtigkeit,
431 Mündigkeit und Urteilsvermögen brauchen eine umfassende ökonomische Bildung als
432 Basis. Sie befähigt zur Teilhabe an Wirtschaft, Gesellschaft und Politik.
433 Sie schließt auch die Ethik von wirtschaftlichem Handeln jedes einzelnen ein.

434 Wir Freien Demokraten setzen uns für die Einbindung von Handels- und
435 Handwerkskammern sowie Unternehmen und Unternehmensverbänden ein, um
436 ökonomisches Wissen praxisnah zu vermitteln.

437 **Sicherheitspolitische Bildung in Bremen ermöglichen**

438 Wir Freie Demokraten wollen Schülerinnen und Schülern im Land Bremen die
439 Möglichkeit eröffnen, sich bei Expertinnen und Experten der Bundeswehr über
440 sicherheits- und verteidigungspolitische Themen informieren zu können. Aktuell
441 ist dies im Land Bremen anders als in vielen anderen Bundesländern nicht
442 erlaubt. Hierzu wollen wir es den Jugendoffizieren der Bundeswehr in Zukunft
443 erlauben, ihre politischen Bildungsangebote auch an den Schulen im Land Bremen
444 einbringen zu können. Sachliche Informationen sind die Grundlage für das
445 Verständnis der zunehmend an Bedeutung gewinnenden komplexen internationalen
446 Zusammenhänge der Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

447 **Profilbildung von Oberschulen ermöglichen und unterstützen**

448 Das Schulsystem im Land Bremen ist eines der durchlässigsten in der
449 Bundesrepublik. Die Oberschulen sind hier ein entscheidender Faktor. An den
450 Oberschulen können alle Schulabschlüsse bis zum Abitur erworben werden. Deswegen
451 stehen wir Freien Demokraten zur Oberschule als Gesamtschule. Die Attraktivität
452 von Oberschulen wird gesteigert durch eine individuelle Profilbildung (Beispiel:
453 Die sportbetonte Oberschule in der Ronzellenstraße). Dadurch steigen Anwahlzahlen
454 und auch die Attraktivität für Lehrpersonal. Um eine Profilbildung zu
455 ermöglichen, sind die Oberschulen auf die von uns geforderte Schulautonomie
456 besonders angewiesen.

457 **Stärkung der Gymnasien**

458 Wir Freien Demokraten stehen für Vielfalt im Bildungswesen. Gymnasien sind ein
459 elementarer Teil eines starken Bildungsangebots. Bereits bestehende Gymnasien in
460 Bremen und Bremerhaven sind zu erhalten und im Schulgesetz abzusichern. Außerdem
461 setzen wir uns für die bedarfsgerechte Gründung neuer Gymnasien ein.

462 Wir Freien Demokraten werden uns für mehr Gymnasien, die das Abitur nach 13
463 Jahren anbieten, stark machen, soweit dies nicht zu Lasten der Möglichkeit geht,
464 dass leistungsbereite SchülerInnen schon nach 12 Jahren die Abiturprüfungen
465 ablegen können (G 8). Für uns ist klar, dass viele Schülerinnen und Schüler
466 sowie deren Eltern den Wunsch haben, mit nicht mehr als 30 Stunden

467 Unterricht pro Woche zum Abitur zu gelangen. Stattdessen wollen sie mehr Zeit
468 für vertieftes, übendes Lernen und für die gründliche Reflexion und Aneignung
469 von Inhalten und dauerhaft abrufbarem Wissen. G9 bietet mehr Muße für
470 individuelle Freiräume. Wir wollen diese Möglichkeit vermehrt an den Gymnasien
471 in Bremen schaffen, ohne dabei den schnellen Weg zum Abitur abzuschaffen.

472 **Option B: nur noch G8, also Forderungen streichen Von LPT entscheiden lassen**

473 Wir Freien Demokraten wollen die Klassengrößen an Gymnasien verkleinern und die
474 Ausstattung der Gymnasien verbessern.

475 Wir nehmen wahr, dass auch Schülerinnen und Schüler Gymnasien besuchen, die den
476 Leistungsanforderungen dieses Schultyps nicht gerecht werden. Wir wollen daher
477 eine Probezeit für Gymnasien einführen, die die 5. und 6. Klasse umfasst. In
478 dieser Probezeit wird festgestellt, ob die Schülerin oder der Schüler den
479 Anforderungen des Gymnasiums gewachsen ist oder auf eine Oberschule wechselt.
480 Die nötigen Kapazitäten wollen wir ab Klasse 7 in den Oberschulen bereitstellen.

481 **Talente finden und fördern**

482 Um Talente unabhängig von ihrem Hintergrund und ihrer Herkunft zu fördern,
483 wollen wir in den nächsten vier Jahren ein landesweites Schülerstipendium für
484 mindestens 3.000 besonders förderungswürdige, finanziell schwache Schülerinnen
485 und Schüler an allen weiterführenden Schulen in Bremen und Bremerhaven auflegen.
486 Das Schülerstipendienprogramm kooperiert mit den Hochschulen und mit der
487 beruflichen Bildung im Land Bremen und den dortigen Talentscouts, die diese
488 Talente im schulischen und außerschulischen Kontext finden, gezielt beraten und
489 unterstützend begleiten. Sie sollen in Kooperationen mit der Wirtschaft (z.B.
490 Handwerks- und Handelskammer) und Stiftungen an die Hochschulen heranführen, bei
491 der Vermittlung von Betriebspraktika, Ausbildungsplätzen und

492 Auslandsaufenthalten helfen und vor allem Ansprechpartnerin und Ansprechpartner
493 sein. Wir wollen Aufsteiger-Geschichten als Hoffnungs-Booster bekannt machen, um
494 neben finanziellen und strukturellen Hürden auch gesellschaftliche Hindernisse
495 abzubauen. Dazu werden wir eine geeignete Kampagne des Landes (z. B. über Social
496 Media) auflegen, in der erfolgreiche Aufsteiger als Vorbild sichtbar
497 gemacht werden können. Diese Talente braucht unsere Gesellschaft in Zukunft noch
498 dringender als bereits jetzt.

499 **Mit Talentschulen soziale Nachteile überwinden**

500 Der in Nordrhein-Westfalen erfolgreich gestartete Talentschul-Versuch soll auf
501 der Grundlage einer wissenschaftlichen Begleitung und in Abstimmung mit dem von
502 der Bundesregierung vorgesehenen Startchancen-Programm auf Bremen und
503 Bremerhaven übertragen werden. Denn für uns ist klar: Bildungschancen dürfen
504 nicht vom Geldbeutel der Eltern oder dem Stadtviertel abhängen, in dem man
505 aufwächst.

506 **Post-Corona-Programm**

507 Wir fordern ein konsequentes Post-Corona-Programm, um die Defizite in Folge der
508 Pandemie auszugleichen. Unterrichtseinschränkungen, geschlossene Schulen und
509 unvorbereiteter Digitalunterricht haben spürbar und nachweislich schwerwiegende
510 Defizite bei den Schülern verursacht. Es ist zwingend notwendig, die

511 Versäumnisse und Fehler der Bildungspolitik während der Pandemie aufzuarbeiten
512 und entsprechende Maßnahmen zum Ausgleich umzusetzen. Hierzu fordern wir eine
513 umfangreiche Lernstandserhebung, sowie die Ausweitung von Förder- und
514 Nachhilfeprogrammen, um diese Lernrückstände aufzuholen. Auf absehbare Zeit

515 müssen freiwillige Sommerschulen angeboten werden, damit die Schüler die Chance
516 bekommen verpasste Inhalte nachholen zu können.

517 **Zielgerichtete Berufsorientierung**

518 Die Schulen sollten die Schülerinnen und Schüler auf die spätere Berufswahl
519 hinsichtlich der akademischen und dualen Ausbildung wertungsfrei und transparent
520 vorbereiten. Dabei ist die duale Ausbildung in den vergangenen Jahren zu kurz
521 gekommen. Eine fortschreitende Akademisierung verstärkt den Fachkräftemangel in
522 Berufen des Handwerks, des Handels, der Pflege und der Industrie.

523 Dabei sollten Schülerinnen und Schüler Einblicke, Vorteile, Nachteile, sowie
524 Chancen und Risiken am zukünftigen Arbeitsmarkt und dem Schritt zur
525 Unternehmensgründung vermittelt bekommen.

526 **Berufsschulen stärken**

527 Die Schulautonomie bei den bremischen Berufsschulen hat sich bewährt. Wir Freien
528 Demokraten wollen, dass alle Berufsschulen als eigenständige Schulen arbeiten.
529 Die Ausstattung der Schulen muss den Anforderungen der Zeit gerecht sein und
530 eine fortlaufende Modernisierung ermöglichen, um die Profile dem
531 Fachkräftebedarf der nahen und fernen Zukunft anzupassen.

532 Die duale Ausbildung in Betrieb und Berufsschule ist ein Erfolgsmodell.
533 Berufsschulen leisten einen hohen Beitrag bei der Integration zugewanderter
534 junger Menschen. Auch hierfür müssen die erforderlichen finanziellen und
535 personellen Mittel, insbesondere für Sprachförderung, zur Verfügung gestellt
536 werden.

537 Die beruflichen Gymnasien in Bremen und Bremerhaven erfüllen einen wichtigen
538 berufsvorbereitenden Zweck und sind Teil des gymnasialen Bildungssystems.
539 Deswegen wollen wir Freie Demokraten diese stärken und als gleichwertige Option
540 zu regulären Oberstufen in den Fokus rücken.

541 **Aufstiegs-BAföG und Schulgeldfreiheit**

542 Wir Freien Demokraten wollen, dass die Möglichkeiten des von der Ampel-Koalition
543 reformierten Aufstiegs-BAföGs in Bremen und Bremerhaven stärker genutzt werden.
544 Im Übrigen setzen wir uns dafür ein, dass das BAföG-Verfahren schnellstmöglich
545 und vollumfänglich digitalisiert wird.

546 Wir wollen, dass Ausbildungen an Fachschulen für Heil- und Pflegeberufe (etwa
547 Ergotherapeuten, Logopäden, Hebammen) künftig schulgeldfrei sind. Die Ausbildung
548 von Erzieherinnen und Erziehern wollen wir hingegen in eine duale Ausbildung
549 überführen.

550

551

552 **Digitalisierung in der Bildung**

553 **Bremen und Bremerhaven als Vorreiter der Digitalisierung**

554 Wir Freien Demokraten wollen, dass Bremen und Bremerhaven Vorreiter der
555 Digitalisierung werden. Als Zwei-Städte-Staat haben wir die Möglichkeit, den

556 Fortschritt schneller voranzutreiben. Um der technischen Entwicklung gerecht zu
557 werden, setzen wir uns dafür ein, dass Digitalisierung in den
558 Bildungseinrichtungen endlich richtig umgesetzt wird. Dabei wollen wir jedoch
559 die Grundfertigkeiten nicht vernachlässigen. Taschenrechner und Kopfrechnen
560 gehören genauso zu diesen Grundlagen wie Zehn-Finger-Schreiben und eine gute
561 Handschrift. Sie stellen keine Gegensätze dar, sondern ergänzen sich.

562 Der digitalisierte Unterricht als qualitative Weiterentwicklung des bisherigen
563 Unterrichts führt zu mehr Chancengerechtigkeit und Selbstbestimmung, unabhängig
564 von Herkunft und finanziellen Möglichkeiten.

565 Hinzu kommt ein enormer Investitionsbedarf für eine zeitgemäße, insbesondere
566 digitale, Ausstattung der Schulen in Bremen. Auch für die Aus- und Weiterbildung
567 der Lehrkräfte, sowie der dauerhaften Schaffung von zusätzlichen Lehrerstellen,
568 sind große Investitionen in das Bremer Bildungssystem notwendig. Diese Maßnahmen
569 sind zwingende Voraussetzung für jeden Fortschritt im Bildungssystem und müssen
570 der erste Schritt sein, um Bremen vom Platz als Bundesland mit der schlechtesten
571 Bildung zu befreien.

572 Während digitale Bildungsangebote bislang nur aus der Not der Pandemie heraus
573 genutzt worden sind, müssen digitale und hybride Bildungsangebote fester
574 Bestandteil des Bildungssystems werden. Hierfür fordern wir die Entwicklung
575 eines hochwertigen Digitalangebots durch Bildungsexperten und die dauerhafte
576 Integration entsprechender Angebote. Dabei macht die bloße Ausstattung mit
577 Tablets oder anderen digitalen Endgeräten noch keine moderne, digitale Bildung
578 aus.

579 **Digital kompetente Lehrkräfte**

580 Tablets im Unterricht allein reichen nicht aus, um unsere Kinder auf eine immer
581 stärker digitalisierte Welt vorzubereiten. Wir wollen, dass entsprechend
582 qualifizierte Lehrkräfte zu pädagogisch-didaktischen Digitalbeauftragten ihrer
583 Schule ernannt werden. Das Wissen und die Fähigkeiten dieser Fachkräfte muss an
584 alle Lehrkräfte weitergegeben und von ihnen umgesetzt werden können. Darum gilt
585 es auch die Lehramtsausbildung und Fortbildungsangebote zu prüfen, damit sie den
586 Anforderungen einer Lehre im 21. Jhd. gerecht wird und gegebenenfalls den
587 Kompetenzerwerb anzupassen.

588 SozialarbeiterInnen an den Schulen sollten geschulte Ansprechpartner für
589 Probleme wie Cybermobbing sein.

590 **IT-Führerschein**

591 Wir Freien Demokraten wollen die Vermittlung analoger und digitaler Kompetenzen
592 als Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe und zum beruflichen Erfolg fest im
593 Bildungssystem verankern. So bilden wir mündige, medien- und technikkompetente
594 Menschen aus, die selbstverantwortlich ihre Chancen im Leben ergreifen können.

595 Den Schülerinnen und Schülern sollten daher sowohl die zahlreichen sinnvollen
596 Möglichkeiten der Technik als auch der richtige Umgang mit ihr nahegebracht
597 werden. Daher gilt es heute neben der Wissensvermittlung auch den Umgang mit
598 digital verfügbaren Informationen zu lehren und das bereits spielerisch in der

599 Grundschule.

600 Einen besonderen Fokus wollen wir auf mögliche Gefahren und Konsequenzen im
601 Umgang mit privaten Daten, eigenen Bildern und der Nutzung von verschiedenen
602 kommerziellen Angeboten legen.

603 Eine Sensibilisierung zu Folgen aktueller Negativ-Trends wie Cybermobbing, "fake
604 News" und Verschwörungstheorien soll das Verantwortungsbewusstsein im Umgang mit
605 der digitalen Welt stärken.

606 Hierfür gilt es, entsprechend allgemeinverbindliche Standards zu entwickeln,
607 stets aktuell zu halten und nachhaltig zu verfolgen.

608 Eine solche Aufklärung sollte auch an die Erziehungsberechtigten der jeweiligen
609 Schülerinnen und Schülern gerichtet sein.

610 **Chancen der Digitalisierung effektiv nutzen**

611 Durch die Vernetzung über das Internet und den Einsatz moderner
612 Datenverarbeitung ergeben sich zusätzlich zahlreiche Möglichkeiten zur
613 Verbesserung der Bildung, die genutzt werden müssen. Beispielhaft hierfür sind
614 learning analytics - Software zur individuellen Lernfortschrittsverfolgung -
615 oder vernetzte Plattformen, auf denen Lehrkräfte die nötigen Lehrmaterialien
616 individuell verfügbar machen und abrufen können.

617 Solange diese Materialien nicht urheberrechtlich geschützt sind, können sie in
618 einem weiteren Schritt auch als sogenannte Open Educational Resources (OER) der
619 Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden und einen Beitrag zum lebenslangen
620 Lernen leisten.

621 **Technische Ausstattung von Schulen**

622 Für uns Freie Demokraten ist eine stabile und sichere WLAN-Verbindung in allen
623 Klassen- und Fachräumen, die in ausreichend hoher Bandbreite verlässlich
624 verfügbar ist, selbstverständlich.

625 Jede Schule braucht mindestens einen informationstechnischen Assistenten, um die
626 technische Struktur der Schule zu warten und bei technischen Problemen im
627 laufenden Alltag jederzeit ansprechbar zu sein. Außerdem wollen wir auch, dass
628 nicht-unterrichtendes Pädagogisches Personal (Erzieherinnen und Erzieher,
629 Sozialpädagogische Kräfte, Schulbegleitung, Schulassistenz etc.) genau wie
630 Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler mit Endgeräten ausgestattet werden.

631 Die Zettelwirtschaft in den Bildungseinrichtungen ist zu beenden und alle
632 organisatorischen Abläufe sind konsequent zu digitalisieren. Das betrifft alle
633 Formen der Kommunikation und Dokumentation von Abläufen, von An- und
634 Auswahlverfahren, aber auch von Leistungsnachweisen und Zeugnissen sowie die
635 Kommunikation mit der Behörde.

636 **Hochschulen**

637 **Hochschul- und Wissenschaftsfreiheit**

638 Unsere Ziele als Freie Demokraten sind mehr Hochschulfreiheit und autonome
639 Hochschulen in Bremen und Bremerhaven. Ein wichtiges Kriterium hierfür ist, dass

640 die Hochschulen selbst über Arbeitsschwerpunkte (mit Ausnahme der
641 Lehrerausbildung) entscheiden und ihre eigenen Forschungs- und
642 Bildungsschwerpunkte definieren können. Den staatlichen Hochschulen soll durch
643 volle Personalhoheit die Möglichkeit gegeben werden, unabhängig über
644 Einstellungen und Entlassungen ihres Personals zu entscheiden.

645 Wir wollen auch zukünftig allen Studieninteressierten ein breites Angebot an
646 Studiengängen zur Verfügung stellen. Die Vielfalt an Studienangeboten stärkt
647 Bremen und Bremerhaven als Hochschulstandorte und macht unsere Städte für junge
648 Menschen zu einem attraktiven Studienort.

649 Wir Freien Demokraten stehen für Wissenschafts- sowie Forschungsfreiheit und
650 setzen auf das eigenverantwortliche Handeln aller Forscherinnen und Forscher an
651 den Hochschulen. Gesetzliche Zivilklauseln lehnen wir ab. Tierversuche sind auf
652 das absolut notwendige Maß zu beschränken und nur dann verantwortbar, wenn es
653 keine Alternativen gibt. Notwendige Tierversuche, bei denen alle Ethik- und
654 Tierschutzstandards eingehalten werden, halten wir für vertretbar.

655 Wir begrüßen und unterstützen es, wenn Unternehmen durch Stiftungsprofessuren
656 die Hochschulen im Land Bremen unterstützen und stärken.

657 **Hochschulen als Wirtschafts- und Gestaltungsfaktor**

658 Wir Freien Demokraten sehen unsere Hochschulen und Universitäten als Basis für
659 Wachstum und Zukunft unseres Landes und damit als einen bedeutenden
660 Wirtschaftsfaktor. Hochschulen fördern regionalwirtschaftliche positive Effekte
661 und sind bedeutend für das Wachstums- und Innovationspotenzial.

662 Studierende sind ein wesentlicher Faktor zur Stärkung kultureller Vielfalt sowie
663 wissenschaftlicher Expansion. Die Kontakte und sozialen Bindungen, die während
664 des Studiums geknüpft werden, sind wichtige Grundpfeiler beim Start ins Berufs-
665 und Familienleben und führen zu einer gestärkten Identifikation mit den Städten
666 Bremerhaven und Bremen. Im Durchschnitt verbleibt fast die Hälfte der
667 Absolventen in der Region des Studienortes, was auch zu einer Steigerung der
668 Kaufkraft führt. Mittelfristig soll daher die Zahl der Studienplätze in
669 Bremerhaven von ... auf 5.000 angehoben werden.

670 Das duale Studium bis zum Bachelor soll an den Bedarfen der Wirtschaft
671 orientiert und entsprechend ausgebaut werden.

672 **Ausgründungen aus Hochschulen**

673 Die Hochschulen im Land Bremen bieten durch ihre Kompetenz nicht nur ein
674 herausragendes Forschungsumfeld, sondern auch Unterstützung bei Gründungen und
675 Technologietransfer. Die Universität Bremen hat bereits viele Gründerinnen und
676 Gründer bei der Umsetzung ihrer Ideen unterstützt. Das wollen wir Freien
677 Demokraten stärker fördern. Egal ob Alumni, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
678 oder Studentinnen und Studenten: Wer den Mut hat, zu gründen, soll von den
679 Bremer Hochschulen unterstützt werden. Wir wollen dafür sorgen, dass die
680 Hochschulen die Mittel erhalten, zusammen mit den angehenden Unternehmerinnen
681 und Unternehmern ihre Ergebnisse aus Forschung und Wissenschaft zu einer
682 Geschäftsidee weiterzuentwickeln. Zu diesem Zweck wollen wir einen
683 unbürokratisch zugänglichen Gründerfonds einrichten und ein landesweites

684 Netzwerk für alle Menschen mit Gründergeist aufbauen.

685 Darüber hinaus werden wir Freien Demokraten den Austausch zwischen den
686 Universitäten und Hochschulen des Landes Bremen und der Wirtschaft stärker
687 fördern. Hierbei müssen die Kammern und die Unternehmensverbände eng eingebunden
688 werden.

689 **Hochschulfinanzierung**

690 Wir Freien Demokraten haben das Ziel, die Hochschulen finanziell so
691 auszustatten, dass sie Anschluss an den Durchschnitt im Bundesvergleich
692 erlangen. Die Grundfinanzierung der Hochschulen in Bremen und Bremerhaven ist
693 derzeit unzureichend. Dieser Zustand führt zu Nachteilen auf Seiten der
694 Bremischen Hochschulen im Wettbewerb um Stellenbesetzungen, da durch die ständig
695 auferlegten Sparvorgaben kaum attraktive oder langfristige Stellenangebote
696 geschaffen werden können. Zudem sind die Hochschulen genötigt, sich in eine
697 starke Abhängigkeit von Drittmitteln (externe Forschungsaufträge) zu begeben.
698 Dies gefährdet die Leistungsfähigkeit der Hochschulen in Lehre und Forschung
699 immens, insbesondere, wenn es darum geht, Forschung unabhängig von Interessen
700 externer Investoren zu betreiben. Die mangelhafte Grundfinanzierung wirkt sich
701 nicht nur auf das Personal, sondern auch auf die Infrastruktur der Hochschulen
702 aus. Etliche Gebäude sind stark sanierungsbedürftig und die Kosten für eine
703 Behebung steigen durch das Aussitzen des Problems immer weiter. Bereits
704 geplante Sanierungsvorhaben sind zügig umzusetzen und weiter vorzusehen.
705 Entsprechend setzen wir Freien Demokraten uns dafür ein, dass den Hochschulen im
706 Land Bremen unter anderem durch eine stärkere Kooperation mit dem Bund eine
707 bessere, langfristig planbare Grundfinanzierung zukommt.

708 Wir unterstützen die Universität Bremen weiter dabei, ihren Status als
709 Exzellenz-Universität zurückzugewinnen.

710 **Private Hochschulen**

711 Wir Freien Demokraten befürworten eine vielfältige Hochschullandschaft. Neben
712 den staatlichen Hochschulen sind die privaten Hochschulen eine Bereicherung der
713 Wissenschaftslandschaft. Nicht nur in Zeiten hoher Studierendenzahlen leisten
714 private Hochschulen einen wichtigen Beitrag. Wir unterstützen daher ausdrücklich
715 private Hochschulen.

Antrag 002: Kapitel 2: Starke Wirtschaft, sichere Energie, sozialer Aufstieg, moderne Arbeit

Antragsteller*in:	Landesvorstand Bremen (LV Bremen)
Status:	zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Wirtschaftspolitik**

2 **Wirtschaftsklima verbessern – Willkommenskultur für die Wirtschaft**

3 Wir Freien Demokraten wollen eine Willkommenskultur für die Wirtschaft
4 etablieren. Nur so kann das Land Bremen als Standort mit Wachstum und
5 Beschäftigung dynamisch weiterentwickelt werden. Ein gutes Wirtschaftsklima, das
6 Leistung, freien Wettbewerb und unternehmerischen Mut fördert, ist das beste
7 Instrument, um die Zukunft unserer Standorte und damit Wohlstand und
8 Arbeitsplätze zu sichern.

9 **Unternehmen entlasten, Gewerbesteuer senken**

10 Wir Freie Demokraten sehen die großen Belastungen der Unternehmen durch die
11 Energiekrise und den Arbeitskräftemangel. Die FDP in der Bundesregierung hat
12 über Bundesprogramme die härtesten Folgen abgemildert. Aber die Stadtgemeinden
13 Bremen und Bremerhaven können ebenfalls ihren Beitrag zur Entlastung der
14 Unternehmen und damit zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen.
15 Deswegen wollen wir in den Städten Bremen und Bremerhaven die Gewerbesteuern
16 senken – mindestens auf das Niveau der Umlandgemeinden.

17 **Der freie Handel als Fundament der Freien Hansestadt**

18 Der Außenhandel ist das Fundament der Bremischen Wirtschaft. Im Jahr 2021 war
19 das Land Bremen erneut das Bundesland mit der höchsten Exportquote. Deshalb ist
20 die Freie Hansestadt Bremen als traditioneller Ort des Handels auf eine liberale
21 und wachstumsorientierte Handelspolitik angewiesen. Wir Freien Demokraten
22 sprechen uns daher für mehr Freihandelsabkommen aus. Auf Bundesebene haben wir
23 uns dafür eingesetzt, dass das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada
24 (CETA) ratifiziert wird. Perspektivisch sind weitere Freihandelszonen zu
25 gründen. Unsere langfristige Vision ist eine Weltfreihandelszone der liberalen
26 Demokratien. Insbesondere der Logistikstandort und die Häfen in Bremen und
27 Bremerhaven profitieren von derartigen Abkommen. Damit diese Abkommen eine
28 möglichst breite Unterstützung in der Öffentlichkeit finden, müssen die
29 entsprechenden Verhandlungen transparenter geführt werden. Bisher in der EU und
30 in Deutschland erreichte hohe Umweltschutz- und Verbraucherschutzstandards
31 werden wir erhalten.

32 **Eine neue Gründerzeit in Bremen**

33 Für den Wirtschaftsstandort Bremen, die volkswirtschaftliche Stärke des Landes
34 und eine nachhaltige Unternehmenslandschaft in Bremen und Bremerhaven sind
35 innovative, sowie wachstumsorientierte Gründungen und junge Startups besonders
36 wichtig.

37 Wir wollen das Land Bremen zum Gründerland machen, indem wir die staatlichen
38 Rahmenbedingungen so gestalten, dass sich mehr innovative Gründerinnen und
39 Gründer ansiedeln. Denn Innovation und Investitionen in neue Geschäftsfelder
40 sind unabdingbar, damit der Wohlstand in unserem Bundesland gesichert bleibt.

41 Wir wollen Gründungen einfacher und digitaler machen, Gründerinnen und Gründer
42 stärken sowie Ausgründungen aus Hochschulen massiv erleichtern. Wir Freie
43 Demokraten möchten den Pioniergeist wecken und die Menschen dabei unterstützen,
44 ihren eigenen Fähigkeiten zu vertrauen und Visionen in die Tat umzusetzen. Unser
45 Ziel ist es, Existenz- und Unternehmensgründungen zu fördern. Wir wollen Gründer
46 direkt fördern, zum Beispiel durch Aufhebung der Pflichtbeiträge der Kammern für

47 Unternehmensgründer in den ersten fünf Jahren ihrer Tätigkeit.

48 Mit einer Start-up-Strategie sollen die Bedingungen für Start-ups im Land Bremen
49 verbessert werden. Dazu werden Maßnahmen gebündelt und deren Erfolg regelmäßig
50 überprüft und gegebenenfalls an den wahren Bedarf angepasst.

51 Die Wirtschaftsstandorte Bremen und Bremerhaven sollen zunehmend durch neue
52 Ideen und Kreativität geprägt werden, wodurch sich ihre Attraktivität für
53 ansiedlungswillige Unternehmen verbessert. Ein wirtschaftsfreundliches und nicht
54 durch Bürokratie geprägtes Wirtschaftsklima ist hierfür unverzichtbar. Dazu
55 wollen wir den Einsatz von Venture Capital unterstützen (z.B. durch steuerliche
56 Begünstigungen) aber auch einen Public-Private-Fonds für Start-Ups initiieren,
57 an dem alle Bremer - auch mit Kleinstbeträgen - partizipieren und profitieren
58 können.

59 **Green Economy als Chance**

60 Für Umwelt- und Klimaschutz sind neue Technologien und Innovationen wichtige
61 wirtschaftliche Treiber. Zu den Zukunftsmärkten gehören u. a. umwelt- und
62 klimafreundliche Energieerzeugung, Energie-, Rohstoff- und Materialeffizienz,
63 nachhaltige Mobilität, nachhaltige Wasserwirtschaft sowie Abfall- und
64 Kreislaufwirtschaft. Sie haben sich sowohl in Deutschland als auch global zu
65 einem wichtigen Wirtschaftsfaktor entwickelt. Für Bremen und Bremerhaven sehen
66 wir gute Startvoraussetzungen für eine verstärkte Etablierung im Green Economy-
67 Sektor.

68 Wir Freie Demokraten wollen Ansiedlungen und Gründungen in der Green Economy in
69 Bremerhaven ermöglichen. Das bringt neue Chancen durch Arbeitsplätze für die
70 Menschen in Bremerhaven. Als Leuchtturmprojekt mit nationaler und
71 internationaler Strahlkraft wird ein Gründungszentrum Green Economy im Bereich
72 des zukünftigen Gewerbegebietes „Lune Delta“ errichtet.

73 Für den Wirtschaftsstandort Bremerhaven eröffnen sich insbesondere im
74 Wasserstoffbereich neue Wachstumspotenziale in Forschung, Produktion und
75 Umrüstung. Das Gewerbegebiet „Lune Delta“ bietet einen idealen Rahmen, um
76 Forschung und Entwicklung zu Power-to-X zu betreiben. Das für das Gebiet
77 vorgesehene Energiekonzept, das auf erneuerbaren Energieträgern beruht, schafft
78 die Möglichkeit, innovative und prototypische Technologien der Energiegewinnung,
79 -umwandlung und -speicherung sowie Energiesteuerung einzusetzen. Auf diese Weise
80 können Unternehmen diese Technologien erproben und im Sinne eines Reallabors
81 ihre Nutzungs- und Anwendungsmöglichkeit im Bereich der Energieerzeugung, -
82 umwandlung und -speicherung aufzeigen.

83 Unter Einbeziehung des Fraunhofer IWES und der Hochschule sind die Forschung und
84 Entwicklung zur Wasserstoffherzeugung, -speicherung und -anwendung zu forcieren.
85 Möglichkeiten der Anwendung von Wasserstoff als Energieträger sind bei
86 städtischen Gesellschaften und Betrieben auch als Pilotanwendungen konsequent
87 umzusetzen und zu nutzen. Gleiches gilt für synthetische Kraftstoffe (E-Fuels),
88 die sowohl bei Kraftfahrzeugen als auch in der Schifffahrt und im Luftverkehr
89 eine CO2 Reduzierung bewirken können

90 Damit Bremerhaven diese Potenziale heben kann, brauchen wir zuallererst den

91 Aufbau einer geeigneten Versorgungsinfrastruktur, zu der eine passende Nachfrage
92 und Nutzung generiert und weiterentwickelt werden muss. Mit der ersten
93 Wasserstofftankstelle in Bremerhaven haben wir in Regierungsverantwortung den
94 Grundstein gelegt.

95 **Mehr Gewerbeflächen für Bremen**

96 Die mittelständischen Unternehmen sind im Handwerk, in der Produktion und in der
97 Dienstleistungsbranche im Bundesland Bremen eine tragende Säule und deshalb das
98 Rückgrat der Wirtschaft. Die Auswertungen der letzten Jahre zeigen, dass der
99 Bedarf der Wirtschaft an neuen Gewerbeflächen in Bremen weiterhin hoch ist.
100 In der Vergangenheit ist es immer wieder zur Situation gekommen, dass
101 Unternehmen nicht nach Bremen gekommen sind oder aus Bremen abgewandert sind,
102 weil sie keine passenden Gewerbeflächen gefunden haben. Deshalb wollen wir
103 Freien Demokraten neue Gewerbegebiete schneller erschließen, ausweisen und
104 optimal an den Verkehr anbinden. Bisherige Gewerbebrachen, wie zum Beispiel die
105 Funkschneise, das Vulkangelände und das Gelände des Güterbahnhofs, auf denen
106 sich gerade neues Gewerbe ansiedelt, gilt es mit der gebotenen Dynamik weiter zu
107 reaktivieren und verkehrstechnisch anzubinden. Großflächige Ansiedlungen ohne
108 nennenswerte Schaffung bzw. Erhaltung von Arbeitsplätzen und ohne Auswirkungen
109 auf die Wertschöpfung vor Ort sind zu vermeiden. Gleichzeitig dürfen wertvolle
110 Gewerbeflächen nicht zweckentfremdet werden. Wir fordern daher, dass die nun vom
111 Kulturbbeutel e.V. für Partys zweckentfremdete 8.500 qm große Fläche am Flughafen
112 Bremen wieder als Gewerbefläche genutzt wird.

113 **Verkehr immer als Wirtschaftsverkehr denken**

114 Der Ringschluss der A281, die Fertigstellung des Wesertunnels und die seit
115 Jahren erforderliche Sanierung aller Wirtschaftsverkehrswege sind Kernelemente
116 für die Attraktivitätssteigerung des Bremer Wirtschaftsstandorts. Ohne
117 ausreichend verfügbare und an schnelle Verkehrswege angebundene Gewerbeflächen
118 wird die Zukunft Bremens ausgebremst. Wir Freie Demokraten stehen für eine
119 Wirtschaft, die Fahrt aufnimmt.

120 **Gewerbeflächen in Bremerhaven**

121 Bremerhavens Gewerbeflächen sind begrenzt. Das Stadtgebiet ist durch die Grenze
122 zu Niedersachsen definiert und bestehende Möglichkeiten sind fast ausgeschöpft.
123 Neben Lückenschließungen bietet das Gewerbegebiet Luneplate noch eine
124 Entwicklungsmöglichkeit für neue Gewerbeansiedlungen. Um aber in Zukunft auch
125 noch Wachstum zu generieren und neue Arbeitsplätze in der Stadt zu schaffen,
126 brauchen wir eine Kooperation mit den umliegenden niedersächsischen Gemeinden.
127 Insbesondere die Entwicklung eines Gewerbegebietes im Stadtnorden gemeinsam mit
128 der Gemeinde Geestland wollen wir daher vorantreiben.

129 **Das Potenzial künstlicher Intelligenz nutzen**

130 Wir Freie Demokraten setzen uns für die Förderung und Weiterentwicklung von
131 künstlicher Intelligenz ein. Als Gesellschaft müssen wir künstliche Intelligenz
132 als die wichtigste Zukunftstechnologie verstehen und wollen ihre Vorteile
133 nutzen, ohne dabei die Grund- und Bürgerrechte zu vernachlässigen. Während der
134 Rechtsrahmen für die Nutzung von KI auf europäischer Ebene gesetzt wird,

135 unterstützen wir in Bremen die Forschung und Entwicklung im Bereich KI und
136 fördern die Zusammenarbeit von Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft. Hierzu
137 wollen wir einen KI-Cluster an den Bremer Hochschulen aufbauen, um die regionale
138 Expertise im Bereich KI zu stärken und weiterzuentwickeln. Diese Maßnahmen
139 tragen dazu bei, Bremen zu einem wichtigen Standort für die Entwicklung von
140 künstlicher Intelligenz zu machen und die Zukunftsfähigkeit des
141 Wirtschaftsstandorts zu sichern. Wir sind überzeugt, dass die Förderung von KI
142 zu wirtschaftlichem Wachstum und zukunftssicheren Arbeitsplätzen beitragen wird.

143 **Cybersecurity-Cluster für Bremen**

144 Cybersecurity und Informationssicherheit können eine wirtschaftliche Chance für
145 Bremen sein. Damit Bremen in diesem wichtigen Themenfeld im Wettbewerb mithalten
146 kann, wollen wir die hier ansässigen Unternehmen, die Polizei, die Behörden und
147 die zuständigen Forschungs- und Lehrbereiche besser miteinander vernetzen. Wir
148 wollen daher mit einem entsprechenden Cybersecurity-Cluster eine Plattform
149 schaffen, um Bremen zu einem attraktiven und zukunftsorientierten Partner in
150 Norddeutschland zu machen.

151 **Flughafen Bremen**

152 Wir Freien Demokraten bekennen uns zum Flughafen Bremen. Der Flughafen steht für
153 die Weltoffenheit Bremens und ist ein wichtiger Wirtschafts- und
154 Wissenschaftsfaktor für die Stadt und die Region. Er ist gleichermaßen wichtig
155 für den touristischen und für den geschäftlichen Verkehr. Der Flughafen ist für
156 viele Bremerinnen und Bremer Tor zur Welt. Vor der Corona-Pandemie nutzten 2,3
157 Millionen Passagiere pro Jahr diese Möglichkeiten. Mittlerweile deutet alles auf
158 eine Erholung hin. Für das Jahr 2023 ist bereits wieder mit über 1,5 Millionen
159 Passagieren zu rechnen.

160 Damit der Flughafen in Zukunft gestärkt werden kann, fordern wir Freie
161 Demokraten den vollständigen Abbau des Sanierungsstaus. Um Wachstumsperspektiven
162 zu ermöglichen, wollen wir jedes Jahr eine Million Euro bereitstellen, mit denen
163 das Einrichten neuer Flugrouten seitens des Flughafens unterstützt werden kann.

164 Weiterhin fordern wir, dass die mögliche Nutzung der vollständigen Start- bzw.
165 Landebahnlänge auch für den regulären Flugverkehr geprüft wird. Dies würde sich
166 zumindest positiv auf die Lärmbelastung auswirken, da die Jets nun mit einer
167 geringeren Triebwerksleistung starten können. Im besten Fall können auch neue
168 Destinationen mit voll beladenen Fliegern erreicht werden. In diesem
169 Zusammenhang muss auch geprüft werden, inwieweit die kleinere Startbahn 23
170 aufgrund der geringen Nutzung und hohen Kosten geschlossen werden kann.

171 Der Bremer Flughafen würde langfristig gut dastehen, wenn ein erfahrener
172 Flughafenbetreiber und/oder Partner aus der lokalen Wirtschaft an ihm beteiligt
173 ist. Wir setzen uns daher dafür ein, dass die Suche nach einem solchen Partner
174 bald angestoßen wird. Natürlich muss die Stadt Bremen als Eigentümerin weiterhin
175 entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung des Flughafens haben.

176 **Tourismusförderung**

177 Die von Rot-Grün eingeführte Bettensteuer ist schädlich für die aufblühenden
178 Tourismusstandorte Bremen und Bremerhaven. Sie offenbart beispielhaft einen

179 typischen Fehler der rot-grünen Politik: Positive Entwicklungen werden nicht
180 gefördert, stattdessen wird umgehend versucht, Gelder abzuschöpfen. Dieses
181 Vorgehen verlangsamt das erfolgreiche Wachstum im Tourismusbereich und steht in
182 starkem Kontrast zur Forderung der Freien Demokraten, dem Fortschritt Raum zu
183 geben, damit die Zahl der Arbeitsplätze vermehrt und der Wohlstand aller
184 gefördert wird. Wir stehen für eine kontinuierliche Weiterentwicklung, auch mit
185 den notwendigen öffentlichen Investitionen der Tourismusstandorte Bremen und
186 Bremerhaven, damit Innenstadt und Schnoor in Bremen und Havenwelten und
187 Schaufenster Fischereihafen auch weiterhin attraktive touristische Destinationen
188 bleiben. Wir Freien Demokraten sprechen uns für die Realisierung eines
189 Rundlaufes am Schaufenster Fischereihafen aus und unterstützen die Bemühungen
190 für eine autonome Pendelfähre über das Hafenbecken. Außerdem wollen wir in
191 Bremerhaven Hein-Mück-Ampeln während der maritimen Tage und der SAIL am Alten
192 Hafen, Neuen Hafen und Hauptbahnhof.

193 Bremen und Bremerhaven müssen sich dem wachsenden Boots- und Flusskreuzfahrt-
194 Tourismus weiter öffnen und die Schaffung von Anlegestellen an touristischen
195 Standorten ermöglichen. All dies fördert den Tourismus, den Bremen und
196 Bremerhaven dringend brauchen.

197 **Rahmenbedingungen für Lebensmittel- und Fischwirtschaft optimieren**

198 Die Lebensmittel- und Fischwirtschaft ist einer der größten Arbeitgeber in
199 Bremerhaven und hat auch in Bremen einen hohen Stellenwert. Gute
200 Rahmenbedingungen sind entscheidend, damit die Branche wettbewerbsfähig bleibt
201 und somit Arbeitsplätze erhalten und im besten Fall auch ausgebaut werden. Die
202 weitere Spezialisierung und der Ausbau von Lehreinrichtungen (Hochschule) und
203 Forschungsinstituten für den Bereich der Lebensmittel- und Fischwirtschaft (ttz,
204 Thüneninstitut) sind daher zu optimieren. Außerdem wollen wir Freie Demokraten
205 das neu gegründete Food Start Up Lab unterstützen, denn es sichert durch seinen
206 Beitrag zur Innovation die Zukunftsfähigkeit der Fisch- und
207 Lebensmittelwirtschaft in Bremerhaven.

208

209 **Unternehmensnachfolgeunterstützen**

210 Die Unternehmen im Land Bremen stehen vielfach vor der Herausforderung eines
211 Generationswechsels. Daher wollen wir Freien Demokraten Rahmenbedingungen
212 schaffen, die zielgerichtet kleine und mittlere Unternehmen für eine frühzeitige
213 Planung der Nachfolgeregelung sensibilisieren. Das Moderatoren-Konzept, wie es
214 bereits in Baden-Württemberg etabliert ist, stellt eine erprobte und
215 erfolgreiche Vorgehensweise dar, die die Kammern in ihrer Arbeit unterstützt.
216 Gleichzeitig sollen gelungene Übergänge des Generationswechsels („best
217 practice“- Beispiele) herausgestellt werden, um die Sensibilisierung für die
218 Thematik zu erhöhen. Über die Sensibilisierung und Beratung hinaus ist der Blick
219 auf die Finanzierung zu richten. Erfolgreiche Firmenübergaben sind ein wichtiger
220 Baustein zur Sicherung der bremischen Wirtschaftsstruktur. Um Nachfolgen zu
221 erleichtern, sind auch Hilfestellungen bei weiteren Formen der Übergabe zu
222 prüfen. Dies betrifft etwa Übernahmen durch Mitarbeiterbeteiligungen, welche –
223 nicht zuletzt unter dem Aspekt der Arbeitsplatzsicherung – durch spezifische

224 Beratungsangebote der Handels- und Handwerkskammer sowie der
225 Wirtschaftsförderung Bremen begleitet werden sollten.

226 **5G-Modellregion**

227 5G ist als Schlüsseltechnologie ein zentraler Bestandteil der Gigabitnetze der
228 Zukunft. Bremerhaven hat sich zusammen mit der Stadt Bremen sowie den
229 Landkreisen Cuxhaven und Osterholz mit dem 5G Modellprojekt "A27 Bremen-
230 Niedersachsen" beim Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur
231 beworben. Mit dem 5G Modellprojekt "A27 Bremen-Niedersachsen" entlang der
232 Autobahn A27 als Hauptverkehrsader vom Bremer Kreuz bis Bremerhaven und entlang
233 der Nordseeküste bis nach Cuxhaven werden die nötigen Voraussetzungen
234 geschaffen, frühzeitig den Einsatz von 5G-Technologien in für die Modellregion
235 wichtigen Anwendungsbereichen Tourismus, Industrie 4.0, Hafenbetrieb und
236 Logistik, autonome Fahrzeuge, Landwirtschaft, Rettungswesen und Smart City zu
237 testen und für die Menschen in der Region bereitzustellen. Sollte das 5G-
238 Modellprojekt gefördert werden, sind die hierdurch entstehenden Impulse
239 projektbegleitend aufzugreifen, weiterzuentwickeln und in der Region und vor
240 allem in Bremen und Bremerhaven zügig zu etablieren.

241 Außerdem begrüßen wir die Forschung an der Universität Bremen zum
242 Mobilfunkstandard der sechsten Generation (6G). Bremen und Bremerhaven müssen
243 bei 6G Vorreiter werden.

244 **Energiepolitik**

245 Als viertgrößte Industrienation der Welt braucht Deutschland eine
246 Energiestrategie, die zu einer sicheren, ressourcenschonenden, bezahlbaren,
247 wettbewerbsfähigen und umweltschützenden Energieversorgung führt und langfristig
248 gedacht ist. Wir denken dabei pragmatisch und technologieoffen.
249 Dekarbonisierung, Digitalisierung und Dezentralität sind dabei die Grundpfeiler
250 eines neuen Energiesystems.

251 Erneuerbare Energien und Technologien zur Gewinnung regenerativer Energien
252 rücken weltweit immer stärker in den Vordergrund. Der Aufstieg und Ausbau der
253 erneuerbaren Energien ist stark mit dem Ausstieg aus der Atomenergie und der
254 Kohlegewinnung gekoppelt. Mit dem Ausbau alternativer Energieformen wollen wir
255 Freie Demokraten zum einen einen erheblichen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz
256 leisten und zum anderen die Bevölkerung unabhängiger von Beschaffungskrisen und
257 Kostensteigerungen wie aktuell durch die Gaskrise machen.

258 Im Jahr 2015 wurden die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen
259 verabschiedet, mit dem Ziel, generationsübergreifender zu denken und zu handeln.
260 Das siebte Nachhaltigkeitsziel der Agenda 2030 beschäftigt sich mit dem raschen
261 Ausbau der erneuerbaren Energieformen. Außerdem soll die Energieeffizienz
262 deutlich erhöht werden. Dies ist jedoch nur über den Ausbau der Infrastruktur
263 und den technologischen Fortschritt erreichbar. Neben modern und zuverlässig
264 müssen die erneuerbaren Energien aber auch leistbar sein. Hier ist auch das Land
265 Bremen in der Verantwortung, die Forschung und Entwicklung und die Wirtschaft zu
266 unterstützen. Für die Bremer Wirtschaft können neue Technologien zur Gewinnung
267 regenerativer Energie und die Verknüpfung der Technologien mit der Wirtschaft

268 von herausragender Bedeutung sein.

269 **Sektorkopplung vorantreiben und Technologieoffenheit fördern**

270 Deutschland und Bremen stehen vor einem erheblichen Dilemma. Auf der einen Seite
271 ist der Ausbau der erneuerbaren Energien angesichts des Klimawandels und der
272 Abhängigkeit von Energieimporten erforderlich. Auf der anderen Seite sind
273 Deutschland und Bremen auf eine sichere Energieversorgung angewiesen, die mit
274 einem geplanten Ausstieg aus der Kohle und der derzeitigen Ausbaustrategie bei
275 den erneuerbaren Energien gefährdet ist. Für die Standorte Bremen und
276 Bremerhaven ist zudem der Erhalt der industriellen Wertschöpfung essenziell. Die
277 gegenwärtigen vielzähligen und unkoordinierten Einzelmaßnahmen und die
278 weitgehend getrennten Sektoren führen jedoch zu einer ineffizienten und
279 langsamen Energiewende.

280 Ein ökonomisch sinnvollerer Ansatz ist die technologieoffene Sektorkopplung.
281 Hier liegt die Lösung zum einen bei der Verbesserung der Wirkungsgrade von
282 konventionellen Energie- und Antriebssystemen, zum anderen bedarf es des
283 Einsatzes effizienterer Technologien. Ein weiterer Aspekt ist der Ausbau der
284 erneuerbaren Energien. Das Fraunhofer IWES geht nach heutigem Stand davon aus,
285 dass eine effiziente und sektorübergreifende Energiewende nur durch den
286 signifikanten Ausbau bzw. Repowering der Windenergie und einer kosteneffizienten
287 Sektorkopplung erreicht werden kann. Neben der effektiven und effizienten
288 Koordinierung des Ausbaus von erneuerbaren Energien und des Netzausbaus benötigt
289 es eine weitgehende Integration der bestehenden Gas- und Wärmeinfrastrukturen.
290 Backup-Kapazitäten für eine nachhaltige Versorgungssicherheit müssen ausgebaut
291 werden und Innovationen und Technologien, wie Wasserstoff und synthetische
292 Brennstoffe, müssen unterstützt und gefördert werden.

293 Für das Land Bremen bieten sich enorme Chancen, eine wettbewerbsfähige
294 Innovationslandschaft zu etablieren und eine starke Technologieführerschaft
295 aufzubauen. Dieser fortschreitende Prozess bedarf einer smarten Verknüpfung und
296 Verzahnung aller Sektoren über eine leistungsfähige Infrastruktur. Das Land
297 Bremen mit seiner strategisch guten Lage bezogen auf die Hafeninfrastruktur und
298 die Nähe zur Offshore-Windenergie punktet zudem durch die ansässigen Industrien
299 wie die Stahlindustrie und die Automobilindustrie. Hier lassen sich zahlreiche
300 Synergien realisieren. Wichtige Aspekte wie die informationstechnische
301 Durchdringung und Ausweitung der Digitalisierung müssen jedoch genauso
302 berücksichtigt werden, wie die regulatorischen und ökonomischen
303 Rahmenbedingungen. Nur durch eine funktionierende und finanzierbare Energiewende
304 sowie einer flexiblen und technologieoffenen Verknüpfung der Sektoren lassen
305 sich langfristig die negativen externen Effekte internalisieren.

306 Das Land Bremen ist gefordert, die hohen Markteintrittsbarrieren für
307 Technologien zur Sektorkopplung auf den Prüfstand zu stellen und die notwendigen
308 Rahmenbedingungen zu schaffen, die einen fairen und internationalen Wettbewerb
309 ermöglichen. Auch bieten sich bei den Technologien (IT) für die Sektorkopplung
310 enorme marktwirtschaftliche Potenziale über die Landesgrenzen hinaus, was enorme
311 Exportchancen für Bremen und Bremer Unternehmen mit sich bringt. Ein
312 Förderprogramm für einen wettbewerbsfähigen Markt wird daher dringend benötigt.

313 Hinter der Sektorkopplung verbirgt sich ein komplexes System aus Strom, Gas,
314 Verkehr, Wärme (Prozess- und Gebäudewärme), Wirtschaftsaktivitäten und vielem
315 mehr. Dieses Gesamtsystem muss zukünftig ganzheitlich, flexibler und effizienter
316 betrachtet werden. Hierzu bedarf es eine Roadmap und Umsetzungsstrategie, welche
317 ressortübergreifend und mit allen Beteiligten (Handelskammer, Energieversorger
318 und Netzbetreiber, Unternehmen) erarbeitet wird.

319 **Wärmeversorgung**

320 Mit Wärmepumpen ist es möglich, nahezu klimaneutral zu heizen. Aufgrund des
321 geringen Ressourcenbedarfs (Luft, Wasser und Erde als Wärmequelle) haben sie das
322 Potenzial, eine wichtige Rolle in der Wärmeversorgung einzunehmen. Wir wollen
323 dafür Sorge tragen, dass der Anteil der Wärmepumpen wächst und elektrische
324 Speicher als auch Wärmespeicher ausgebaut werden. Dafür fordern wir eine
325 Wärmeplanung samt Ausbau- und Verdichtungsplan für das Bundesland Bremen.

326 **Wasserstoff**

327 Wasserstoff ist Energieträger der Zukunft und Bremen und Bremerhaven
328 Wasserstoffstandorte der Zukunft. Die Lage und Voraussetzungen des Bundeslandes
329 sind gut, die politischen Rahmenbedingungen müssen es ebenfalls werden. Wir
330 Freie Demokraten möchten deshalb Forschung und Entwicklung von
331 Wasserstofftechnologien fördern und die Netze konsequent ausbauen. Damit
332 schaffen wir Anreize für Investitionen in Wasserstoffprojekte.

333 **Netzplanung und Netzausbau**

334 Bremen wird 2038 aus einem Großteil erneuerbarer Energien versorgt sein, deshalb
335 muss das Gesamtsystem der Stromversorgung technisch, ökonomisch und rechtlich an
336 die Anforderungen von Photovoltaik, Windkraft und anderen Energien angepasst
337 werden. Herausforderungen wie die Digitalisierung und Dezentralität müssen dabei
338 frühestmöglich beachtet werden.

339 Für eine sichere Energieversorgung ist die Netzinfrastruktur von großer
340 Bedeutung. Mit dem Umstieg auf erneuerbare Energien steigt der Anteil am
341 Stromverbrauch, weshalb eine Verstärkung und Erweiterung der Stromnetze
342 notwendig ist. Um mögliche Schwachstellen, aber auch Potenziale zu erkennen,
343 fordern wir eine Netzausbauplanung der Energienetze in Bremen und Bremerhaven.
344 Es ist bereits heute abzusehen, dass eine Verstärkung der Stromleitung zum
345 Stahlwerk notwendig ist, da der Energieverlust durch zu lange Kabel groß ist.

346 Dies wollen wir schnellstmöglich angehen. Um die dezentralen Erzeugungsanlagen,
347 Speicher und Verbraucher zu koordinieren und abzustimmen, muss die
348 Digitalisierung im Energiesystem vorangetrieben werden. Der Schutz vor
349 Softwarefehlern und Cyberangriffen darf auf keinen Fall zu kurz kommen.

350 **Aktive Recycling- und Rohstoffpolitik**

351 Nachhaltige Bioenergie kann die Nutzung von grünem Strom ergänzen und gerade im
352 Flug- und Schiffsverkehr einen Teil zur CO2-freien Energieversorgung leisten.
353 Idealerweise wird dafür kein Holz, sondern Rest- und Abfallstoffe sowie Abwärme
354 aus der Industrie genutzt.

355 Als Anreiz zur Einsparung von Rohstoffen wollen wir die Recyclingquote des

356 Landes Bremen erhöhen. Recyclingfähiges Produktdesign und verbraucherfreundliche
357 Sammelsysteme sind effizient und umweltschonend. Bei der Herstellung
358 öffentlicher Güter sollte der Rohstoffverbrauch transparent und möglichst
359 minimal gehalten werden. Auch hier fordern wir leichtere Bauweisen sowie eine
360 intensivere Materialforschung.

361 **Mehr Möglichkeiten für Bürgerenergie**

362 Um die Akzeptanz der Energiewende in der breiten Bevölkerung zu stärken, setzen
363 wir uns dafür ein, dass die Stadt Flächen zu Verfügung stellt, die sich für
364 Photovoltaik und Windenergie eignen, damit sie von Bürgerenergiegenossenschaften
365 betrieben werden können . Das große Ziel der klimaneutralen Energieerzeugung
366 kann nur mit dem breiten Engagement der Bürger erreicht werden.

367 **Sozialen Aufstieg ermöglichen Bildung und Teilhabe als Chance nutzen**

368 Im Land Bremen sind die späteren Lebenschancen von Kindern mehr als in anderen
369 Bundesländern durch Armut beeinträchtigt. Von Armut betroffene Kinder haben
370 weniger soziale Bildungs- und Teilhabechancen. Dies gilt es zu ändern. Wir Freie
371 Demokraten wollen, dass Bremen ein Bundesland wird, in dem jedes Kind alles
372 werden kann. Fehlende Chancengerechtigkeit wirkt sich auf das spätere Leben der
373 Kinder aus, da die Weichen für die gesamte Bildungslaufbahn bereits in jungen
374 Jahren gestellt werden. Bildung und Teilhabe und damit ein uneingeschränkter
375 Zugang zu außerschulischen Angeboten im Bereich Bildung, Kultur und Freizeit ist
376 für die kindliche Sozialisation von entscheidender Bedeutung. Dabei spielt die
377 Freizeit der Kinder eine entscheidende Rolle beim Erwerb von Kompetenzen und
378 Fähigkeiten. Demnach kann die Teilnahme an außerschulischen Aktivitäten und
379 Bildungseinrichtungen die Aufstiegschancen und die Entwicklung von Kindern
380 erhöhen, dies wiederum wirkt sich positiv auf die Chancen im Qualifizierungs-
381 und Arbeitsmarkt aus.

382 **Kinderarmut bekämpfen**

383 Gute Bildungschancen und Arbeitsplätze für die Eltern sind die entscheidenden
384 Schritte aus der Armut. Aktuelle Zahlen aus dem Bundessozialministerium belegen,
385 dass 42 Prozent der Kinder im Land Bremen von Armut bedroht sind. In keinem
386 anderen Bundesland leben anteilig so viele arme Kinder wie in Bremen. Es ist
387 höchste Zeit, das zu ändern!

388 **Kinderchancengeld einführen**

389 Wir Freie Demokraten setzen uns für die Einführung eines Kinderchancengeldes
390 ein, bei dem alle bisherigen kinderbezogenen Leistungen gebündelt, vernetzt und
391 vereinfacht werden. Das Kinderchancengeld besteht aus drei Säulen. Die erste
392 Säule beinhaltet einen Basisbetrag, den jedes Kind im Haushalt erhält. Die
393 zweite Säule beinhaltet einen Flexibetrag, der an das elterliche Einkommen
394 gekoppelt ist, um einkommensschwache Haushalte gezielt zu entlasten. Die dritte
395 Säule beinhaltet einen digitalen, einfachen Zugang zu unbürokratischen
396 Leistungen für Bildung, Teilhabe und Aufstiegschancen. Damit werden jedem Kind
397 ohne Stigmatisierung die Bildungs- und Teilhabemöglichkeiten geboten, die es
398 braucht. Das Einkommen aus Erwerbstätigkeit von Jugendlichen darf zu keiner
399 Kürzung des Kinderchancengeldes führen, damit sich die erbrachte Leistung für

400 die Jugendlichen lohnt.

401 **Familienfreundliche Arbeitszeiten**

402 Familienfreundliche Arbeitsbedingungen tragen dazu bei, dass Eltern Familie und
403 Beruf miteinander vereinbaren können. Dazu ist es notwendig, dass
404 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Arbeitszeiten mit ihrer elterlichen
405 Verantwortung vereinen können. Aus diesem Grund brauchen wir mehr Flexibilität
406 im Arbeitszeitgesetz. Das Land und die beiden Stadtgemeinden mit ihren
407 Gesellschaften und Eigenbetrieben sollen als Vorbild dienen und hier eine
408 Vorreiterrolle übernehmen.

409 **Unterstützung durch Elterngeld**

410 Die Elternzeit und die damit einhergehenden Entgelteinbußen beeinflussen
411 Familien in ihrer Lebensplanung. Elterngeld und ElterngeldPlus erleichtern die
412 Vereinbarkeit von Beruf und Familie und sichern die Zeit nach der Geburt des
413 Kindes finanziell ab. Es ermöglicht den Elternteilen, sich vorübergehend ganz
414 oder teilweise ihrem Kind zu widmen. Wir Freie Demokraten setzen uns für die
415 Entbürokratisierung und Digitalisierung des Elterngeldes, die Flexibilisierung
416 des Partnerschaftsbonus und den Abbau von Ungerechtigkeit zum Beispiel beim
417 Insolvenzgeld oder bei Mischeinkünften ein, damit Elterngeld und ElterngeldPlus
418 an die wirkliche Lebensrealität der Familien angepasst werden. Anspruch auf
419 Elterngeld soll zukünftig nur noch ein Elternteil gleichzeitig haben.

420 **Passgenaue Arbeitsmarktförderung**

421 Wir Freien Demokraten sind der Ansicht, dass die Integration in eine
422 Beschäftigung der Grundbaustein zur Existenzsicherung des Einzelnen und der
423 gesamten Gesellschaft ist. Sie trägt damit auch zur Selbstbestimmung und
424 Verantwortung jedes Einzelnen bei. Mit der Einführung des Bürgergeldes besteht
425 die Chance und Verpflichtung, die Maßnahmen zur Eingliederung von Arbeitslosen
426 auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen. Diese sind bisher nach Ansicht des
427 Bundesrechnungshofes nur zufällig erfolgreich. Wir fordern daher, dass in den
428 Jobcentern und Arbeitsagenturen endlich ein verbindliches Erfolgscontrolling
429 eingeführt wird. Es muss gewährleistet sein, dass nur noch Bildungs- und
430 Maßnahmenträger öffentliche Gelder bekommen, die auch tatsächlich eine
431 angemessene Erfolgsquote vorweisen können.

432 **Weiterbildungsträger**

433 In Bremen und Bremerhaven existiert eine Vielzahl von öffentlich finanzierten
434 Weiterbildungsangeboten. Wir Freien Demokraten fordern eine bessere Anpassung
435 der angebotenen Maßnahmen an die jeweiligen Marktanforderungen. Hierzu gehört
436 auch ein effektiveres Qualitäts-Controlling hinsichtlich Bildungsträger,
437 Unterrichtsqualität und Kursinhalt, sowie eine durchgängige Evaluation in Bezug
438 auf Erfolg und Nachhaltigkeit bei der Arbeitsmarktintegration. Wir Freie
439 Demokraten wollen die Trägerlandschaft im Arbeitsmarktbereich evaluieren,
440 doppelte Angebote straffen und moderne Strukturen straffen und die Maßnahmen für
441 die Welt der 20er und 30er Jahre zukunftsfähig machen. Unser Ziel ist es dabei,
442 die öffentlichen Mittel mit dem größtmöglichem Nutzen einzusetzen und
443 gleichzeitig möglichst vielen Menschen eine Perspektive auf dem Weg raus aus der

444 Langzeitarbeitslosigkeit zu geben.

445 **Bedarfsermittlung**

446 Damit die Jobcenter im Land Bremen in Zukunft effizienter und
447 bedarfsorientierter arbeiten, fordern wir transparente Verfahren zur
448 tatsächlichen Bedarfsermittlung für Eingliederungsmaßnahmen. Die Bereitstellung
449 der Maßnahmen muss sich an den regionalen Strukturen der Arbeitslosigkeit in
450 Bremen und Bremerhaven und den einzelnen Stadtteilen orientieren. Dadurch wird
451 vermieden, dass Plätze für Maßnahmen bei einem Weiterbildungsträger eingekauft
452 werden, welche im Nachhinein ohne Rücksicht auf die individuellen Förderbedarfe
453 der Arbeitslosen und die jeweiligen Anforderungen des Arbeitsmarktes zwangsweise
454 besetzt werden müssen.

455 **Individuelle Förderung**

456 Wir Freie Demokraten fordern eine verstärkte Fokussierung auf die individuelle
457 Förderungen des einzelnen Arbeitslosen. Wir wollen weg von eingekauften,
458 vorgefertigten und oft marktfernen Maßnahmen und hin zu einer konkreten
459 Förderung von Arbeitsverhältnissen mit potenziellen Trägern bzw. Arbeitgebern.

460 **Intensive Betreuung**

461 Wir Freien Demokraten sind der Auffassung, dass im Land Bremen eine durchgehende
462 Betreuung des bzw. der Arbeitslosen durch die gemeinsame Einrichtung (Jobcenter)
463 während einer Maßnahme sicherzustellen ist. Dies kann etwa durch externes
464 Coaching oder interne Beratungsgespräche sichergestellt werden. So werden alle
465 Problemlagen erkannt und es können frühzeitig entsprechende Gegenmaßnahmen
466 ergriffen werden.

467 **Moderne Arbeitswelt**

468 Neue Technologien, die Globalisierung und der demographische Wandel führen zu
469 permanenten Veränderungen in der Arbeitswelt. Da die moderne Arbeitswelt geprägt
470 ist von einer fortschreitenden Digitalisierung und Automatisierung, erfordert
471 sie von Arbeitgebern und Arbeitnehmern immer mehr Agilität und Flexibilität.
472 Schon heute sind Arbeitsmodelle wie Homeoffice bzw. Telearbeit, Remote Work und
473 Hybrid Work feste Bestandteile des Arbeitslebens. Für Arbeitnehmerinnen und
474 Arbeitnehmer bedeutet dies die persönliche Bereitschaft, sich den stetig
475 veränderten Bedingungen zu stellen („Lebenslanges Lernen“). Für Staat und
476 Unternehmen besteht dabei die Herausforderung, entsprechende Fort- und
477 Weiterbildungskonzepte zu entwickeln und anzubieten. Entscheidend ist hierbei,
478 dass diese berufsbegleitend absolviert werden können.

479 **Lebenslanges Lernen mit „Midlife-Bafög“ fördern**

480 Der Bildungsstand stagniert häufig mit Eintritt ins Berufsleben. Zukünftige
481 technologische Entwicklungen lassen dies jedoch nicht mehr zu. Lebenslanges
482 Lernen trägt zur Verbesserung von Wissen, Qualifikationen und Kompetenzen im
483 Rahmen einer persönlichen, bürgergesellschaftlichen, beruflichen, finanziellen
484 und sozialen Entfaltung bei. Ziel ist es, weiterhin an einem selbstbestimmten,
485 zeitgemäßen Leben teilnehmen zu können.

486 Bildungsinhalte müssen transparent und für alle einfach zugänglich zur Verfügung

487 gestellt werden, unabhängig vom Bildungsniveau. Allen soll das Recht auf
488 lebensbegleitendes Lernen zugesprochen werden, wofür das Land Bremen
489 entsprechende Angebote zur Verfügung stellen muss.

490 Die Diskrepanz von aktuellem Wissensstand und überholtem Wissen wird somit
491 umgangen. Die Chance, langfristig einer erfüllenden Tätigkeit nachzugehen, kann
492 sich durch lebenslanges Lernen deutlich erhöhen.

493 Wir Freien Demokraten wollen daher Weiterbildung mit einem „Midlife-Bafög“ und
494 sogenannten Freiraumkonten unterstützen. Auf einem persönlichen Freiraumkonto
495 können Beschäftigte unabhängig vom Arbeitgeber Teile ihres Gehalts steuer- und
496 sozialabgabefrei ansparen, zum Beispiel für Kursgebühren, Verdienstaufwände
497 während einer Fortbildung. Auch Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sollen auf
498 diese Konten einzahlen können, ebenso soll die Umwandlung von Überstunden und
499 Resturlaub möglich sein. Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen sollen
500 zudem mit einem „Midlife-Bafög“ beim Aufbau von Guthaben auf dem Freiraumkonto
501 unterstützt werden.

502 **Freiräume und Autonomie**

503 Das geltende Arbeitszeitgesetz stammt aus dem letzten Jahrhundert. Die darin
504 festgelegten starren Ruhezeiten von elf Stunden verhindern flexibles Arbeiten
505 und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der Mensch als Individuum sowie
506 seine persönliche Lebenssituation erfordern unterschiedliche Arbeitszeitmodelle.
507 Die moderne Arbeitswelt darf nicht in alten, klassischen Mustern von Kontrolle
508 und gesetzlichen Regulierungen verharren. Vielmehr muss es zukünftig für
509 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sowie auch Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber
510 möglich sein, die persönlichen Interessen von Arbeitnehmerinnen und
511 Arbeitnehmern für eine selbstbestimmte Erwerbsbiografie mit den berechtigten
512 betrieblichen Interessen der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber abzustimmen. Wir
513 Freien Demokraten fordern eine flexible Tagesarbeitszeit bei einer geregelten
514 Wochen- oder Monatsarbeitszeit. Damit können Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber,
515 sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer selbstbestimmt Regelungen schaffen, die
516 das Ausweichen in Grauzonen verhindert. Hierbei soll der Staat nur eingreifen,
517 wenn beide Parteien keine Einigung erzielen können. Zudem muss für
518 Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber die Rechtsunsicherheit in Bezug auf die
519 Dokumentationspflicht, die Pflicht zur Arbeitszeiterfassung und die
520 Vertrauensarbeitszeit beseitigt werden.

521 **Demografischer Wandel und längeres Arbeiten**

522 Infolge des demografischen Wandels stehen unsere sozialen Sicherungssysteme vor
523 schwerwiegenden Belastungen. Insbesondere bei der Rente gilt, dass zukünftig
524 immer weniger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer immer mehr Rentnerinnen und
525 Rentner finanzieren. Es ist daher zwingend notwendig, die Strukturen unserer
526 Rentenversicherung den neuen Realitäten anzupassen. Als Freie Demokraten setzen
527 wir uns dafür ein, dass die Rentenversicherung langfristig in die Kapitaldeckung
528 wechselt, weil nur so die Rentenversicherung zukünftig finanzierbar werden kann.
529 Die auf Bundesebene auf Initiative der FDP eingeführte Aktienrente kann hierbei
530 nur der erste Schritt sein und sollte, wo möglich, ausgeweitet und beschleunigt

531 werden, damit die Rentenversicherung wieder finanziell abgesichert wird.

532 Gleichzeitig passt ein festes Renteneintrittsalter immer weniger zu den
533 vielfältigen Lebensvorstellungen und den individuellen Wünschen und Bedürfnissen
534 der einzelnen Menschen. Deswegen fordern wir eine Flexibilisierung des
535 Renteneintritts nach dem schwedischen Modell. Auch einen schrittweise
536 erfolgenden Eintritt in den Ruhestand wollen wir vereinfachen. Hierzu sollen
537 Hinzuverdienstgrenzen der Rente erhöht werden, sodass Teilzeit- und
538 Nebentätigkeiten nicht zu einem finanziellen Nachteil bei der Rente führen.

539 **Flexibilisierung des Arbeitsmarktes**

540 Nicht zuletzt die Corona-Pandemie, der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine
541 und die damit einhergehenden enormen wirtschaftlichen Auswirkungen haben
542 gezeigt, wie wichtig es ist, dass Unternehmen flexibel auf unvorhergesehene
543 Ereignisse reagieren können. Wir Freien Demokraten betrachten die Zeitarbeit
544 daher als unverzichtbares Instrument für den Arbeitsmarkt.

545 Darüber hinaus ist sie ein wichtiger Baustein für die Chance zum sozialen
546 Aufstieg, denn sie beschäftigt eine überproportional hohe Anzahl von Menschen
547 aus Arbeitslosigkeit, Menschen ohne Schul- oder Berufsabschluss sowie Ältere und
548 Geflüchtete. Laut Angaben der Bundesagentur für Arbeit lag der Anteil der
549 Zeitarbeit an den Beschäftigungsaufnahmen Geflüchteter im Zeitraum Juli 2020 bis
550 Juni 2021 bei 34,5 Prozent. Keine andere Branche hat auch nur annähernd so viele
551 Flüchtlinge integriert.

552

553 Daher fordern wir, überholte und überflüssige Regulierungen und Einschränkungen
554 für die Zeitarbeit abzuschaffen. Dazu gehört das Verbot der Beschäftigung von
555 Drittstaatenangehörigen, das Verbot der Überlassung in das Baugewerbe und die
556 Begrenzung der Höchstüberlassungsdauer von 18 Monaten, da ohnehin nach 9 Monaten
557 Überlassungsdauer ein gesetzlicher Anspruch der Zeitarbeitnehmerinnen und -
558 arbeitnehmer auf gleiche Bezahlung wie die Stammebelegschaft (Equal-Pay-
559 Grundsatz) besteht. Darüber hinaus soll auch für die Zeitarbeit das Recht auf
560 Kurzarbeitergeld eingeführt werden.

561 **Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel**

562 Wir Freien Demokraten fordern die Aktualisierung der Fachkräftestrategie für das
563 Land Bremen. Bremen muss attraktiv für Fachkräfte werden. Wichtiger Bestandteil
564 der Fachkräftegarantie muss eine substanzielle Verbesserung des Bremer
565 Bildungssystems sein, damit auch Fachkräfte und ihre Familien sich für Bremen
566 entscheiden.

567 **Einwanderung und Integration**

568 **Einwanderung in den Arbeitsmarkt steuern und vereinfachen - Punktesystem nach 569 kanadischem Vorbild einführen**

570 Aufgrund des demografischen Wandels und des Arbeitskräftemangels ist das Land
571 Bremen auf qualifizierte Einwanderung in den Arbeitsmarkt angewiesen. Wir Freien
572 Demokraten setzen uns daher für ein Einwanderungsgesetz mit Punktesystem nach
573 kanadischem Vorbild ein. Die Steuerung soll hier über Kriterien wie

574 Bildungsgrad, Deutsch- oder auch gute Englischkenntnisse, Alter, Berufserfahrung
575 und den aktuellen Fachkräftebedarf am Arbeitsmarkt erfolgen. Hierdurch sollen
576 auch die Hürden für die Anerkennung ausländischer Abschlüsse abgebaut werden.
577 Der Anerkennungsprozess muss unbürokratischer und schneller werden.

578 Für gut integrierte Schutzsuchende muss es die Möglichkeit eines „Spurwechsels“
579 in eine der beiden Säulen der Einwanderung in den Arbeitsmarkt geben. Denn wer
580 einer Erwerbstätigkeit nachgeht oder sich in einer Qualifikationsphase (zum
581 Beispiel Ausbildung oder Studium) befindet, sollte nicht ausgewiesen werden. Wir
582 Freie Demokraten wollen, dass jeder Mensch die Chance bekommt, etwas aus seinem
583 Leben zu machen. Daher fordern wir die Möglichkeit der Arbeitsaufnahme für alle
584 Asylbewerberinnen und -bewerber oder Geduldete (auch aus sog. sicheren
585 Herkunftsstaaten) nach der Wartefrist (3 Monate), ohne dass der Arbeitgeber
586 zuvor eine Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit einholen muss. Entsprechende
587 Anträge sollen - sofern möglich - bereits in den Heimatländern, beispielsweise
588 in den Botschaften, gestellt werden können. Wir Freie Demokraten fordern eine
589 Vereinfachung und Beschleunigung der Anerkennungsprozesse für ausländische
590 Berufsabschlüsse, um die Qualifikationspotenziale ausländischer Fachkräfte, zum
591 Beispiel im Bereich der Alten- und Krankenpflege besser zu nutzen. Dafür müssen
592 die Regelungen und Kriterien zur Bewertung der Gleichwertigkeit beruflicher
593 Qualifikationen vereinfacht und die Verfahren erheblich beschleunigt werden,
594 unter anderem durch eine entsprechende personelle Ausstattung der zuständigen
595 Stellen. Wer sich potenziell länger in Deutschland aufhält, die nötigen
596 Erfordernisse für eine Arbeitstätigkeit erfüllt und selbst zu seinem
597 Lebensunterhalt sowie dem seiner Familie beitragen will und kann, soll dies auch
598 tun können. Dies stärkt die Integration und den sozialen Frieden und entlastet
599 die öffentlichen Kassen.

600 **Tarifautonomie stärken: Abschaffung des Landesmindestlohns**

601 Wir fordern die Abschaffung des Bremer Landesmindestlohns. Angesichts eines
602 Bundesmindestlohns, der bereits jetzt politisch festgesetzt wird, erübrigt sich
603 ein Bremer Landesmindestlohn. Durch seinen hohen bürokratischen Aufwand stellt
604 dieser einen Standort- und Wettbewerbsnachteil für Bremer und Bremerhavener
605 Firmen gegenüber jenen im niedersächsischen Umland dar. Besonders problematisch
606 ist, dass in Bremen das Einstiegsentgelt des Öffentlichen Dienstes zugrunde
607 gelegt wird, denn dort orientieren sich Tarifverhandlungen nicht an der
608 Situation der realen Wirtschaft. Wir Freien Demokraten bekennen uns vielmehr zur
609 Tarifautonomie. Aus unserer Sicht hatte sich das Instrument einer
610 Mindestlohnkommission, die unabhängig vom politischen Überbietungswettbewerb die
611 Interessen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern ausgleicht, grundsätzlich bewährt.
612 Politisch festgesetzte Löhne lehnen wir hingegen ab.

613 **Keine Ausbildungsumlage für Bremen**

614 Der Bremer Senat hat im Herbst 2022 die Eckpunkte eines sogenannten
615 Landesausbildungsfonds beschlossen, der zum Ausbildungsjahr 2024/25 eingeführt
616 werden soll. In diesen Fonds sollen alle Unternehmen mit mehr als fünf
617 Beschäftigten eine Umlage einzahlen. Dabei wird im Land Bremen bereits mehr
618 ausgebildet, der Anteil der Auszubildenden liegt deutlich über der

619 Ausbildungsquote der anderen Stadtstaaten Berlin und Hamburg sowie über dem
620 Bundesdurchschnitt. Wir Freie Demokraten lehnen diesen Ausbildungsfonds daher
621 genauso wie alle beteiligten Wirtschaftsakteure ab. Er würde Unternehmen gerade
622 in einer Zeit mit steigenden finanziellen Belastungen, z.B. durch steigende
623 Energiekosten, zusätzlich belasten. Wenn Unternehmen nicht ausbilden, liegt es
624 in der Regel nicht an einer mangelnden Bereitschaft, sondern am Mangel
625 geeigneter Kandidaten. Sie können offene Ausbildungsstellen nicht besetzen, weil
626 die schulische Grundausbildung der Jugendlichen nicht ausreicht und die
627 Qualifikation für eine Ausbildung fehlt. Der staatliche Bildungsauftrag darf
628 nicht durch eine erzwungene Ausbildungsabgabe auf die Unternehmen abgewälzt
629 werden.

Antrag 003: Kapitel 3: Solider Haushalt und effiziente Verwaltung

Antragsteller*in:	Landesvorstand Bremen (LV Bremen)
Status:	zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Solider Haushalt**

2 **Schuldenpolitik**

3 Die Nettoschulden sind in den letzten 15 Jahren um mehr als 50 % gestiegen –
4 mehr als in jedem anderen Bundesland – und betragen jetzt fast 23 Milliarden
5 Euro. Um die finanzielle Handlungsfähigkeit des Landes Bremen zu erhalten, muss
6 die Einhaltung der Schuldenbremse und die Sanierung der öffentlichen Finanzlage
7 oberste Priorität bei der Bremer Finanzpolitik haben.

8 Wir Freie Demokraten stehen zur Schuldenbremse und lehnen zusätzliche Schulden
9 in Bremen entschieden ab.

10 Um die Schuldenlast nachhaltig zu reduzieren, wollen wir die
11 Tilgungsvereinbarungen der Sanierungs- und Konsolidierungshilfen erfüllen und
12 die Investitionen in die Bremer Wirtschaft deutlich erhöhen. Sowie die
13 Inflationsraten wieder im normalen Bereich um ca. 2 Prozent liegen, sind
14 zusätzliche Tilgungen erforderlich.

15 Als Folge der verfehlten Finanzpolitik der letzten Jahrzehnte, der daraus
16 resultierenden hohen Zinsbelastung und einem überdehnten Verwaltungsapparat ist
17 Bremens finanzieller Handlungsspielraum stark eingeschränkt. Trotz eines
18 Jahrzehnts historisch niedriger Zinsen belasten die Zinskosten allein für die
19 bestehenden Schulden die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler im Land Bremen
20 jährlich mit mehr als 500 Millionen Euro und verhindern damit wichtige
21 Investitionen in Bildung, Infrastruktur und die heimische Wirtschaft. Aus diesem
22 Grund ist unerlässlich, die Staatsausgaben zu priorisieren. Während die
23 Landesregierungen in der Vergangenheit vor allem vor allem in Bildung,
24 Infrastruktur und Wirtschaft entweder zu wenig oder an falscher Stelle
25 investiert haben, wollen wir Freie Demokraten die Investitionen in diese
26 Bereiche an die erste Stelle stellen.

27 Um zusätzliche Geldmittel nutzen zu können, wollen wir künftig bei jedem
28 staatlichen Vorhaben Fördermittel der Europäischen Union oder des Bundes
29 bevorzugt heranziehen.

30 **Personalstrukturreform**

31 Im Vergleich zu anderen Bundesländern hat Bremen in vielen Verwaltungsbereichen
32 zu hohe Personalausgaben. Dies gilt in besonderer Weise für die senatorischen
33 Dienststellen. Wir Freien Demokraten wollen, dass Bremen und Bremerhaven die
34 modernsten Verwaltungen Deutschlands bekommen und zu modernen
35 Serviceeinrichtungen umgebaut werden. Erreichen wollen wir dies durch eine
36 grundlegende Modernisierung des Personalvertretungsgesetzes (PVG) und die damit
37 möglich werdende, lange überfällige Personalstrukturreform in der öffentlichen
38 Verwaltung. Wir Freie Demokraten wollen die Staatsquote drastisch senken, indem
39 wir die Verantwortlichkeiten und Aufgabenstellungen überprüfen, die interne
40 Bürokratie abbauen und durch eine verstärkte Digitalisierung Abläufe und
41 Prozesse in der Verwaltung optimieren und automatisieren. Notwendig sind zudem
42 flache Hierarchien und kurze Dienstwege. Unser Ziel ist es, den Anteil der
43 Verwaltungsausgaben am Landeshaushalt bis 2030 zu halbieren. Darüber hinaus ist
44 es zwingend notwendig, für zukünftige Pensionsverpflichtungen ausreichend große
45 Rückstellungen zu bilden.

46 **Eigenbetriebe und Beteiligungen**

47 Bremen ist an zahlreichen Körperschaften beteiligt und gliedert dabei viele
48 staatlichen Aufgaben an externe Organisationen aus. Dabei mangelt es erheblich
49 an Transparenz über die einzelnen Beteiligungen und dem Transfer finanzieller
50 Mittel. Wir Freie Demokraten wollen sämtliche Beteiligungen transparent und für
51 jedermann zugänglich öffentlich machen. Sämtliche finanziellen Förderungen an
52 Beteiligungen oder Drittorganisationen wollen wir detailliert offenlegen.

53 Im Rahmen eines allgemeinen Verlustausgleichs werden mehrere Millionen Euro
54 Steuergelder verschwendet und jegliche betriebswirtschaftliche Effizienz
55 innerhalb dieser Körperschaften verhindert. Deswegen wollen wir Freie Demokraten
56 den allgemeinen Verlustausgleich für alle Beteiligungen abschaffen und die
57 eingesparten Gelder sinnvoll investieren.

58 Darüber hinaus wollen wir alle staatlichen Beteiligungen auf den Prüfstand
59 stellen. Eigenbetriebe und Beteiligungen, die der Notwendigkeitsprüfung einer
60 staatlichen Beteiligung nicht standhalten, sollen veräußert werden, wobei die
61 Erlöse vollständig für Investitionen oder Schuldenabbau eingesetzt werden
62 sollen. Dies gilt auch für staatliches Eigentum, das häufig nicht genutzt wird.

63 **Erfolgreiche Modelle bei der Erbringung der öffentlichen Daseinsvorsorge 64 weiterführen**

65 Die Preissteigerungen haben deutlich gemacht, dass das Modell der Bremer
66 Stadtreinigung als Anstalt des öffentlich Rechts für die Bürgerinnen und Bürger
67 zu schweren Nachteilen geführt hat. Wir Freie Demokraten lehnen sogenannte
68 "Vergesellschaftungen" von Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge ab, sofern
69 funktionierende private Anbieter diese Aufgaben gut wahrnehmen. In diesem
70 Zusammenhang werden wir uns dafür einsetzen, dass das erfolgreiche Modell bei

71 HanseWasser weitergeführt wird.

72 **Geld- und Zahlungsverkehr**

73 Während der Pandemie hat die Nutzung digitaler Zahlungsmittel auch in
74 Deutschland deutlich zugenommen. Dennoch sind in Behörden oft weder digitale
75 Zahlungswege noch Kartenzahlung möglich. In den Behörden des Landes und der
76 Stadtgemeinden soll den Bürgern die freie Wahl des Zahlungsmittels ohne
77 Nachteile und zusätzliche Kosten garantiert werden.

78 **Als Freie Demokraten steht für uns fest, dass Bargeld auch weiterhin als**

79 allgemeines Zahlungsmittel bestehen bleiben muss. Deswegen lehnen wir
80 Einschränkungen der Barzahlungen (zum Beispiel durch Bargeldobergrenzen)
81 konsequent ab und fordern eine Annahmepflicht für Bargeld in staatlichen
82 Behörden, und zwar auf jeder Ebene. Ein Zwang zu digitalen Zahlungsmitteln führt
83 nicht zwangsläufig zu weniger Kriminalität.

84 **Trennung von Jugendherberge Wüstewohldde und Schullandheim Bad Bederkesa**

85 Wir Freie Demokraten sehen es nicht mehr als zeitgemäß an, dass die Stadt
86 Bremerhaven selbst außerhalb der Stadtgrenzen ein Schullandheim und eine
87 Jugendherberge betreibt. Deswegen sprechen wir uns dafür aus, dass sich die
88 Stadt von beiden Einrichtungen trennt. Wenn möglich, sollen gemeinnützige oder
89 private Betreiber die Einrichtungen übernehmen. Wenn das nicht gelingt, müssen
90 wir auch über andere Lösungen sprechen. In den vergangenen Jahren ist es der
91 Stadt nicht gelungen, die Einrichtungen kostendeckend zu betreiben. Dazu ist ein
92 Sanierungsstau beim Schullandheim in Millionenhöhe aufgelaufen. Für die
93 Jugendherberge Wüstewohldde konnten keine Herbergseltern gefunden werden. Der
94 subventionierte Betrieb war in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts
95 sinnvoll, als es wenig private oder gemeinnützige Alternativen gab. Heute
96 gibt es allerdings viele Anbieter, die für Klassenfahrten Unterkunft und
97 pädagogisches Programm anbieten. Ein staatliches Angebot ist nicht mehr
98 erforderlich, insbesondere wenn es ein Haushaltsrisiko für die Stadt darstellt.

99 **Digitale und effiziente Verwaltung Bürokratieabbau**

100 Als Querschnittsproblem behindert die ausufernde Bürokratie mittlerweile
101 sämtliche Bereiche des Lebens und stellt damit das drängendste Problem dar, weil
102 es die Lösung anderer Problembereiche behindert. Als Freie Demokraten fordern
103 wir daher eine radikale Entbürokratisierung und die Reformierung Bremer
104 Behörden, damit diese endlich wieder zum Wegbereiter werden. Daher wollen wir
105 zukünftig bei der Einführung neuer Vorschriften im selben Schritt mindestens
106 zwei äquivalente Vorschriften streichen („One-In-Two-Out“-Prinzip). Nur so kann
107 die bürokratische Gesamtlast an der Wurzel reduziert werden. Darüber hinaus
108 sollen der Bürokratiekostenindex und die Messung des Erfüllungsaufwandes für
109 Bürger und Unternehmen ausgeweitet werden. Neue Gesetzesvorhaben sollen vor der
110 parlamentarischen Beratung durch unabhängige Experten hinsichtlich der
111 Auswirkungen auf die bürokratischen Aufwände bewertet werden müssen.

112 **Englisch als zweite Verwaltungssprache**

113 Wir wollen es allen bei Gründungen beteiligten Stakeholdern und besonders der
114 Verwaltung ermöglichen zunächst einzelne Beratungsleistungen der Verwaltung in

115 englischer Sprache anzubieten. Durch entsprechende Modellprojekte erleichtern
116 wir international agierenden Unternehmen die Tätigkeit in Bremen, gewinnen neue
117 Fachkräfte im internationalen Wettbewerb und vereinfachen die Gründung neuer
118 Unternehmen in unserem Land. Ziel muss es sein, Englisch als
119 Verwaltungssprache flächendeckend und dauerhaft zu etablieren.

120 **Digitalisierung der Verwaltung**

121 Obwohl die allermeisten Bürgerinnen und Bürger ganz selbstverständlich per E-
122 Mail kommunizieren, findet die Kommunikation mit Behörden häufig immer noch
123 mittels Papier oder Fax statt. Wir Freien Demokraten wollen, dass die
124 Kommunikation mit der öffentlichen Verwaltung in Zukunft digital abläuft.

125 Der Schlüssel hierzu ist ein digitales Bürgerkonto. Hierzu führen wir auf
126 Bundesebene derzeit eine benutzerfreundliche und datenschutzkonforme eID ein.
127 Mit dieser eID soll man sich in Zukunft in sein Bürgerkonto einloggen können und
128 alle Behördengänge digital absolvieren können. Klar muss hierbei sein, dass
129 Digitalisierung in der Verwaltung nicht nur heißt, dass man beispielsweise sein
130 Auto online anmelden kann. Daher kann die konsequente Umsetzung des
131 Onlinezugangsgesetzes bis spätestens Ende 2023 nur der absolute Minimalanspruch
132 sein. Vielmehr muss die Behörde von heute die Digitalisierung in vollem Umfang
133 ausnutzen. Es genügt nicht, wenn Termine und Formulare zwar online verfügbar
134 sind, die Behörden selbst jedoch weiterhin mit Papierbergen arbeiten. Deswegen
135 fordern wir, auch die behördeninternen Prozesse vollständig zu digitalisieren.
136 Erst, wenn auch der Prozess dahinter (im sogenannten Backend) medienbruchfrei
137 durchgehend digital ist, kann man von echter Digitalisierung sprechen.

138 Hierbei muss das ausdrückliche Ziel sein, die Behördenarbeit so weit wie möglich
139 zu automatisieren, wobei weiterhin manuelle Korrekturen im Einzelfall möglich
140 sein müssen. Nur so kann die tatsächliche Arbeitslast der Verwaltungsmitarbeiter
141 reduziert und deren Kapazität dort eingesetzt, wo sie tatsächlich gebraucht
142 wird. Um die Arbeitslast weiter zu reduzieren, muss mittelfristig von der
143 Koexistenz digitaler und analoger Verwaltungsarbeit abgesehen werden. Anstatt
144 Vorgänge sowohl digital als auch wie bisher in analoger Form anzubieten, müssen
145 wir veraltete Durchführungsformen vollkommen fallen lassen, da dies sonst zur
146 Doppelbelastung bei den Behörden führt. Vor dem Hintergrund des zunehmenden
147 Fachkräftemangels sowie den ohnehin zu hohen Verwaltungspersonalkosten müssen
148 digitale Lösungen dazu genutzt werden, die Arbeit in der Verwaltung effizienter
149 zu gestalten. Um diesen Digitalisierungsgrad alsbald möglich zu erreichen, muss
150 der finanzielle Bedarf mit entsprechender Priorität anderen Ausgaben
151 vorangestellt werden.

152 **Datenaustausch und einheitliche Schnittstellen**

153 Um die Bürger und Unternehmen direkt von bürokratischem Aufwand zu entlasten,
154 muss der Staat die bereits verfügbaren Informationen zwischen den Behörden
155 leichter austauschen können. Es stellt eine unnötige Belastung der Bürger dar,
156 wenn diese – wie zum Beispiel bei der Grundsteuer - aufgefordert werden,
157 Informationen bereitzustellen, obwohl die Informationen schon in Staatshand,
158 aber eventuell bei einer anderen Behörde, vorliegen. Um gleichzeitig den

159 Datenschutz der Bürger zu gewährleisten und missbräuchlichen Zugriff auf
160 Informationen zu verhindern, soll dieser zwischenbehördliche
161 Informationsaustausch zweckgebunden vom Bürger genehmigt werden müssen.

162 Aber auch der Datenaustausch zwischen der Verwaltung und den Bürgern muss
163 besser werden. Wir setzen uns daher für einheitliche digitale Schnittstellen
164 zwischen Verwaltung und Bürgern bzw. Wirtschaft ein. Diese führen zur
165 Fehlervermeidung, einer höheren Qualität im Datenaustausch und zu einer
166 insgesamt besseren Effizienz auf beiden Seiten - das spart bei der Wirtschaft
167 und der Verwaltung Ressourcen und Kapital ein, das an anderer Stelle besser
168 genutzt werden kann.

169 **Mehr Chancen für die Bremer Digitalwirtschaft - gesetzliches Dataport-Monopol** 170 **aufheben**

171 Statt mit der sehr erfolgreichen Bremer Digitalwirtschaft zusammenzuarbeiten,
172 hat die rot-grün-rote Koalition 2022 ein Gesetz verabschiedet, das nur noch
173 einen einzigen IT-Dienstleister bzgl. Applikationsentwicklung für Bremische
174 Behörden zulässt. Bei diesem Anbieter handelt es sich um die in Kiel ansässige
175 Firma Dataport, an der das Land Bremen einen Marginal-Anteil hält. Bremische
176 Wirtschafts- und Innovationsförderung geht anders. Das wollen wir ändern, indem
177 wir das Gesetz zur Monopolisierung von Dataport als IT-Dienstleister der
178 Öffentlichen Verwaltung aufheben. Stattdessen wollen wir die Zusammenarbeit mit
179 der Bremer und Bremerhavener Wirtschaft verbessern, um Arbeitsplätze in Bremen
180 und Bremerhaven zu erhalten. Hierbei sehen wir Chancen für eine Aufwertung des
181 Standorts Bremen/Bremerhaven.

182 **Glasfaserausbau**

183 Dienstleistungen und Werke aus geistiger Arbeit sind für die Wirtschaft in
184 Bremen und Bremerhaven von immenser Bedeutung. Daten sind der Rohstoff der
185 Zukunft. Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, müssen optimale Rahmenbedingungen
186 für die vernetzte und digitale Zukunft der für Unternehmen und Haushalte setzen.
187 Der flächendeckende und zuverlässige Internetzugang ist für sämtliche
188 Innovationen im digitalen Raum zwingende Voraussetzung. Der Ausbau der
189 klassischen Netzinfrastruktur im Bereich moderater Übertragungsraten ist dabei
190 nicht ausreichend, um Bremen als Wohnort und Wirtschaftsstandort attraktiv zu
191 machen. Als Freie Demokraten wollen wir heute die strategischen und
192 planungstechnischen Weichen stellen, damit flächendeckender und zuverlässiger
193 Internetzugang im Gigabit-Bereich mittelfristig umgesetzt werden kann. Das Ziel
194 muss es sein, bis 2030 mindestens 90 Prozent der Haushalte und Unternehmen in
195 Bremen und Bremerhaven mit vollständiger Glasfaserinfrastruktur (FTTH)
196 auszustatten.

197 **Freies WLAN weiter ausbauen**

198 Eine möglichst schnelle und stabile Internetverbindung ist heutzutage nicht mehr
199 nur an festen Standorten, sondern auch mobil notwendig. Wir Freien Demokraten
200 werden öffentlich zugängliche Hotspots in allen städtischen Gebäuden sowie auf
201 allen öffentlichen Plätzen ausweisen und fördern deren Einrichtung in Bussen,
202 Straßenbahnen und Bahnen der Regional- und S-Bahn.

Antrag 004: Kapitel 4: Maritime Wirtschafts- und Hafenpolitik

Antragsteller*in:	Landesvorstand Bremen (LV Bremen)
Status:	zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Die maritime Wirtschaft als wichtiger Standortfaktor für Mittelstand und**
2 **Industrie**

3 Als wichtiger Wachstumsmotor sichert die maritime Wirtschaft Arbeitsplätze sowie
4 die Wettbewerbsfähigkeit vieler internationaler und außenhandelsorientierter
5 Unternehmen in Bremen, Bremerhaven und der Region.

6 Wir Freie Demokraten wollen die Schifffahrt und die maritime Wirtschaft erhalten
7 und ausbauen. und sie für zukünftige Herausforderungen stärken. Ziel ist es,
8 sowohl das große ökonomische als auch das ökologische Potenzial zu nutzen. Eine
9 starke maritime Wirtschaft, die den aktuellen Anforderungen und zukünftigen
10 Herausforderungen gerecht wird, stärkt die bereits hervorragend in die
11 Weltwirtschaft integrierte Wirtschaft in Bremen und Bremerhaven und damit den
12 Mittelstand.

13 Wir sehen die maritime Wirtschaft, die Lieferketten und die Infrastruktur als
14 Ganzes, schließlich ist all das ein wichtiges Tor zur Welt. Von Schiffbau über
15 die Export- und Importwirtschaft, die Fischerei, Offshore-Windenergie,
16 Containerschifffahrt, Küstentourismus sowie Zukunftssektoren wie blauer
17 Biotechnologie, Meeresbergbau oder Weltraumbahnhof, die Bandbreite der „blauen
18 Wirtschaft“ ist weit. Zulieferbetriebe sitzen in Bremerhaven und Bremen. Bremen
19 und Bremerhaven verfügen über ausgezeichnete Hochschulen und Forschungszentren,
20 die wie das Alfred-Wegener-Institut in Bremerhaven oder das Zentrum für Marine
21 Tropenforschung zu den besten der Welt gehören. Diese Stellung gilt es nicht
22 nur zu verteidigen, sondern auszubauen. Forschung und Innovation sind die
23 treibenden Elemente der maritimen Wirtschaft der Zukunft. Eine effiziente
24 Stärkung der maritimen Wirtschaft muss auf einer ambitionierten Meerespolitik
25 Deutschlands und der EU fußen. Wasser kennt keine Grenzen, und daher sollten
26 sich die norddeutschen Küstenländer genauso wie die europäischen Anrainerstaaten
27 im Bereich der Meerespolitik so eng wie möglich abstimmen.

28 **Bedarfsorientierte Anpassung und Erhaltung der seewärtigen Zufahrten**

29 Wir Freien Demokraten stehen zu der zentralen Funktion der Häfen für die Zukunft
30 Bremens und Bremerhavens. Die maritime Wirtschaft und die damit verbundenen
31 Lieferketten sind abhängig von einer bedarfsgerechten und wettbewerbsfähigen
32 Infrastruktur der Wasserstraßen und seewärtigen Zufahrten. Das Land Bremen lebt
33 von seinen Häfen, ist Logistikkreuzung und der größte deutsche Umschlaghafen
34 für Automobile. Damit das so bleibt, braucht das Land Bremen eine
35 bedarfsgerechte Anpassung und stetige Erhaltung der Fahrrinnen der Weser – zur
36 See und zum Binnenland. Die Fahrrinnenanpassung ist längst überfällig und im
37 Bundesverkehrswegeplan als „vordringlichen Bedarf“ genannt. Nur so können die
38 Häfen weiterhin Anlaufpunkt für moderne Großschiffe bleiben und damit

39 den Wirtschafts- und Logistikstandort auch in Zukunft sichern. Bei jeder
40 Anpassung der Wasserstraßeninfrastruktur ist die Berücksichtigung des relevanten
41 Umwelt- und Naturschutzes selbstverständlich. Die Maßnahmen müssen nachhaltig
42 sein und dürfen keine relevanten Folgekosten nach sich ziehen. Um dies
43 gewährleisten zu können, bedarf es rechtzeitig eines nachhaltigen
44 Sedimentmanagements.

45 **Anpassung, Ausbau und Digitalisierung der Hafeninfrastuktur als Standortfaktor**

46 Vor dem Hintergrund, die bremischen Häfen im globalen Wettbewerb effizienter,
47 zukunftsfähiger und nachhaltiger zu positionieren, bedarf es einer
48 Beschleunigung der Anpassung und dem Ausbau der Hafeninfrastuktur. Die
49 bremischen Häfen sind auf eine bedarfsgerechte, moderne Infrastruktur mit
50 effizienten Strukturen angewiesen. Das Land Bremen muss sowohl in den Erhalt und
51 die notwendigen Anpassungen der Hafeninfrastuktur selbst, als auch in die
52 verkehrliche Anbindung der Häfen investieren. Die Kajen der Stromkaje müssen
53 mittelfristig saniert werden. Hier sind mehr Investitionen notwendig, um später
54 höhere Kosten zu vermeiden. Aber auch der Neustädter Hafen und die
55 Industriedäme müssen mittelfristig ertüchtigt und weiterentwickelt werden.

56 Hierfür brauchen die bremischen Häfen eine auskömmliche Finanzausstattung. Zudem
57 braucht es eine Beschleunigung der Planungsverfahren und eine schnelle,
58 entschlossenen und einvernehmliche Umsetzung der geplanten Maßnahmen. Unter dem
59 Aspekt der Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit der bremischen Seehäfen ist jede
60 Verzögerung bei Infrastrukturmaßnahmen ein Dämpfer für die Wertschöpfung und die
61 Arbeitsplätze und damit ein Dämpfer für den Wohlstand des Landes Bremen.

62 **Häfen und Nachhaltigkeit**

63 Im Zuge der Modernisierung der Handels- und Kreuzfahrtflotten sowie zur
64 Erreichung der klimapolitischen Ziele unterstützen wir Freie Demokraten die
65 Einrichtung von Infrastruktur zur Bebunkerung von Schiffen mit alternativen
66 Treibstoffen. Beim Landstrom muss immer die Kosten-Nutzen-Analyse mit der
67 gesamten Netzstruktur beachtet werden. Hier muss im Einzelfall geprüft werden,
68 ob der Landstromanschluss wirtschaftlich und technisch realisierbar ist. Zudem
69 bedarf es eines intensiven Austauschs mit Reedereien, Werften, Häfen und allen
70 Beteiligten hinsichtlich der Zukunftsfähigkeit solcher Strukturen, da hiermit
71 enorme finanzielle Verpflichtungen und Investitionen verbunden sind. Zudem
72 müssten Seeleute und Hafendarbeiterinnen und Hafendarbeiter mittelfristig darauf
73 geschult werden. Dies ist nur in Kooperation mit der internationalen
74 Seeschiffahrtsorganisation (IMO) und den Hafenstaaten möglich und sinnvoll.
75 Ferner wollen wir Freien Demokraten prüfen, welche weiteren Maßnahmen ergriffen
76 werden können, um die gesamte Hafeninfrastrukturen der bremischen Häfen
77 nachhaltiger und klimaangepasster aufzustellen.. Hierbei spielt das Thema
78 Wasserstoff besonders mittelfristig eine wichtige Rolle, dies gilt es bei
79 der weiteren Hafentwicklung und Planung zu berücksichtigen. Dabei geht es
80 insbesondere um die Nutzung von Wasserstoff im Hafenbetrieb für Umschlaggeräte,
81 Lkws sowie die Hafendamm.

82 **Wasserstoffterminal**

83 Deutschland wird Energie-Import-Land bleiben, trotzdem müssen wir möglichst
84 unabhängig bleiben. Dafür fordern wir prüfen, ob ein eigenes Wasserstoffterminal
85 in Bremerhaven möglich ist. Mittels Flächeneffizienzanalyse soll dafür der
86 bestmögliche Standort ermittelt werden. Das Wasserstoffterminal würde einen Teil
87 einer neuen Energieinfrastruktur darstellen, der auch der 300MW-Elektrolyseur
88 der Stahlwerke angehört. Die bremische Stahlindustrie wird massiv profitieren
89 und Bremen schneller klimaneutral.

90 **Häfen und Digitalisierung**

91 Die deutschen Häfen werden allzu oft als zu teuer, zu langsam oder zu wenig
92 digitalisiert mit einer zu geringen Produktivität wahrgenommen. Damit die
93 bremischen Häfen insbesondere mit den Westhäfen und den Mittelmeerhäfen
94 konkurrenzfähig sind, wollen wir die Handelnden dabei unterstützen, die
95 Kostenstruktur anzupassen. Dazu gehören sowohl die Digitalisierung aller
96 Betriebsabläufe inklusive Automatisierung der Umschlagsaktivitäten als auch die
97 Umstellung der Umschlagsgeräte auf umweltfreundliche und effizientere
98 Technologien. Damit wollen wir sicherstellen, dass die Umschlagsleistung erhöht
99 wird und dadurch die Kosten gesenkt werden und somit eine erhöhte
100 Wettbewerbsfähigkeit entsteht. Auch wenn sich mittel- bis langfristig
101 Tätigkeiten verändern werden, können die Arbeitsplätze in den Häfen gesichert
102 werden. Die bremischen Häfen brauchen Freiräume für Innovationen und eine
103 nachhaltige Hafenbewirtschaftung.

104 Die nachhaltige Anpassung, Weiterentwicklung und Digitalisierung der Abläufe der
105 bremischen Häfen und der damit verbundenen Infrastruktur wollen wir Freie
106 Demokraten entschlossen weiter vorantreiben, um die Wertschöpfung, die
107 Arbeitsplätze und den Wohlstand im Land Bremen zu halten und auszubauen und
108 damit eine prosperierende Perspektive für zukünftige Generationen zu schaffen.

109 **Flächen auf den Prüfstand**

110 Als Freie Demokraten fordern wir eine Flächenbestands- und Nutzungsanalyse. Wir
111 setzen uns für neue Wachstumsimpulse für eine tatsächlich nachhaltige
112 Weiterentwicklung der Häfen in Bremerhaven ein. Nachdem das Offshore-Terminal
113 Bremerhaven (OTB) nun in dieser Form endgültig gescheitert ist, müssen wir die
114 vorhandenen Flächen optimal nutzen. Das langwierige juristische Gezerre kostete
115 nur wertvolle Zeit und personelle Kapazitäten - entscheidende Ressourcen, die
116 für eine innovative, zukunftsfähige Zukunftsplanung so dringend gebraucht
117 werden. Das sollte für die Hafenentwicklung eine Lehre sein, denn der globale
118 Wettbewerb wartet nicht, bis lokale Differenzen juristisch geklärt sind. Er
119 findet an anderen Standorten neue Lösungen und hängt Bremerhaven und Bremen
120 sonst immer weiter von den aktuellen Entwicklungen ab. Auch die Automatisierung
121 bietet hier Chancen, die vorhandenen Flächen im Containerumschlag effizienter zu
122 nutzen. Gleichzeitig ist es wichtig, auch Raum für hafennahe Gewerbeansiedlungen
123 zu schaffen.

124 Insbesondere für den Bereich High and Heavy braucht Bremerhaven
125 Verlademöglichkeiten, wofür CT1, die ABC-Halbinsel oder die neue Westkaje des
126 Fischereihafens geeignet sind. Auf diesem High and Heavy-Terminal könnten

127 die Bereiche Schwergut, Stückgut, Offshore einschließlich der Entsorgung und des
128 Repowerings vorhandener Windkraftanlagen unter der Nutzung diverser vorhandener
129 Flächen vorgesehen werden.

130 Die Optimierung und Umwidmung von Flächen für die zukunftsfähige Aufstellung der
131 Häfen sowie die Bereitstellung von Gewerbeflächen für Neuansiedlungen im
132 Hafenumfeld schafft die Grundlage für die Wettbewerbsfähigkeit der
133 Häfen und wirtschaftliche Prosperität.

134 Die bremischen Häfen mit ihren globalen Handelsverflechtungen und ihrer
135 Integration in die Welt sind systemrelevant und müssen fortlaufend an den
136 Strukturwandel und die weltweiten politischen und ökonomischen Herausforderungen
137 angepasst werden. Dazu gehört auch ein umfassendes und strukturiertes, aber eben
138 auch flexibel anpassbares Flächennutzungskonzept für die Häfen und die maritime
139 Wirtschaft mit den vielzähligen mittelständischen Unternehmen.

140 **Ausbau und Engpassbeseitigung der Hafenhinterlandanbindung**

141 Die Seehafenhinterlandanbindung beinhaltet sämtliche Verkehrsträger von Straße
142 über die Schiene hin zu den Binnenwasserstraßen. Die bremischen Häfen mit den
143 gesamten Seehafenhinterlandverkehren bilden eine wichtige Schnittstelle des
144 Welthandels. Deshalb müssen die bremischen Häfen besser und bedarfsgerechter ans
145 Hinterland angebunden werden. Eine optimale Anbindung aller Lieferketten von und
146 zu den bremischen Häfen ist von enormer volkswirtschaftlicher Bedeutung. Nur so
147 können wir langfristig mit den Häfen wie Rotterdam, Antwerpen, den Häfen im
148 Mittelmeer oder der neuen Seidenstraße im globalen Handel mithalten. Hier wollen
149 wir Freien Demokraten uns auch über das Hoheitsgebiet des Landes Bremen hinaus
150 für eine Verbesserung der Verkehrsanbindung und einen Ausbau der Trassen auf
151 Schiene und Straße einsetzen. Wichtigstes zu realisierendes Projekt auf
152 der Schiene ist die ALPHA-E-Variante. Alle Strecken ab Bremerhaven sollen bis
153 2030 elektrifiziert sein und um mindestens ein Gleis erweitert werden. Die
154 wichtigsten Projekte im Straßenbau sind die Küstenautobahn A20 und die B212 nach
155 Niedersachsen. Auf Bremer Stadtgebiet muss der Ringschluss der A281 mit
156 Wesertunnel und Anbindung an die A1 dringend umgesetzt werden. Ferner gilt es zu
157 prüfen, welche Rolle die Binnenschiffahrtsstraßen bei der zukünftigen
158 Planung der Seehafenhinterlandverkehre einnehmen und welche möglichen Potenziale
159 für die Entlastung der Straßen sich daraus ergeben. Denn die Binnenschiffahrt
160 kann einen wichtigen Beitrag zur Nachhaltigkeit und Klimaneutralität der
161 Hinterlandverkehre und der Schifffahrt leisten. Hierbei sind die aktuellen
162 Innovationen und die künftige Technologieentwicklung in der Branche hinsichtlich
163 tiefgangsoptimierter Binnenschiffe und innovativer Antriebe zu berücksichtigen.

164 Wir Freie Demokraten wollen, dass künftig der Bund in Abstimmung mit den
165 Bundesländern Sondergenehmigungen für Spezialtransporte erteilt, nicht jedes
166 Bundesland einzeln. Damit wollen wir das Verfahren für die Beantragenden
167 vereinfachen, den Flickenteppich von unterschiedlichen Vorschriften abschaffen
168 und Verzögerungen reduzieren.

169 **Hoheit der Häfen**

170 Wir Freien Demokraten sind für klare Handlungsstrukturen einer

171 einheitlichen Hafenpolitik für sämtliche Häfen des Landes. Das Land sollte die
172 Hoheit für alle bremischen Häfen übernehmen. Die Verwaltung der Häfen ist der
173 Stadt zuzuordnen, in deren geografischen Bereich sie sich befinden, um Hafен-
174 und Gewerbegebiete sinnvoll miteinander koordinieren zu können.

175 **Norddeutsche Hafenkooperation ausbauen**

176 Eine fragmentierte Einzelbetrachtung der deutschen Häfen schwächt im Zweifel
177 alle deutschen Standorte gegenüber den globalen Wettbewerbern. Um gegen den
178 globalen Wettbewerb weiterhin bestehen und Marktanteile zurückzugewinnen zu
179 können, brauchen wir eine stärkere Kooperation der nordwestdeutschen Seehäfen.
180 Deshalb begrüßen wir Freien Demokraten eine nationale Hafenstrategie und setzen
181 uns für eine schnelle Umsetzung der Strategie auf Bundesebene ein. Als ein
182 wichtiger Pfeiler der nationalen Hafenstrategie sollte das Konzept eines
183 ganzheitlichen Bewirtschaftungsansatzes und eine verstärkte Kooperation der
184 Häfen erarbeitet werden. Schiffe sollten im Sinne der Hafenkooperation dort
185 abgefertigt werden, wo es ökonomisch, betriebswirtschaftlich, ökologisch, aber
186 auch technisch und nautisch am effizientesten und sinnvollsten ist. Zudem können
187 Häfen und deren Beteiligte durch eine verstärkte Hafenkooperation voneinander
188 lernen. Aus Schwächen können Stärken werden, die gegenüber dem internationalen
189 Wettbewerb weiter ausgebaut werden. Eine wie auch immer geartete Kooperation im
190 Rahmen des Wettbewerbsrechts zwischen den Unternehmen begrüßen wir. Wichtig ist,
191 dass sich die Politik bei den Verhandlungen auf die Kernelemente und das
192 Wesentliche begrenzt.

193 **Einfuhrumsatzsteuer**

194 Beim Import von Gütern aus Drittstaaten verursacht das in Deutschland angewandte
195 Einfuhrumsatzsteuermodell eine unnötige Bindung von Liquidität und erhöht die
196 administrativen Kosten für Unternehmen. In zahlreichen anderen Mitgliedstaaten
197 der EU wird hingegen das Verrechnungsmodell angewandt. Dabei wird die
198 Einfuhrumsatzsteuer nicht schon im Zeitpunkt der Einfuhr der Güter entrichtet,
199 sondern im Zuge der Umsatzsteuer-Voranmeldung verrechnet. Diese
200 unterschiedlichen Praktiken führen zu einem signifikanten Wettbewerbsnachteil in
201 Deutschland. Deswegen wollen wir das deutsche Modell ändern.

202 **Kreuzfahrttourismus am Standort Bremerhaven stärken**

203 Die immer größeren Schiffe machen auch nicht vor dem Kreuzfahrtsektor halt,
204 zudem kommt es auch hier zu einer steigenden Marktkonzentration und der daraus
205 resultierenden Änderungen der Wertschöpfungsketten, dies führt zu einem deutlich
206 stärkeren regionalen Wettbewerb im Kreuzfahrtsektor. Die direkten
207 wirtschaftlichen Effekte von Kreuzfahrten für Hafenstädte sind nicht zu
208 vernachlässigen. Die Anzahl der Kreuzfahrtanläufe und die durchschnittlichen
209 Ausgaben der Passagiere sind hierbei die wichtigsten Parameter. Die Dauer der
210 Aufenthalte und das Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung vor Ort spielen
211 dabei eine entscheidende Rolle für die Entwicklung des Kreuzfahrttourismus.
212 Wichtig für Bremerhaven und Bremen ist es, in die allgemeine
213 Tourismusattraktivität zu investieren. Bremerhaven und Bremen müssen für
214 Kreuzfahrttouristen ein Magnet sein und bleiben. Hierzu sind die Gestaltung
215 des Reiseziels, die Infrastruktur ,sowie eine zielgerichtete Vermarktung

216 entscheidend, um unter anderem die Kreuzfahrtanläufe zu erhöhen. Neben einer
217 Pull-Strategie braucht es auch mehr Anreize fürs Bleiben. Die Kreuzfahrtbranche
218 nimmt zudem eine Vorreiterrolle bei der Nachhaltigkeit auf hoher See ein. Die
219 ersten CO2 neutralen Schiffe wird es laut CLIA Deutschland (Cruise Lines
220 International Association) bereits 2030 geben und bis 2050 möchte die
221 Kreuzfahrtindustrie insgesamt CO2 neutral sein. Auch werden immer mehr
222 Kreuzfahrtschiffe mit Landstromanschluss gebaut oder umgerüstet. Hierdurch
223 werden die lokal ausgestoßenen Emissionen drastisch reduziert. Wichtig ist, dass
224 die Columbuskaje des Columbus Cruise Center in Bremerhaven ab 2023 Landstrom für
225 die Kreuzfahrtschiffe bereitstellt, um diese Entwicklung zu unterstützen.

226 **Weltraumbahnhof Bremerhaven**

227 Die Luft- und Raumfahrtindustrie fordert einen Weltraumfahrtbahnhof für kleine
228 Raketen in Deutschland. Mit solchen sogenannten Microlaunchern könnten
229 Satelliten bis zu einer Tonne in den Weltraum gebracht werden. Deutsche Firmen
230 sind bei Microlaunchern technologisch führend. Aber es besteht die Gefahr, dass
231 das vorhandene Know-how dorthin abwandert, wo die Technologie auch tatsächlich
232 eingesetzt werden kann.

233 Ein Weltraumbahnhof könnte auch über eine Offshore-Startplattform in der Nordsee
234 entstehen. Eine Offshore-Startplattform bietet für den Raumfahrtstandort
235 Bremerhaven enorme Chancen. Firmen auch aus dem Luft- und Raumfahrt-Cluster
236 Bremen könnten von der im Vergleich zum herkömmlichen Verfahren kostengünstigen
237 Raketentechnik profitieren und gleichzeitig kann in Bremerhaven echte Innovation
238 möglich werden. Daneben kann aber auch der Hafenstandort Bremerhaven
239 profitieren. Eine solche Offshore- Startplattform muss logistisch versorgt
240 und von fachkundigem Personal betreut werden. Bremerhaven könnte sich als
241 Heimathafen für echte Innovation anbieten.

242 Derzeit wird auf Bundesebenen ein Konzept geprüft, das von öffentlichen
243 Anschubkosten von lediglich 30 Millionen Euro ausgeht, die der Bund tragen
244 müsste. Das Land Bremen ist jetzt gefordert und hat sich auch bereits dafür
245 eingesetzt, dass Bremerhaven als Versorgungshafen für eine Offshore-
246 Startplattform ins Spiel zu bringen und die damit verbundenen Chancen zu nutzen.

247 **Dreharbeiten in den Häfen erleichtern**

248 Unsere Häfen sind großartige Kulissen für Kunst, Kultur und insbesondere Film
249 und Fernsehen. Daher setzen wir uns dafür ein, Drehgenehmigungen in den Häfen zu
250 erleichtern und aktiv die Häfen auch als Drehorte zu bewerben. Davor erwarten
251 wir einen Imagegewinn für die maritime Wirtschaft, aber auch für unsere Städte
252 Bremen und Bremerhaven.

Antrag 005: Kapitel 5: Zukunftsfeste Stadtentwicklung

Antragsteller*in:	Landesvorstand Bremen (LV Bremen)
Status:	zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Bremer Innenstadt neu denken**

2 **Bestandsaufnahme: Die Innenstadt im Wandel**

3 Die Bremer Innenstadt ist einzigartig und besonders. Sie besitzt eine lange
4 Geschichte, zeichnet sich durch ihre historischen Bauwerke und die Weser, die
5 mittendurch fließt, aus und stellt einen touristischen Anziehungspunkt im Norden
6 dar. Sie ist das Herzstück der Stadt, in der 560.000 Menschen wohnen und ihre
7 Heimat haben.

8 Die Entwicklung in den letzten Jahren zeigt allerdings deutlich, dass die
9 Herausforderungen dieser Zeit auch vor der Bremer Innenstadt keinen Halt machen.
10 Die Änderung unseres Konsumverhaltens hin zum Online-Shopping durch die
11 Digitalisierung und die zunehmende Erhitzung der Städte durch den Klimawandel
12 zeigen, dass wir die Bremer Innenstadt neu denken müssen. Wir Freie Demokraten
13 betrachten dies als Chance, denn Bremen steht niemals still. Es gab und wird
14 immer Umschwung und Veränderung geben. Kulturelle Vielfalt, ansprechende Moderne
15 und anerkannte Tradition stehen im Einklang. Wir wollen daher mutig und proaktiv
16 an den Transformationsprozess herangehen.

17 Konsum und Einkauf werden weiterhin feste Bestandteile bleiben, jedoch denken
18 wir die „Bremische Innenstadt von Morgen“ multifunktionaler. Wohnen, Bildung,
19 Kultur, Sport und Gastronomie werden in Zukunft stärker im Vordergrund stehen
20 als bisher.

21 Diesen Transformationsprozess sehen wir als großes Gemeinschaftsprojekt. Es ist
22 uns wichtig, dass er von allen mitgetragen wird – Bürgerinnen und Bürger,
23 Eigentümerinnen und Eigentümer, Besucherinnen und Besucher. Wir möchten deshalb
24 Partizipationsmöglichkeiten in Form von Bürgerwerkstätten schaffen. Räume, die
25 als Ideenhäfen genutzt werden können, um Lösungen und eigene Vorschläge für die
26 Innenstadt machen zu können.

27 **Definition der Innenstadt: Kernbereich und erweiterter Bereich**

28 Wir denken die Stadt ganzheitlich aus der Mitte heraus. Dabei teilen wir sie in
29 zwei Bereiche auf: Den Kernbereich und den erweiterten Bereich.

30 Der Kernbereich wird im Nordosten durch den Wall und im Nordwesten durch die
31 Bürgermeister-Smidt-Straße begrenzt. Im Südwesten ist die Weser die natürliche
32 Grenze, während der Südosten mit dem Theaterberg abschließt.

33 Der erweiterte Bereich umfasst den Hauptbahnhof inklusive Herdentorsteinweg, den
34 Fockegarten mit der Überleitung zur Überseestadt, den Teerhof, den Goetheplatz
35 und das Viertel.

36 Diese Einteilung ist wichtig, denn Ziel ist es, dass die Innenstadt
37 Anknüpfungspunkte zu jedem angrenzenden Quartier hat und dass die
38 Stadtteilzentren stärker mitgedacht und eingebracht werden. Für jeden Bereich
39 gilt es ein klares Profil herauszuarbeiten und dadurch Alleinstellungsmerkmale
40 zu generieren.

41 **Obernstraße als Erlebnisraum**

42 Die Obernstraße hat großes Potenzial. Wir Freie Demokraten werden das nutzen und
43 sie zu einer echten Flanier- und Erlebnisstraße umwandeln. Dazu möchten wir

44 zunächst die Straßenbahn verlegen. Der gewonnene Straßenraum bringt viele
45 Möglichkeiten für innovative Konzepte und Entwicklungsmöglichkeiten. Hierbei
46 setzen wir uns keine Denkverbote. Verschiedene Märkte und Veranstaltungen, mehr
47 Stadtgrün und Erlebnisorte, aber auch Möglichkeiten zum Entspannen und Erholen.

48 **Wallanlagen als Ort der Vielfältigkeit**

49 Die Wallanlagen, welche auf die spät-mittelalterliche Stadtstruktur hinweisen,
50 bieten heute schon grüne Flächen, Wasser und Erholung. Dies wollen wir
51 bereichern, um noch mehr Vielfältigkeit zu schaffen. Wir möchten
52 Erlebnisspielplätze bauen, welche sich thematisch am mittelalterlichem Flair
53 orientieren. Auch die Wege möchten wir deutlich attraktiver gestalten. Mit einer
54 umfangreichen Bepflanzung werden diese künftig stärker zum Spaziergehen
55 einladen. Ein weiteres Anliegen ist der Übergang vom Wall über die Kernstadt in
56 das Viertel. Dies möchten wir deutlich besser und fließender gestalten.

57 **Zukünftige Open-Air-Erlebnisstätte: Der Domshof**

58 Während der Domshof morgens gut besucht ist, ist nachmittags und abends kaum was
59 los. Das wollen wir ändern. Während der Markt am Vormittag bleiben wird, wollen
60 wir durch kleine Cafés und Raum für Kulturmöglichkeiten die Besucherzahlen am
61 Nachmittag stärken. Der Wochenmarkt soll ebenfalls an einigen Tagen nachmittags
62 geöffnet sein. Abends sollen regelmäßig Konzerte und Open-Air-Festivitäten
63 stattfinden, welche durch Getränkeausschank und Außengastronomie begleitet
64 werden.

65 **Wasser macht Stadt**

66 Ein Merkmal unserer Stadt ist die Weser und ihr maritimer Flair. Diesen wollen
67 wir stärker sichtbar machen. Mit wassernahen Aktivitäten, Wasserrundläufen und
68 Wasserspielen wollen wir die Innenstadt zu einem echten Erholungs- und
69 Tourismusort machen. Auch die Balge, ein fast vergessener Fluss, werden wir
70 wieder stärker in Erinnerung bringen, indem wir sie oberirdisch durch
71 verkehrssichere Wasserläufe integrieren.

72 **Freie Plätze für Kultur und Sport**

73 Während der Pandemie haben Kulturschaffende und Künstler neue Plätze im
74 öffentlichen Raum erschlossen und damit ein Kulturangebot ermöglicht. Dies
75 unterstützen wir, weshalb wir freie Plätze, wie beispielsweise den
76 Hillmannplatz, ausweisen möchten für eine freie Nutzung, um die Möglichkeit
77 für Kultur und Sportmöglichkeiten zu erweitern.

78 **Attraktivität und Leben durch Eigeninitiative Generationengerechte Stadt**

79 Wir werden die Kinder- und Jugendfreundlichkeit im öffentlichen Raum stärken.
80 Dazu möchten wir attraktive Jugendorte schaffen, damit die Bremer Innenstadt
81 wieder ein Begegnungsort für junge Menschen wird.

82 **Magnet für Tourismus**

83 Bremen bietet vielseitige Möglichkeiten für Events und Kongresse. Das zieht
84 interessierte Menschen in die Innenstadt. Daneben möchten wir, dass Bremen sich
85 wieder mehr auf den Freizeittourismus fokussiert durch das Herausstellen
86 regionaler und stadtspezifischer Besonderheiten. Dies ist sowohl ein

87 Wirtschaftsfaktor als auch wichtig, um künftige Fach- und Arbeitskräfte
88 anzuziehen.

89 **Grün für ein gesundes Stadtklima**

90 Begrünung ist wichtig – für die Menschen, das städtische Klima und das
91 Weltklima. Wir werden daher ein Begrünungskonzept entfernen, welches eine
92 mittel- und langfristige Planung beinhaltet, um dieser zentralen Aufgabe gerecht
93 zu werden. Der Fokus liegt dabei auf einer klimaresilienten Bepflanzung etwa mit
94 dem Dreizahn-Ahorn, der Purpur-Esche oder dem persischen Eisenholzbaum. Auch
95 hier gilt: die öffentliche Hand muss als Vorbild vorangehen und alle
96 Möglichkeiten zur Dachbegrünung auf Fassaden und Dächern der öffentlichen
97 Gebäude prüfen.

98 **Alles, aber sauber**

99 Sauberkeit ist essenziell für ein angenehmes Aufenthaltserlebnis. Neben einem
100 Smart-Waste-Konzept und mehr intelligenten Mülleimern möchten wir moderne und
101 saubere öffentliche Toiletten, welche sich selbst reinigen, installieren.

102 **Aufwertung des Bahnhofsumfelds**

103 Die Aufenthaltsqualität wollen wir steigern, indem wir das Bahnhofsumfeld
104 aufwerten. Den Rasenplatz vor dem Überseemuseum und den Hillmannplatz wollen wir
105 als Veranstaltungsorte etablieren. Im Sommer könnten vor dem Überseemuseum
106 Beachvolleyball- oder Basketballfelder aufgebaut werden, im Winter eignet sich
107 der Platz für eine Schlittschuhbahn. Der Hillmannplatz eignet sich für Street
108 Food Festivals o.ä.

109 Den Weg zum Überseemuseum wollen wir mit einem überdachten Glasgang aufwerten.
110 Auch der Weg zum neuen ZOB muss gut ausgeleuchtet und baulich aufgewertet
111 werden. Sobald der neue ZOB fertig ist, wollen wir den Platz vor dem Cinemaxx
112 baulich aufwerten, etwa für Außengastronomie.

113 Wir wollen den Bahnhofsvorplatz übersichtlicher gestalten. Hierzu wollen wir
114 mittels farblicher Pflasterungen Sichtachsen in Richtung Innenstadt schaffen.
115 Langfristig wollen wir den Weg vom City Gate bis in die Innenstadt zu
116 einer Promenade ausbauen. Darüber hinaus ist der Bahnhofsvorplatz durch mehr
117 Bäume, WLAN und Wasserspender aufzuwerten.

118 Den Gustav-Deetjen-Tunnel wollen wir mit Beleuchtung und Kunst, ähnlich wie im
119 Friedenstunnel, aufwerten und sicherer gestalten. Denn aktuell kommt es dort
120 immer wieder zu gefährlichen Situationen, da sich Fahrradfahrer und Fußgänger
121 den schmalen Weg teilen. Wir wollen daher, dass die Fahrradfahrer in Zukunft
122 dort eine eigene Spur bekommen, wo derzeit die Autospur ist. Stattdessen wollen
123 wir die Auto- und die Bahnspur zusammenlegen. Hierdurch wollen wir mehr
124 Verkehrssicherheit für Fußgängerinnen Fußgänger sowie Radfahrerinnen und
125 Radfahrer erreichen.

126 **Innovativ und lokal: Innerstädtischer Handel Innovation statt Leerstand**

127 Es sollte das Ziel sein, Leerstand möglichst zu vermeiden, denn dieser bringt
128 auch immer einen negativen Dominoeffekt mit sich. Dort, wo aktuell Leerstand
129 ist, gibt es aber auch viele Chancen für Neues. Wir wollen innovativen

130 Unternehmen, lokalen Start-Ups und jungen Concept-Stores die Möglichkeit geben,
131 in der Innenstadt anzusiedeln und die positive Kraft weiterzugeben.
132 Beispielsweise kann das Sparkassengebäude am Brill zu einem Ort für nachhaltigen
133 Einzelhandel, gemütlichen Kaffee-Dates und gemeinsamen Co-Working-Spaces werden.

134 **Öffnungszeiten an Sonn- und Feiertagen**

135 Immer mehr Menschen nutzen ihre freie Zeit am Wochenende, um Einkäufe zu
136 erledigen. Das erfolgt dann meistens über Onlinehändler. Die Nachfrage nach
137 gemeinsamen Erlebnissen in der Stadt, einem Einkaufsbummel oder einem
138 Museumsbesuch am Sonntag ist da. Damit das Geschäft nicht dem Onlinehandel
139 überlassen und Bremen seine Attraktivität steigert, fordern wir eine Anpassung
140 der Regelungen zur Sonntagsöffnung. Ziel ist es, ein Einkaufserlebnis auch am
141 Sonntag zu ermöglichen. Selbstverständlich müssen Geschäfte auch weiterhin
142 selbst entscheiden, ob sie am Sonntag öffnen wollen.

143 **Gut erreichbar: Die städtischen Transportwege Zu Fuß unterwegs**

144 Die meisten Wege werden in der Innenstadt zu Fuß zurückgelegt. Die Fußgängerwege
145 sind allerdings teilweise in keinem guten Zustand, was die Attraktivität des
146 Zufußgehens einschränkt. Wir möchten daher einen Fokus auf die Fußwege legen,
147 sie barrierefrei machen und in einen guten und verkehrssicheren Zustand bringen.
148 Darüber hinaus möchten wir einen Teil der Flanierstraßen überdachen, um auch an
149 regnerischen Tagen ein Einkaufserlebnis zu ermöglichen.

150 **Gut erreichbare Innenstadt für alle**

151 Ziel muss es sein, dass die Bremer Innenstadt möglichst gut erreichbar für
152 Lieferanten, Pendler, Anwohner, aber auch Touristen und Menschen aus dem Umland
153 ist. Der Schlüssel liegt hier im Mobilitätsmix. Dazu möchten wir
154 Mobilitätshubs schaffen, welche einen Wechsel zwischen verschiedenen
155 Verkehrsträgern ermöglichen (bspw. vom Auto auf die Straßenbahn). Auch Sharing-
156 Angebote sowie öffentlichen Parkraum möchten wir verstärkt ausbauen.

157 **Zubringerdienste & Innenstadt-Ringverkehr**

158 Ein Leuchtturmprojekt soll die Einrichtung eines Innenstadt-Ringverkehrs mit
159 umweltfreundlichen batterie- oder wasserstoffbetriebenen (autonomen) Bussen
160 sein. In einem dichten Takt sollten diese Fahrzeuge den Ring Brill/ Obernstraße/
161 Wall bedienen. Damit werden das Faulenquartier, der Wall und auch sogenannte 1b-
162 Lagen wie zum Beispiel die Knochenhauerstraße zu neuem, wirtschaftlichen Leben
163 erweckt.

164 **Neue Impulse für Bremerhaven Innenstadt**

165 Bremerhavens Innenstadt hat eine besondere Funktion für ihr Umland und bietet
166 nicht nur Kultur-, Bildungs- und touristische Einrichtungen, sondern auch
167 Arbeitsplätze und Einkaufsmöglichkeiten. Die Innenstädte waren schon vor Corona
168 im Wandel. Die Einschränkungen, die mit der Corona-Pandemie einher gingen, haben
169 diese Entwicklungen noch verstärkt. Wir Freien Demokraten wollen, dass die
170 Bremerhavener Innenstadt ihre Funktion als Oberzentrum in der Metropolregion
171 ausfüllt. Der Wandel in der Innenstadt durch den Weggang von Karstadt
172 bietet jetzt die Chance, die Innenstadt neu aufzustellen und sie für die 20er
173 und 30er Jahre des 21. Jahrhunderts zukunftsfähig zu machen.

174 Wir Freien Demokraten begrüßen und unterstützen ausdrücklich das Engagement von
175 Investoren, die Attraktivität der Innenstadt zu erhöhen. Der Ankauf der
176 Karstadtimmobilie und deren Abriss waren und sind wichtige und richtige
177 Schritte, um diesen Investoren ein attraktives Angebot mitten in der Stadt zu
178 machen. Die angedachten baulichen Veränderungen sind von einer Größenordnung,
179 dass sie das Stadtbild des Zentrums stark beeinflussen können. Deshalb
180 werden wir Freie Demokraten uns für eine größtmögliche Transparenz der Pläne vor
181 Erteilung der Baugenehmigungen einsetzen.

182 Unsere Überzeugung ist es, dass eine Innenstadt von der ständigen dynamischen
183 und kreativen Erneuerung sowohl im Bereich des Wohnens und der Kultur als auch
184 der Wirtschaft lebt und profitiert. Innenstädte der Zukunft sind mehr als
185 Einzelhandelszentren. Diese Erneuerungsprozesse haben wir bereits im Rahmen der
186 Zukunftswoche zum integrierten Innenstadtkonzept begonnen. Jetzt gilt es,
187 für die Umsetzung Partner zu finden, die den Wandel der Innenstadt realisieren.

188 Mit der Neugestaltung der Innenstadt haben wir die einmalige Chance, die Öffnung
189 der Innenstadt zu den Havenwelten endlich zu schaffen. Dabei muss aus der Sicht
190 von uns Freien Demokraten bei den Entwicklungen auf dem Eulenhofgrundstück, dem
191 ehemaligen Finanzamt und dem ehemaligen Karstadtgelände unbedingt darauf
192 geachtet werden, ausreichend freie Fläche und Plätze zu lassen. Wir setzen
193 uns für eine Sichtachse von der Großen Kirche in Richtung altes
194 Hafenamts/Auswandererhaus/Neuer Hafen ein. Eine zu dichte Bebauung an dieser
195 Stelle sehen wir Freie Demokraten als Fehler an. Ein Weg durch eine
196 entsprechend architektonisch gestaltete Markthalle kann eine Alternative sein.
197 Der Weg zu den Havenwelten muss aber deutlich werden.

198 Für die Neugestaltung des Geländes des ehemaligen Finanzamts soll ein
199 Architektenwettbewerb durchgeführt werden, sofern die Stadt selbst das Gelände
200 entwickelt.

201 Durch die Öffnung der Straße Am Alten Hafen bieten sich neue Möglichkeiten der
202 Verkehrsführung. Wir können uns die neu geöffnete Straße als Trasse für den
203 Busverkehr vorstellen. Dazu wollen wir Fahrradfahren in der Bürger
204 (Fußgängerzone) unter gegenseitiger Rücksichtnahme erlauben.

205 Die Bremerhavener Innenstadt wollen wir Freie Demokraten auch grüner gestalten.
206 Eine Möglichkeit ist eine stärkere Begrünung rund um die große Kirche, gepaart
207 mit Spielangeboten für Kinder. Außerdem wollen wir uns für Mmini-Wäldchen,
208 sogenannte „Tiny Forests“, auch in der Innenstadt einsetzen. Dabei sind nur
209 kleine Flächen von etwa 100 m² nötig, auf denen viele kleine Bäume gepflanzt
210 werden. Für die Umwelt leistet ein Mini-Wald erstaunliches. Trotz der kleinen
211 Fläche kompensiert er große Mengen an CO₂, kühlt die Umgebung und bietet durch
212 die Artenvielfalt auch Tieren ein Zuhause. Das tut der Innenstadt gut und erhöht
213 die Aufenthaltsqualität. Wir wollen Anreize schaffen, die Fassaden und Dächer zu
214 begrünen, bzw. mit Solaranlagen oder anderen nachhaltigen Technologien
215 auszustatten.

216 Die Stadtbibliothek muss sichtbarer und zum Ort für Treffen, Austausch und
217 Stöbern werden. Deswegen wollen wir prüfen, wie die Stadtbibliothek

218 Räumlichkeiten im Erdgeschoss mit Schaufenster zusätzlich oder alternativ zu den
219 derzeitigen Räumlichkeiten bekommen kann. Dazu brauchen wir einen
220 Aufenthaltspunkt für junge Menschen in der Innenstadt, der auf die Bedürfnisse
221 der jungen Menschen eingeht.

222 Die Zukunft der Columbusstraße muss ebenfalls auf den Prüfstand.
223 Selbstverständlich wollen wir einerseits die Leistungsfähigkeit der Straße
224 erhalten, wenn sie benötigt wird. Andererseits darf sie nicht weiter den
225 Charakter eines Riegels zwischen Innenstadt und Havenwelten behalten. Für uns
226 Freie Demokraten gilt es, zuerst eine Vision für die freiwerdenden Flächen zu
227 erarbeiten. Ein Rückbau um des Rückbauenwillens kann sich Bremerhaven nicht
228 leisten. Wir können uns eine Lösung mit einer bedarfsweise zu öffnenden zweiten
229 Spur oder eine insgesamt dreispurige Variante wie auf der Grimsbystraße
230 vorstellen. Ein Umbau muss immer mit Augenmaß passieren, denn die finanziellen
231 Möglichkeiten der Stadt sind nach wie vor begrenzt. Wir sprechen uns für eine
232 Gestaltungswerkstatt zur Entwicklung eines sinnvollen Konzeptes aus, die auch
233 mit einer breiten Bürgerbeteiligung einhergeht.

234 **Mehr Aufenthaltsqualität für eine moderne Alte Bürger**

235 Die Bürgermeister-Smidt-Straße soll sich als Standort des sozialen
236 Zusammenkommens, Gastronomie, Kunst-, Gewerbetreibenden und Studierenden
237 weiterentwickeln. Dafür muss die Verkehrsführung neu gedacht und mehr
238 Außenflächen für die Gastronomie geschaffen werden. Das ermöglicht schafft ein
239 sommerliches Terrassenflair.

240 Dafür wollen wir Freie Demokraten die Alte Bürger von der Ecke
241 Querstraße/Bürgermeister-Smidt-Str. bis zur Kreuzung Am Gitter/Dresdner
242 Str./Bürgermeister-Smidt-Str. für den motorisierten Verkehr sperren. Anlieger-,
243 Fahrrad- und Lieferverkehre sollen weiter möglich bleiben. Parkplätze in diesem
244 Bereich sollen mit Vorsicht reduziert werden. Die Parkmöglichkeiten in der
245 Rudloffstraße sollen dafür auskömmlich erhöht werden. Es soll eine 30er-Zone von
246 der Bürgermeister-Smidt-Str. Höhe der Kantstraße bis zur Kreuzung Am Gitter-
247 Bürgermeister-Smidt-Str-Dresdner-Str. errichtet werden.

248 Damit weniger Abfall auf die Straße geworfen wird, soll die Anzahl von
249 Mülleimern stark erhöht werden. Diese sollen mit Aschenbechern ausgestattet
250 werden.

251 **Ein neues Werftquartier für Bremerhaven**

252 Das Gebiet im nördlichen Fischereihafen bis an Geestemünde heran bietet die
253 Chance, einen ganz neuen Stadtteil, das Werftquartier zu schaffen. Erst
254 Überlegungen und Planungen von Stadtentwicklern liegen bereits vor, Investoren
255 stehen bereit. Wir wollen in den kommenden zwei Jahrzehnten das Werftquartier
256 als ein innovatives, nachhaltiges Quartier am Wasser vorantreiben und dabei den
257 Investoren eine größtmögliche Freiheit einräumen, um einen spannenden neuen
258 Stadtteil für Bremerhaven zu schaffen. Wir Freien Demokraten werden zeigen, dass
259 Ökologie und technischer Fortschritt sich gut ergänzen können und ein
260 nachhaltiges, klimapositives Quartier entstehen kann. Wir werden uns dafür
261 einsetzen, in einem der großen geplanten Wohnbebauungsgebiete ein

262 Leuchtturmprojekt entsteht. Wir können uns vorstellen, PKW -Parkflächen am Rande
263 dieser Gebiete auszuweisen und diese Gebiete per neuer Technologie wie zum
264 Beispiel RoboBusse in hoher Taktfrequenz an den ÖPNV anzubinden. Ein solches
265 autofreies Wohngebiet erhöht die Lebensqualität. Insbesondere junge Familien
266 werden sich motiviert fühlen, in der Stadt statt außerhalb von Bremerhaven zu
267 wohnen.

268 **Stadt Begrünung in Bremen und Bremerhaven steigern**

269 Straßenbäume, Stadtparks, Gärten, Brachflächen und, begrünte Dächer beeinflussen
270 das Wohlbefinden von Bewohnerinnen und Bewohnern, verbessern die Luftqualität
271 und das Stadtklima, wirken dem Klimawandel entgegen und bieten Pflanzen und
272 Tieren Lebensräume. Wir Freien Demokraten fordern mehr geeignete Stadtbegrünung
273 in Bremen und Bremerhaven.

274 **Fassaden- und Dachbegrünung an öffentlichen Gebäuden**

275 Neben großen Grünflächen wie dem Bürgerpark ist auch mit wenig Aufwand und wenig
276 Platz eine urbane Begrünung in Form von Fassaden- und Dachbegrünung möglich. Wir
277 Freien Demokraten fordern, Fassaden- und Dachbegrünung an allen Gebäuden der
278 öffentlichen Hand zu prüfen, um einen Teil zur Reduzierung von
279 Luftschadstoffen und Staub, einschließlich Feinstaub, zu gewährleisten.

280 **Baumpflanzungen in Bremerhaven**

281 Bremerhaven ist eine Stadt im Grünen, hat aber auf dem Stadtgebiet
282 noch Nachholbedarf. In den letzten Jahren haben wir Freie Demokraten uns daher
283 starkgemacht und es ist der Stadt gelungen, Bundesmittel für 1000 Bäume
284 einzuwerben. Zukünftig soll die Stadt für jedes Neugeborene einen Baum pflanzen.
285 Wir Freien Demokraten setzen uns für Baumersatzpflanzungen und zusätzliche
286 Baumpflanzungen ein. Ungenutzte und brachliegende Flächen, für die es keine
287 Verwendungsmöglichkeiten gibt, sollen ebenfalls begrünt werden und so zur
288 Attraktivität unserer Stadt beitragen. Vorhandene Grünflächen in Bremerhaven,
289 auch das Straßenbegleitgrün, müssen nachhaltiger und ganzjährig gepflegt werden.
290 Dafür sollten auch pflegeleichte Begrünungen genutzt werden.

291 **Tiny Forests: Miniwälder für Bremen und Bremerhaven**

292 Wir Freie Demokraten wollen, dass mini-Wäldchen, sogenannte „Tiny Forests“, im
293 ganzen Bremerhavener und Bremer Stadtgebiet angepflanzt werden. Dabei sind nur
294 kleine Flächen von etwa 100 m² nötig, auf denen viele kleine Bäume gepflanzt
295 werden. Für die Umwelt leistet ein Mini-Wald erstaunliches. Trotz der kleinen
296 Fläche kompensiert er große Mengen an CO₂, kühlt die Umgebung und bietet durch
297 die Artenvielfalt auch Tieren ein Zuhause.

Antrag 006: Kapitel 6: Modernes Bauen für eine moderne Stadt

Antragsteller*in:	Landesvorstand Bremen (LV Bremen)
Status:	zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Mehr Wohnraum für alle ermöglichen**

2 Wir Freie Demokraten stehen für eine Baupolitik, die Jedem die Chance auf
3 angemessenen Wohnraum ermöglicht. Nie war es dafür entscheidender als heute, die
4 richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Für uns ist es daher wichtig, dass die
5 Kommunen, das Land und der Bund eng zusammenarbeiten. Das Bündnis „Bezahlbarer
6 Wohnraum“ hat mit Beteiligung des Bundes, Vertreterinnen und Vertretern der
7 Länder und den kommunalen Spitzenverbänden, sowie zahlreichen weiteren
8 Beteiligten, ein Paket mit einer Vielzahl wichtiger Maßnahmen zur Bau-,
9 Investitions-, und Innovationsoffensive vorgestellt. Für uns steht dabei vor
10 allem der Abbau von Barrieren im Fokus. Ziel muss es sein, Wohnraum so zu
11 schaffen oder umzubauen, dass eine Behinderung, das Älterwerden oder der
12 Familienzuwachs keine Hürde werden. Für Alleinerziehende werden wir ebenfalls
13 sicherstellen, dass die Wohnungssuche einfacher wird. Daneben geht es um die
14 Ermöglichung von mehr Wohneigentum für alle, die dies in Anspruch nehmen
15 möchten. Der Traum vom Eigenheim soll für alle Menschen die ihn haben, Realität
16 werden. Wohnraum muss künftig wieder für alle Haushalte gleichermaßen,
17 unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, in angemessener Art und entsprechendem
18 Umfang zur Verfügung stehen.

19 **Einfamilienhäuser bei der Ausweisung von Baugebieten stärker berücksichtigen.**

20 Für viele Bürgerinnen und Bürger besteht der Traum vom Eigenheim. Wir wollen
21 daher eine schnellstmögliche Ausweisung weiterer attraktiver Baugebiete, sowohl
22 für den Geschosswohnungsbau (Miet- und Eigentumswohnungen) als auch für den Bau
23 von Ein- und Zweifamilienhäusern erreichen. Nur durch eine echte Beschleunigung
24 der Planverfahren wird auch jüngeren Familien der Zuzug beziehungsweise der
25 Verbleib in Bremen und Bremerhaven ermöglicht. Bremen soll bei der Neuschaffung
26 von Stadtteilen bzw. Baugebieten eine Leuchtturmfunktion einnehmen.

27 Dazu fordern die Freien Demokraten die prozentuale Quote für den sozialen
28 Wohnungsbau von aktuell 30 % als Mindestgröße für Neuprojekte ersatzlos zu
29 streichen. Wir empfinden es als untragbare Erschwernis und nicht sozial, wenn
30 Bürger bei Kaufpreisen für Wohnraum aus der Privatwirtschaft den Anteil des
31 sozialen Wohnungsbaus über den Kaufpreis zu tragen haben. Wir möchten dem Bürger
32 diese Erschwernis beim Immobilienerwerb ersparen.

33 **Ausweitung von Flächen und Baugebieten**

34 Viele junge Familien ziehen derzeit ins Umland und nehmen dafür sogar einen
35 langen Arbeitsweg auf sich. Der Grund dafür ist, dass es in Bremen und
36 Bremerhaven nur wenig geeignete Immobilien oder Baugebiete gibt. Wir
37 Freie Demokraten werden dafür sorgen, dass der Traum vom Eigenheim in Bremen und
38 Bremerhaven Realität wird. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Bremen
39 vermehrt bauträgerfreie Flächen ausweist. Hierbei muss sichergestellt werden,
40 dass diese Gebiete gut an den ÖPNV und die Infrastruktur angebunden sind. Bei
41 bereits bestehenden Quartieren möchten wir prüfen, ob und wo noch zusätzlicher
42 Wohnraum geschaffen werden kann.

43 Die Ausweisung attraktiver Bauflächen in Bremerhaven wurde in der Vergangenheit
44 unnötig verzögert. Erst unter Regierungsbeteiligung der FDP wurden die

45 Versäumnisse aufgeholt, aber wir sind noch nicht am Ziel.

46 Wir wollen auch bestehende Bebauungspläne entrümpeln, vereinfachen und so mehr
47 Möglichkeiten für nachhaltigen Neubau oder nachhaltige Bestandssanierung
48 schaffen.

49 **Wohnungseigentum stärken - Mietkaufmodelle stärken**

50 Das Land Bremen soll Menschen beim Erwerb von Eigentum unterstützen, indem die
51 städtischen Wohnungsbaugesellschaften „Mietkaufmodelle“ ermöglichen. Dadurch
52 haben Menschen mit niedrigeren Einkommen durch eine Art Finanzierung die
53 Möglichkeit Eigentum zu erwerben und somit für ihr Alter vorzusorgen.

54 **Steuerliche Entlastung bei selbstgenutztem Eigentum**

55 Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass Eigentümerinnen und Eigentümer
56 im Land Bremen entlastet werden. Hierzu wollen wir den Freibetrag bei der
57 Grunderwerbsteuer auf einen Betrag von bis zu 500.000 Euro einführen. Dies gilt
58 für das erste selbstgenutzte Eigentum. Dadurch ermöglichen wir Menschen, den
59 Traum vom Eigenheim oder der Eigentumswohnung zu verwirklichen und zugleich für
60 das Alter vorzusorgen.

61 Zusätzlich wollen wir die generelle Höhe der Grundsteuer des Landes Bremen, an
62 die des Bremer Umlands, anpassen. Dadurch wird der Erwerb einer Immobilie in
63 Bremen und Bremerhaven deutlich attraktiver.

64 **Sanierung bei Bestandsgebäuden und Altbausanierung weiter voranbringen**

65 Der Erhalt und die Instandsetzung unserer Bestandsimmobilien darf nicht aus dem
66 Auge verloren werden. Immer neue Baustandards bei ständig steigenden Bau- und
67 Materialkosten, immer mehr Nachrüst- und Wartungspflichten, sowie ständig
68 steigende Steuern und Abgaben belasten insbesondere die vielen privaten
69 Kleinvermieter, die auch in Bremen und Bremerhaven den größten Teil des
70 Wohnungsbestandes finanziert haben. Zur schnellen Schaffung neuen Wohnraums und
71 perspektivischen Senkung von Immobilienpreisen im Eigentums- und Mietsegment
72 fordern wir, bestehende Baustandards zu hinterfragen, unnötige Vorschriften
73 abzuschaffen und die einmaligen und laufenden Kaufnebenkosten spürbar zu senken.
74 So werden mehr Möglichkeiten für nachhaltigen Neubau oder nachhaltige
75 Bestandssanierung geschaffen.

76 **Den Mensch beim Wohnungsmarkt in den Fokus nehmen**

77 Für uns Freie Demokraten steht beim sozialen Wohnungsbau nicht die Wohnung,
78 sondern der Mensch im Fokus. Ihn wollen wir unterstützen, damit er schnell eine
79 passende Wohnung findet. Die Erweiterung des Empfängerkreises von Wohngeld
80 begrüßen wir daher sehr, denn dies führt zu einer Flexibilisierung auf dem
81 Wohnungsmarkt. Wichtig ist, dass die Kommunen künftig stärker darauf achten,
82 welche Arten von Wohnungen es im Niedriglohnsegment benötigt. Das Angebot muss
83 sich stärker an die Nachfrage anpassen, um die Wünsche der Mieterinnen und
84 Mieter abdecken zu können. Das Leben in einer vom Staat geförderten Wohnung kann
85 nur eine Übergangslösung sein. Unschöne Folgen wie Lock-In-Effekte wollen wir
86 vermeiden. Ziel muss es sein, möglichst vielen Menschen wieder ein
87 eigenständiges Leben zu ermöglichen, in dem sie nicht auf die Hilfe des Staates

88 angewiesen sind.

89 **Bauen, bauen, bauen statt Mietpreisbremse und Mietendeckel**

90 Eine staatliche Regulierung des Mietmarkts lehnen wir ab. Weder Mietpreisbremse
91 noch Mietendeckel lösen die aktuellen Probleme auf dem Wohnungs- und
92 Immobilienmarkt. Wir Freie Demokraten möchten stattdessen das Angebot ausweiten,
93 damit es für alle Bremerinnen und Bremer und für diejenigen, die es noch werden
94 wollen, einfacher wird, eine Wohnung oder ein Haus zu finden. Dies führt
95 dazu, dass sowohl Mieten als auch Preise langfristig sinken.

96 **Bauen statt Klauen - Keine Enteignungen im Wohnungsbereich**

97 Wir Freie Demokraten lehnen Enteignungen als massiven Eingriff in das
98 Privateigentum ab. Zudem kosten Enteignungen den Staat sehr viel Geld und
99 schaffen keinen neuen Wohnraum. Für uns gilt daher der Grundsatz: "Bauen statt
100 Klauen".

101 **Mietspiegel einführen**

102 Wir fordern, dass in Bremen zügig ein qualifizierter Mietspiegel eingeführt
103 wird. Dies erhöht die Markttransparenz, vereinfacht dadurch Preisvergleiche und
104 fördert somit letztendlich den Wettbewerb. Stärkerer Wettbewerb führt wiederum
105 zu niedrigeren Preisen und besserer Versorgung.

106 **Mehr Wohnraum für Azubis und Studierende**

107 Gerade Auszubildende und Studierende sind vielfach auf preisgünstige
108 Wohnungsangebote angewiesen. Und doch sind es oft Studierende, FSJler,
109 Praktikanten und Auszubildende, die vergebens Wohnraum suchen. Damit sich auch
110 morgen junge Menschen dafür entscheiden ihre Zukunft in der Hansestadt
111 verbringen zu wollen, braucht es einen bedarfsoptimierten Ausbau. Ein zu
112 geringes Angebot wird langfristig auch den Fachkräftemangel weiter verstärken.
113 Deshalb wollen wir den Bau von weiteren Studierenden- und Azubiwohnheimen
114 attraktiver machen. Es bedarf zudem der Förderung von Investitionen in neue
115 Wohnungen und Wohnheime für Auszubildende sowie von Sanierungen in bestehenden
116 Wohneinheiten. Eine Erweiterung der Wohnangebote zur gemeinsamen Nutzung von
117 Studierenden und Auszubildenden können wir uns in Bremerhaven im Bereich des
118 Rudloffquartiers in der Nähe zur Alten Bürger vorstellen.

119 **Erhalt und Pflege von historischer Bausubstanz**

120 Wir Freie Demokraten setzen uns für den Erhalt und die Pflege von historischen
121 Bauwerken ein. In Bremen und Bremerhaven wurden im Zweiten Weltkrieg unzählige,
122 historisch wertvolle Gebäude zerstört und in der Nachkriegszeit nicht
123 wiederaufgebaut. Die historische Bausubstanz aus der Vorkriegszeit ist für uns
124 Ansporn genug, um sie weiter zu pflegen und zu erhalten. Wir setzen uns für eine
125 Ausweitung der Haushaltsmittel für den Denkmalschutz städtischer Gebäude ein.
126 Außerdem wollen wir einen Fonds für die Pflege und den Erhalt historischer
127 Bausubstanz einrichten, aus dem private Eigentümer Mittel beantragen können, um
128 ihre historische Bausubstanz zu pflegen, zu erhalten und zu sanieren.

129 **Digitale Bauanträge und schnelle Genehmigungsverfahren**

130 Das effektivste Mittel gegen fehlenden Wohnraum und steigende Preise ist das

131 Bauen von weiterem Wohnraum. Dazu wollen wir die Genehmigungsverfahren
132 beschleunigen, entbürokratisieren und digitalisieren. Unsere Idee: Ein
133 teilautomatisiertes Baugenehmigungsverfahren. Dafür möchten wir eine sogenannte
134 Genehmigungsfiktion etablieren. Wenn die Bauherrin oder der Bauherr alle
135 Unterlagen vorgelegt hat und die Behörde nicht innerhalb einer bestimmten Zeit,
136 vorzugsweise drei Monate, auf den Antrag reagiert, gilt er als genehmigt.
137 Damit kann das Bauvorhaben beginnen.

138 Zusätzlich möchten wir den digitalen Bauantrag einführen. Dies erleichtert die
139 Bearbeitung sehr. Über ein Online-Portal können die digitalen Bauanträge
140 eingereicht, Unterlagen hinzugefügt oder ein Schreiben erstellt werden.

141 **Tiny Houses**

142 Immer mehr Städte schaffen Baugebiete für sogenannte „Tiny Houses“,
143 Kleinstwohnhäuser mit etwa 50m2 Wohnfläche in einer nachhaltigen Bauweise. Sie
144 bieten eine Möglichkeit, günstigen und zugleich platzsparenden Wohnraum zur
145 Verfügung zu stellen. Viele Tiny Houses sind sogar leicht zu versetzen und
146 können im Bedarfsfall problemlos umziehen. Wir Freie Demokraten wollen ein
147 solches Angebot auch in Bremen und Bremerhaven.

148 **Selbstbestimmtes Wohnen in allen Lebenslagen**

149 Liberale Baupolitik bedeutet Barrierefreiheit. Das ist uns wichtig. Das
150 Älterwerden, Schicksalsschläge, die Behinderungen, Unfälle oder
151 Krankheitsdiagnosen. Oder die schönen Momente, wie das Kriegen von Kindern.
152 Veränderungen im Leben bringen meistens Veränderungen in der Mobilität mit sich.
153 Für uns Freie Demokraten ist klar: wir wollen jedem Menschen ein
154 selbstbestimmtes Wohnen in allen Lebenslagen in Bremen und Bremerhaven
155 ermöglichen.

Antrag 007: Kapitel 7: Mobilität wie man sie braucht

Antragsteller*in:	Landesvorstand Bremen (LV Bremen)
Status:	zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Individuelle Mobilität**

2

3 **Fußwege standortfest machen**

4 Der Fußverkehr in Bremen und Bremerhaven leistet einen zentralen Beitrag für
5 eine nachhaltige Stadtmobilität und -Entwicklung. Viele Wege werden zu Fuß
6 gemacht. Das belebt die Stadt, ermöglicht Bewegung und bringt sozialen
7 Zusammenhalt und Teilhabe. Einzelhandel und Gastronomie profitieren ebenso wie
8 das Klima. Investitionen in die Fußwege, damit sie sicher, sauber und vor allem
9 barrierefrei sind, sind Investitionen in die Zukunft.

10 Wir Freie Demokraten möchten die Fußwegeverbindungen nachhaltig für Bremen
11 verbessern. Dazu werden wir den Sanierungsstau systematisch erfassen und zügig

12 abbauen. Neuen, wirtschaftlichen und umweltfreundlichen Verfahren, wie
13 beispielsweise dünnen Asphaltdeckschichten in Kaltbauweise, stehen wir sehr
14 positiv gegenüber. Ziel ist es, den Fußverkehr zukunftsfähig zu machen und sie
15 stärker in die Stadt- und Quartiersentwicklung einzubinden. Dies werden wir
16 auskömmlich finanzieren.

17 **Mehr Verkehrssicherheit für Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer**

18 Wir wollen den Fahrradverkehr in Bremen und Bremerhaven weiter ausbauen,
19 sicherer und wetterfest machen. Orte wie die Schlachte oder der Hauptbahnhof
20 machen deutlich, dass es speziell in Bezug auf die Sicherheit noch an vielen
21 Stellen Konfliktpotenzial gibt. Hier möchten wir zunächst eine Analyse aller
22 Gefahrenstellen durchführen lassen, um diese anschließend durch Markierung oder
23 Umleitung zu beseitigen. Klar ist: Es wird nicht weniger Fahrradstraßen geben,
24 sondern mehr Sicherheit und damit Fahrspaß beim Radfahren.

25 Ein weiteres Herzensprojekt ist unser nachhaltiges und zukunftsorientiertes
26 Parkraumkonzept für Fahrräder in Bremen und Bremerhaven. Der öffentliche Raum
27 für den ruhenden Radverkehr ist knapp. Vorhandene Fahrradstellplätze sind
28 meistens überfüllt oder nicht ausreichend gesichert. Das führt in Teilen dazu,
29 dass Fahrräder an Bäumen und Laternen abgestellt werden. Damit weder das
30 Stadtbild noch die Barrierefreiheit beeinträchtigt, sowie die Wahrscheinlichkeit
31 von Diebstahl und Vandalismus reduziert wird, braucht es innovative Ideen beim
32 Fahrradparken. Wir Freie Demokraten möchten dafür öffentliche Flächen wie die
33 Domsheide und in den Quartieren umgestalten und das Fahrradparken durch moderne
34 Fahrradparkflächen besser integrieren. Nur durch ein ganzheitliches Denken sind
35 alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer zufrieden. Wir wollen
36 zukünftig in Bremen und Bremerhaven den Grünpfeil für Radfahrerinnen und
37 Radfahrer an geeigneten Orten einsetzen.

38 **Fahrradwege ordentlich instand halten statt neue Radpremiumrouten bauen**

39 Viele bestehende Radwege sind in Bremen und Bremerhaven in keinem guten Zustand.
40 Daher setzen wir uns dafür ein, bestehende Fahrradwege konsequent zu sanieren
41 und ausreichend Mittel in die Instandhaltung zu investieren. In diesem
42 Zusammenhang lehnen wir den Weiterbau von den sogenannten Radpremiumrouten ab,
43 solange der Erhalt der bestehenden Radwege nicht gesichert ist. Die besonders
44 absurde und abenteuerliche Fahrradspur am Wall muss schnellstmöglich wieder für
45 den Autoverkehr genutzt werden. Zum einen wird die Spur am Wall kaum genutzt, da
46 viele Fahrradfahrer und Fahrradfahrerinnen durch die Wallanlage fahren.
47 Zum anderen ist die Situation mit der Polizeiwache und dem Fahren von
48 Polizeiauto in Gegenrichtung auf dem Radweg extrem gefährlich. Behelfsmäßige
49 zusätzliche Fahrradspuren wie in der Martinistraße lehnen wir angesichts der
50 großen Unfallgefahr und dem mangelnden Nutzen ab.

51 **Fahrradverkehr in Bremerhaven**

52 Wir Freien Demokraten wollen den Fahrradverkehr in Bremerhaven weiter ausbauen
53 und sicherer machen. Dafür haben wir in Regierungsverantwortung die jährlichen
54 Mittel für das Radwegenetz verdreifacht. Diesen Weg wollen wir konsequent
55 fortsetzen, damit Radfahren auch in Bremerhaven attraktiver wird und mehr

56 Menschen vom Auto auf das Fahrrad umsteigen können. Wir Freie Demokraten wollen
57 die Nordachse östlich der Bahntrasse ab Zur Hexenbrücke über das
58 Geestesperrwerk, Am Wischacker, Dwarsweg, Spadener Straße, Lotjeweg, Tarnowitzer
59 Straße, Schierholweg, Langmirjen und die Dudweilerstraße bis zur Kreuzung
60 Cherbourger Straße/Langener Landstraße ausbauen. Dazu wollen wir die
61 Beschilderung der Radwege weiter verbessern, auch mit Grünpfeilen speziell für
62 Radfahrer. Entsprechende Anstrengungen erwarten wir auch im stadtbremischen
63 Überseehafengebiet insbesondere auf dem Weserradweg. Außerdem wollen wir in der
64 Fußgängerzone in Bremerhaven, die breit genug ist, das Fahrradfahren mit der
65 Maßgabe der gegenseitigen Rücksichtnahme als Test zunächst befristet freigeben.

66 Wir sind überzeugt, dass Fußgänger und Radfahrer verantwortungsvoll aufeinander
67 Rücksicht nehmen werden und die Maßnahme nach dem Test verstätigt werden kann.
68 Zu Fahrradstraßen sollen als Ergänzung flankierend zur Fußgängerzone die Prager
69 Straße und die neu geöffnete Straße Am Alten Hafen werden. Weiter Fahrradstraßen
70 wollen wir prüfen z.B. die Buchtstraße und die Bülkenstraße.

71 **Gestern wie heute: Das Auto bleibt essenziell**

72 Das Auto ist eine der wertvollsten Errungenschaften deutscher Ingenieurskunst.
73 Neben dem Freiheitsgefühl und der Lust am Fahren, sind es Faktoren wie
74 Vorsprung, Wirtschaftlichkeit und Gewinn, die es eingebracht hat. Am Werk von
75 Mercedes, welches in Bremen ansässig ist, aber weit über die Grenzen hinaus eine
76 Strahlkraft erzeugt, wird dies besonders deutlich. In Bremen allein gibt es
77 300.000 Autos und die meisten davon werden auch in Zukunft noch gebraucht
78 werden. Viele Autofahrten können schlichtweg nicht ersetzt werden.

79 Trotz des Innovationspotenzials, welches anhand des Umstiegs von Verbrennern auf
80 E-Autos, synthetische Brennstoffe oder Wasserstoff deutlich wird und
81 des Wirtschaftsfaktors, wird es den Autofahrerinnen und Autofahrern in Bremen
82 schwer gemacht. Wir Freie Demokraten erkennen das und möchten in der
83 Verkehrspolitik für einen Wandel sorgen.

84 Für uns gilt: Verkehr muss fließen! Wichtige Hauptverkehrsachsen müssen
85 leistungsfähig bleiben. Dazu gehören unter anderem auch mehr Grünpfeile und das
86 Entfernen überflüssig gewordener Beschilderung.

87 Chaotische und unsinnige Verkehrsexperimente wie in der Martinstraße lehnen wir
88 als Steuergeldverschwendung ab. Sie führen zu Stau, welcher weder zur
89 Lebensqualität noch zum Klimaschutz beiträgt.

90 Das Bild zugeparkter Straßenzüge wie beispielsweise in Findorff oder in der
91 Neustadt sehen wir kritisch. Wir sprechen uns klar für eine Reduzierung des
92 aufgesetzten Parkens aus. Schlichte Verbote sind allerdings nicht die Lösung,
93 sondern führen dazu, dass sich die Debatte in den Stadtteilen weiter aufheizt.
94 Wir Freie Demokraten setzen stattdessen auf eine bessere Anbindung an den ÖPNV
95 und Shuttle-Services, die Einbeziehung bestehender örtlicher Parkhäuser, eine
96 Kombination aus örtlichen Vorzugsregelungen wie bezahlbarem Anwohnerparken und
97 kostenpflichtigen Gastparkplätzen auf Zeit sowie modernen Quartierstiefgaragen
98 und innovativen Parkhäusern. Einen besonderen Fokus legen wir dabei auf die
99 Schaffung von Quartiersgaragen. Unter Nutzung der Digitalisierung wollen wir das

100 Parkraummanagement insgesamt effizienter gestalten. Generell gilt: Parkräume
101 sollen so geplant werden, dass E-Mobilität und andere nachhaltige Antriebsarten
102 mitgedacht werden.

103 **Autostadt Bremerhaven grundsätzlich erhalten, aber den Wandel zu moderner**
104 **Mobilität schaffen**

105 Bremerhaven ist eine Logistikkreuzung, Hafenstandort und immer auch eine
106 Autostadt gewesen. Daran wollen wir grundsätzlich festhalten. Der Verkehr muss
107 fließen und die Hauptverkehrsachsen müssen leistungsfähig bleiben. Insgesamt
108 wollen immer dann, wenn Straßenzüge neu geplant werden, das Miteinander der
109 Verkehrsteilnehmer – LKW, PKW, Fahrrad, Fußgänger, ÖPNV – neu ausloten und
110 verbessern, so dass alle Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt und sicher durch
111 Bremerhaven kommen.

112 Der Anfang zum Wandel in der modernen und klimafreundlichen motorisierten
113 Mobilität ist geschafft. Das Netz der E-Ladestationen ist derzeit bedarfsgerecht
114 ausgebaut und die erste Wasserstofftankstelle nimmt ihren Betrieb auf. Das
115 reicht aber für zukünftige Mobilitäten nicht aus. Deswegen müssen wir jetzt den
116 Ausbau der Lade- und Wasserstofftankstellen-Infrastruktur vorantreiben. Wir
117 wollen dabei die potentiellen des Marktes nutzen und eine Anbietervielfalt in
118 Elektro- und Wasserstoffinfrastruktur ermöglichen. Nur so werden die nötigen
119 finanziellen Mittel der Wirtschaft dafür investiert. Private Carsharing-Angebote
120 wollen wir ausbauen und Plätze dafür schaffen.

121 Wir Freie Demokraten wollen neue innovative Mobilitätsdienste – insbesondere E-
122 Scooter - auf digitaler Basis in der Personenbeförderung ermöglichen und dafür
123 faire Wettbewerbsbedingungen für alle Mobilitätsdienstleister auch in
124 Bremerhaven schaffen. Hierzu wollen wir unter anderem eine marktwirtschaftliche
125 Ausrichtung und Öffnung des Taximarktes vorantreiben. Im Zuge dessen sollte
126 auch die Betriebspflicht für Taxis abgeschafft werden. Das würde die
127 Taxibetriebe von der Verpflichtung nächtlicher Dauerbereitschaft entbinden, die
128 schon heute bereits dazu führt, dass der Taxibetrieb kaum noch rentabel ist –
129 falls er überhaupt noch angeboten werden kann.

130 **Neue Mobilitätskonzepte ermöglichen - Taximarkt liberalisieren**

131 Private Sharing-Angebote wollen wir ausbauen und Plätze dafür schaffen. Hierzu
132 wollen wir unter anderem eine marktwirtschaftliche Ausrichtung und Öffnung des
133 Taximarktes vorantreiben. Im Zuge dessen sollte auch die Betriebspflicht für
134 Taxis abgeschafft werden. Das würde die Taxibetriebe von der Verpflichtung
135 nächtlicher Dauerbereitschaft entbinden, die schon heute bereits dazu führt,
136 dass der Taxibetrieb kaum noch rentabel ist – falls er überhaupt noch angeboten
137 werden kann. Wir setzen uns dafür ein, dass auch Anbieter wie beispielsweise
138 Uber im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher in Bremen verfügbar sind.

139 Um das Angebot an Sharing-Konzepten auszuweiten, möchten wir die
140 Vergabevorschriften dahingehend ändern, dass attraktive Sharing-Stellplätze mit
141 wirtschaftlich weniger attraktiven Orten verbunden werden. So werden Car-
142 Sharing-Möglichkeiten und „Mobil-Punkte“ künftig auch in Randbezirken zu finden
143 sein.

144 Wir Freie Demokraten wollen neue innovative Mobilitätsdienste – insbesondere E-
145 Scooter - auf digitaler Basis in der Personenbeförderung ermöglichen und dafür
146 faire Wettbewerbsbedingungen für alle Mobilitätsdienstleister schaffen.

147 Öffentlicher Personennahverkehr – effizient und nachhaltig Mehr Taktung – auch
148 nachts und am Wochenende

149 Für viele Bremerinnen und Bremer gehört Straßenbahn- und Busfahren zum Alltag.
150 Das ist gut so und soll auch in Zukunft so bleiben. Der ÖPNV ist schließlich ein
151 entscheidender Teil der Verkehrswende. Nicht zuletzt beeinflusst die Qualität
152 der Anbindungen unsere Entscheidung, wo wir leben, einkaufen und arbeiten
153 können. Deshalb setzen wir uns für die Verbesserung des ÖPNVs ein, damit die
154 Menschen in Bremen und Bremerhaven flexibel, pünktlich und schnell an ihr Ziel
155 gelangen.

156 Damit das gelingt, bedarf vor allem mehr Taktung. Nach Bremerhavener Vorbild
157 wollen wir es möglich machen, dass zwischen 06:00 und 22:00 Uhr niemand mehr als
158 7 Minuten auf die nächste Bahn bzw. den nächsten Bus warten muss. Auch nachts
159 ist die Nachfrage nach öffentlichen Verkehrsmitteln da. Aktuell wird diese nicht
160 bedient. Das wollen wir ändern und es möglich machen, dass nachts alle 25
161 Minuten eine Fahrt möglich ist. Auf dem Weg zum Frühdienst, nach der
162 Nachtschicht in der Universitätsbibliothek oder einem spontanen Abend bei
163 Freunden – auch nachts und am Wochenende wollen wir sichere, kostengünstige und
164 nachhaltige Mobilität ermöglichen.

165 **Sicher, informativ und gut beleuchtet: Bremens Haltestellen**

166 Ziel ist es, Wartezeiten möglichst kurz zu halten. Gut ausgebaute Haltestellen
167 braucht es trotzdem, denn die Bürgerinnen und Bürger sollen sich sicher
168 und wohlfühlen. Wir wollen daher sicherstellen, dass die Anzeigetafeln
169 zuverlässig funktionieren und die notwendigen Informationen liefern. Bei der
170 Neugestaltung der Haltestellen legen wir zudem hohen Wert auf Sicherheit. Es
171 bedarf ein vernünftiges Licht- und Kamerakzept, welches wir umsetzen möchten.
172 Dasselbe gilt für die Fähranleger. Auch dort wollen wir eine Verbesserung in der
173 Aufenthaltsqualität schaffen. Ziel ist es, einen Aufenthaltsort (inkl.
174 Sanitäreinrichtungen) zu schaffen, der auf jegliche Witterungsverhältnisse vorbereitet
175 ist.

176 **Das GVZ arbeitnehmerfreundlicher anbinden**

177 Das Güterverkehrszentrum stellt einen wichtigen Wirtschaftsstandort in Bremen
178 dar. Die Anbindung dessen an andere Stadtteile und den Bremer Hauptbahnhof ist
179 bisweilen nicht gut. Eine einzige Busverbindung, welche nur stündlich fährt,
180 macht das GVZ bei der Arbeitsplatzwahl nicht attraktiv. Um Praktikanten,
181 Auszubildenden und Arbeitnehmern den Weg zur Arbeit zu erleichtern, wollen wir
182 das ÖPNV-Angebot ausweiten. Der Fokus liegt dabei auf den Ausbau der
183 Busverbindungen sowie der Erhöhung der Taktung. Dafür wollen wir mit den
184 Arbeitgebern und Gewerbegebieten in Kontakt treten, um die Taktverdichtung an
185 Arbeitszeiten zu orientieren. Die Finanzierung soll über einen Gemeinschaftspool
186 stattfinden, an dem sowohl der Senat als ansässige Unternehmen beteiligt sind.

187 **Anbindung der Überseestadt**

188 Die Überseestadt ist in den letzten Jahren zu einem attraktiven Stadtteil im
189 Westen von Bremen geworden. Mittlerweile leben viele Bremerinnen und Bremer dort
190 und genießen das neue Stadtbild, welches durch den modernen Wohnungsbau, die
191 kleinen und großen Geschäfte und die Grünflächen geprägt wird. Ein Problem ist
192 allerdings die Anbindung der Überseestadt an die restlichen Teile Bremens. Auch
193 der Weg zur Überseestadt selbst ist oftmals durch Staus geprägt. Um das Wachstum
194 und die Lebensqualität nicht zu gefährden, setzen wir uns für einen Ausbau der
195 öffentlichen Verkehrsmittel ein.

196 Wir Freie Demokraten möchten daher den Einsatz von bedarfsabhängigen,
197 elektrischen und möglichst autonom fahrenden Fahrzeugen im Ringverkehr zwischen
198 Überseestadt-Nord, dem Straßenbahnhalt „Nordstraße“ und dem Bahnhof in Walle
199 prüfen und dies als Feldversuch durchführen.

200 Ergänzend dazu möchten wir eine Machbarkeitsstudie für eine Wasserverbindung
201 durchführen. Eine Fähre, welche durch Wasserstoff betrieben wird, könnte die
202 Bereiche Pier 2 bzw. Waterfront und Woltmershausen mit der Schlachte verbinden.
203 Um dieses Angebot sowohl für Bewohner und Touristen als auch für Pendler
204 attraktiv zu machen, legen wir großen Wert auf eine sinnvolle Taktung und
205 erschwingliche Preisgestaltung. Zudem setzen wir uns für den Erhalt der Marina
206 im Europahafen als Anlegestelle für Segelboote und Sportboote ein. Wasser- und
207 Segelsport komplementieren den maritimen Flair Bremens.

208 **Park + Ride als Baustein nachhaltiger Mobilität**

209 P+R-Anlagen können den innerstädtischen Verkehr nachhaltig entlasten und
210 die CO₂-Belastung der Stadt reduzieren. Hierfür wollen wir das P+R-Konzept
211 überarbeiten und nachhaltig aufstellen. Wichtig ist uns, dass die Parkanlagen an
212 das überregionale Straßennetz und an den ÖPNV angebunden sind. Besucher aus den
213 umliegenden Orten, aber auch Innenstadtjobber können davon enorm profitieren.
214 Zudem wollen wir P+R-Anlagen auch in kommunale Parkraumkonzepte integrieren,
215 damit sie die Situation in den Stadtteilen entlasten. Mit Blick auf die
216 Elektromobilität werden die Anlagen vollumfänglich mit Ladesäulen für
217 Elektrofahrzeuge ausgestattet sein.

218 **Hansa-Loop für Bremen per On-Demand-Shuttle**

219 Die Zukunft der Mobilität ist innovativ, modern und flexibel. Der öffentliche
220 Personennahverkehr spielt hier eine große Rolle. Wir wollen diesen deshalb
221 weiterdenken. Wichtige Knotenpunkte im Bundesland sollen mittels Schnellbussen
222 effektiver verbunden werden. Dazu wollen wir bestehende, aber auch neue Bus- und
223 Straßenbahnlinien als Expressbuslinien sowie Quer- und Gewerbelinien ausbauen.
224 Auch Quartiere, welche bisher schlecht zu erreichen sind (z. B. Burg-Grambke,
225 Bremen Nord und Huchting inkl. Grolland und Strom), sollen durch Shuttle- und
226 On-Demand-Kleinbusse profitieren. Dies macht den ÖPNV in Bremen um ein
227 Vielfaches attraktiver und zieht neue Zielgruppen an. Zur Finanzierung digitaler
228 Vorhaben zur Verbesserung des ÖPNVs hat die Bundesregierung im Frühjahr 2022
229 einen zweiten Förderaufruf zur „Digitalisierung kommunaler Verkehrssysteme“ in
230 Höhe von 30 Millionen Euro und einer Fördersuppe von 65 bis 80
231 Prozent gestartet.

232 **Moderne und gut ausgebaute Infrastruktur Ringschluss A281 fertigstellen**

233 Wir Freie Demokraten wollen den Ringschluss der A281 schnellstmöglich
234 verwirklichen. Nach über 37 Jahren Planung und Bau muss dieser abgeschlossen
235 werden, da er den Verkehr spürbar entlasten wird. Speziell die Stadtteile
236 Obervieland und die Neustadt sowie Woltmershausen, Seehausen und Strom würden
237 merklich profitieren, da die Infrastruktur durch den Autobahnring merklich
238 verbessert wird.

239 **Sanierung von Straßen und Brücken**

240 Die Sanierung und Instandhaltung von Straßen und Brücken ist essenziell.
241 Infrastruktur muss gepflegt werden, damit sie funktioniert. Investitionen in den
242 Erhalt von Straßen und Brücken dürfen nicht permanent verschoben werden, da die
243 Kosten andernfalls ins Unermessliche steigen. Deswegen wollen wir den in den
244 vergangenen Jahren entstandenen Sanierungsstau innerhalb der nächsten zehn Jahre
245 abbauen. Provisorische Lösungen, wie am Beispiel der Stephanibrücke, lehnen wir
246 ab. Insbesondere im Bereich der zentralen Infrastruktur wie der Weserbrücken und
247 der A1 sehen wir einen großen Bedarf an Sanierung.

248 Auch die Straßenbaustandards wollen wir überprüfen. Insbesondere die Gestaltung
249 des Regenwasserablaufs und Bordsteins sowie der Fuß- und Radwege ist in Qualität
250 und Material deutlich über den Standards anderer Städte. Damit Sanierungen
251 nicht unnötig verteuert werden, wollen wir das auf ein normales Maß
252 zurückführen.

253 **Brücken größer denken**

254 Die Stadt Bremen braucht mehr Brücken über die Weser. Diese aber lediglich als
255 Fahrradbrücken zu denken, wäre viel zu klein gedacht. Stattdessen wollen wir
256 neue Brücken über die Weser, die nicht nur Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer,
257 sondern auch Fußgängerinnen und Fußgänger, den ÖPNV und Notfallfahrzeuge.

258 **Hafenrandstraße**

259 Bremerhaven braucht eine Hafenrandstraße, die das Zollhaus Roter Sand über die
260 Franziusstraße mit der Alfred-Wegener-Straße und somit mit der Cherbourger
261 Straße und dem Hafentunnel verbindet. Der Weg führt dabei am Zollzaun auf
262 stadtbremischen Gebiet entlang und könnte teilweise über eine bereits befestigte
263 Straße auf einem Gelände der BLG geführt werden. Bei der Planung müssten
264 entsprechende Anpassungen bei der Zollabfertigung berücksichtigt werden.

265 Für den Hafen ist eine solche Hafenrandstraße mit großen Vorteilen verbunden:
266 Sie würde den Hafen von erheblichen Durchgangsverkehren entlasten, die auch auf
267 Grund der hohen

268 Anzahl an Bahnübergängen zu erheblichen Beeinträchtigungen der wichtigen
269 Wirtschaftsverkehre führen. Für Lehe würde die Hafenrandstraße ebenfalls zu
270 großen Verbesserungen bei der Entlastung von Durchgangsverkehren bringen.
271 Insbesondere die Ortsteile Twischenkamp, Klushof und Goethestraße sind bisher
272 durch den Verkehr stark belastet. Für diese drei Ortsteile würde der Bau einer
273 Hafenrandstraße eine deutliche Verringerung des Verkehrs und eine
274 Lärmreduzierung ergeben. Schulen und Kindergärten würden dadurch besser
275 erreichbar. Auch die Trasse Langener Landstraße, Stresemannstraße, Elbestraße

276 wird durch die Hafenrandstraße entlastet.

277 **Effizientes Baustellenmanagement in Bremen**

278 Bei umfassenden Baumaßnahmen und Straßensperrungen werden alle betroffenen
279 Akteure vor enorme Herausforderungen gestellt. Neben Verkehrsstockungen,
280 Zeitverlusten sowie Such- und Ausweichverkehren, kommen Lärmbelästigungen und
281 Schmutz hinzu. Die Sperrung „Am Wall“ führt beispielsweise vermehrt dazu, dass
282 sich Ortskundige durch die Violen-, Museums- und Herdentorwallstraße schlängeln
283 und Nebenstraßen überlasten. Die Baustellen selbst lassen sich nicht vermeiden.
284 Gerade deshalb ist aber eine gute Kommunikation und Koordination von hoher
285 Relevanz. Um die Auswirkungen auf den Verkehr, die Menschen und die Umwelt
286 künftig so gering wie möglich zu halten, möchten wir einen
287 behördenübergreifenden Leitfaden für Baustellen- und Straßensperrungen mit
288 besseren und frühzeitigeren Kommunikationsanweisungen erstellen. Darüber hinaus
289 soll es einen Maßnahmenkatalog geben, welcher auch eine Kommunikationsstrategie
290 enthalten wird. In Kombination mit der Digitalisierung können tagesaktuelle
291 Baustellen und Straßensperrungen aufgezeigt und frühzeitig kommuniziert werden.
292 Darüber hinaus lassen sich Straßensperrungen- und
293 Baustellensimulationen virtuell durchführen, um die Baustellenlogistik zu
294 optimieren.

295 **Optimierung der Schaltung von Ampeln bzw. Lichtsignalanlagen**

296 Ampeln sind ein wichtiger Bestandteil im Straßenverkehr, da sie zur sinnvollen
297 und nachhaltigen Verkehrsflusssteuerung beitragen. Gerade in Bezug auf die
298 Förderung des Fuß- und Radverkehrs muss ein Optimum bei der Schaltung der Ampeln
299 gefunden werden, ohne den Verkehrsfluss des motorisierten Verkehrs negativ zu
300 beeinflussen. Dies hätte negative Auswirkungen auf die Feinstaub- und
301 Stickoxidbilanz und erhöht die Gefahr von Unfällen. Deshalb setzen wir uns für
302 eine stetige Überprüfung und Anpassung an die Bedarfe, mit Hilfe der
303 Digitalisierung, sowie die Suche nach einer optimalen Lösung für alle
304 Verkehrsteilnehmer ein. Ziel muss es sein, alle Straßen und Kreuzungen sicher zu
305 machen und sie ohne lange Wartezeiten überqueren zu können.

306 **Schienenverkehr von und nach Bremerhaven**

307 Beide Städte unseres Bundeslandes wollen wir Freie Demokraten besser über die
308 Schiene verbunden haben. Aktuell wird die Verbindung im Rahmen einer
309 Ausschreibung des Schienenpersonennahverkehrs als Regio-S-Bahn 2 von der
310 NordWestBahn und als Expresskreuz RE8 und RE9 von der DB Regio betrieben. Wir
311 setzen uns dafür ein, dass die RE-Züge und die Regio-S-Bahn in der
312 Hauptverkehrszeit beide Städte im Halbstunden-Takt verbinden. Auch am Wochenende
313 wollen wir zusätzliche Nachtverbindungen umsetzen. Ebenfalls wollen wir
314 prüfen, wie in der Woche Nachtverbindungen realisiert werden können. Wichtig ist
315 uns, dieses Angebot zu einem stark vergünstigten Tarif anbieten zu können.
316 Dadurch rücken beide Städte enger zusammen. Für die Finanzierung sehen wir das
317 Land Bremen in der Pflicht.

318 Die Verbindungen für den Personenverkehr und dem zunehmenden Wirtschaftsverkehr
319 (Autos und Container) werden derzeit über einen Flaschenhals geführt, der

320 bereits heute überlastet ist. Wir Freie Demokraten wollen die Strecke-
321 Bremerhaven mit einem dritten und vierten Gleis ertüchtigen und zukunftsfest
322 machen. Der Engpass „Burger Brücke“ steht bereits seit Jahren zur
323 Erweiterung an, aber die zusätzlichen Gleise fehlen noch immer. Im Rahmen der
324 Ertüchtigung des Bahnknotens „Bremen“ ist es dringend erforderlich, die Gleise
325 auf einer verbreiterten Brücke zu bauen. Von dem Ausbau der Strecke würde
326 insbesondere Bremen-Nord profitieren. Damit wird die Pünktlichkeit und
327 Zuverlässigkeit der Züge zwischen Bremen und Bremen-Nord massiv verbessert.
328 Darüber hinaus möchten wir den Bahnhof in Speckenbüttel als Personenbahnhof
329 reaktivieren. Die Lage ist durch die Nähe zum Speckenbütteler Park und zum
330 Stadtteilzentrum sehr attraktiv und bietet hervorragende
331 Verknüpfungsmöglichkeiten zum örtlichen Nahverkehr. Das Potenzial einer
332 Reaktivierung liegt bei ca. 33.000 neuen ÖPNV-Kunden und stellt damit auch einen
333 wirtschaftlichen Gewinn für das Land dar.

334 **Bremerhaven ans Fernbahnnetz**

335 Seit Dezember 2021 ist Bremerhaven wieder an das Fernverkehrsnetz der Deutschen
336 Bahn angeschlossen. Die derzeitige Anbindung mit nur einem Fernzug pro Tag
337 kann aber nur ein Anfang gewesen sein. Wir Freie Demokraten wollen, dass
338 Bremerhaven ein regulärer Haltepunkt des Fernverkehrsnetzes wird.

339 **Anbindung der Überseestadt**

340 Die Überseestadt ist in den letzten Jahren zu einem attraktiven Stadtteil im
341 Westen von Bremen geworden. Mittlerweile leben viele Bremerinnen und Bremer dort
342 und genießen das neue Stadtbild, welches durch den modernen Wohnungsbau, die
343 kleinen und großen Geschäfte und die Grünflächen geprägt wird. Ein Problem ist
344 allerdings die Anbindung der Überseestadt an die restlichen Teile Bremens. Auch
345 der Weg zur Überseestadt selbst ist oftmals durch Staus geprägt. Um das Wachstum
346 und die Lebensqualität nicht zu gefährden, setzen wir uns für einen Ausbau der
347 öffentlichen Verkehrsmittel ein.

348 Wir Freie Demokraten möchten daher den Einsatz von bedarfsabhängigen,
349 elektrischen und möglichst autonom fahrenden Fahrzeugen im Ringverkehr zwischen
350 Überseestadt-Nord, dem Straßenbahnhalt „Nordstraße“ und dem Bahnhof in Walle
351 prüfen und dies als Feldversuch durchführen.

352 Ergänzend dazu möchten wir eine Machbarkeitsstudie für eine Wasserverbindung
353 durchführen. Eine Fähre, welche durch Wasserstoff betrieben wird, könnte die
354 Bereiche Pier 2 bzw. Waterfront und Woltmershausen mit der Schlachte verbinden.
355 Um dieses Angebot sowohl für Bewohner und Touristen als auch für Pendler
356 attraktiv zu machen, legen wir großen Wert auf eine sinnvolle Taktung und
357 erschwingliche Preisgestaltung. Zudem setzen wir uns für den Erhalt der Marina
358 im Europahafen als Anlegestelle für Segelboote und Sportboote ein. Wasser- und
359 Segelsport komplementieren den maritimen Flair Bremens.

360 **Verkehrsentwicklungsplan für Bremerhaven**

361 Bremerhaven braucht dringend einen Verkehrsentwicklungsplan. Die Beschlüsse aus
362 2012 und zuletzt 2019 müssen daher dringend umgesetzt werden. Deswegen gehört
363 aus unserer Sicht das Stadtplanungsamt wieder in das Baudezernat. Eine

364 Eingliederung in das CDU-geführte Dezernat mit Kämmerei hat nicht zum Erfolg
365 geführt.

366 Bremerhaven hat sich in den vergangenen Jahren dynamisch verändert und
367 weiterentwickelt. Die Stadt benötigt ein Verkehrssystem, das den speziellen
368 Anforderungen an die Erreichbarkeit der Häfen und der notwendigen Infrastruktur
369 für kleine und mittelständische Unternehmen gerecht wird. Darüber hinaus muss
370 das Verkehrssystem die Anforderungen an die Mobilität als Daseinsvorsorge für
371 die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sowie die Aspekte der Nachhaltigkeit
372 und des Klimaschutzes berücksichtigen.

373 Die besondere Herausforderung liegt darin, eine gleichberechtigte Teilnahme
374 aller am Verkehr herzustellen, den Verkehr so effizient, sicher, stadt- und
375 umweltverträglich wie möglich zu gestalten, um dadurch insgesamt ein dauerhaftes
376 Höchstmaß an Wohn-, Lebens- und Aufenthaltsqualität zu erreichen und die
377 Seestadt Bremerhaven zukunftsfähig zu gestalten.

378 Ziel ist es, ein für alle Verkehrsarten optimiertes Verkehrsnetz zu entwickeln,
379 das die Erreichbarkeit der Häfen, der Innenstadt und die
380 Aufenthaltsqualitäten miteinander in Einklang bringt und zur nachhaltigen
381 Attraktivitätssteigerung der Stadt beiträgt.

382 Diese Ziele müssen durch einen Verkehrsentwicklungsplan in Strategien, Programme
383 und Projekte übersetzt werden.

Antrag 008: Kapitel 8: Liberaler und durchsetzungsfähiger Rechtsstaat

Antragsteller*in:	Landesvorstand Bremen (LV Bremen)
Status:	zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

1 Innere Sicherheit

2 **Personalsituation der Polizei verbessern**

3 Um angesichts veränderter Bedrohungslagen die Sicherheit zu gewährleisten,
4 wollen wir Freien Demokraten die Personalstärke der Polizei planvoll bis auf
5 3.300 in Bremen und 580 in Bremerhaven anheben. Hiermit wollen wir die
6 Überstunden und den Bearbeitungsstau abbauen.

7 Die entsprechende Nachwuchsausbildung und die Besetzung aller Stellen hat
8 oberste Priorität. Hierfür sollen auch vorübergehend
9 Teilzeitbeschäftigungsmöglichkeiten für z.B. pensionierte Beamte angeboten
10 werden. Hierzu gehört auch, den Beamtinnen und Beamten mehr Wertschätzung
11 entgegenzubringen. Den Beamtinnen und Beamten gebührt für ihre äußerst
12 anspruchsvolle Arbeit Dank und Anerkennung. Im Diskussionsprozess um das neue
13 Polizeigesetz 2020 wurde leider deutlich, dass manche Entscheidungsträgerinnen
14 und Entscheidungsträger der Bremer Politik der Polizei zutiefst misstrauen.
15 Misstrauen ist der Feind erfolgreich-kooperativer Zusammenarbeit. Wir Freien

16 Demokraten stehen stabil und mit Überzeugung an der Seite unserer Polizistinnen
17 und Polizisten. Natürlich muss das Fehlverhalten einzelner konsequent verfolgt
18 werden, auch weil es diejenigen belastet, die korrekt, engagiert und treu ihren
19 Aufgaben nachkommen.

20 So sinnhaft der Polizeiberuf ist, bei der Berufswahl schauen junge Menschen
21 immer auch auf Besoldung und Aufstiegschancen. Wir Freien Demokraten fordern die
22 Besoldung der Bremer Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten auf das Hamburger
23 Niveau anzuheben. Unser Polizeipersonal braucht außerdem eine klare
24 Karriereperspektive – Leistungsbewertungen und Beförderungentscheidungen müssen
25 transparent und nachvollziehbar sein. Die Freie Heilfürsorge für die Beamtinnen
26 und Beamten muss auch zukünftig verlässlich abgesichert werden.

27 Wir wollen die Polizistinnen und Polizisten von aufgabenfremden und
28 bürokratischen Ballast befreien, indem wir überprüfen, welche Aufgaben weiterhin
29 von Polizistinnen und Polizisten durchgeführt werden müssen und welche Aufgaben
30 auch das Verwaltungspersonal oder das Ordnungsamt übernehmen kann.

31 Der Polizeiberuf ist kein Nine-to-Five Job. Trotzdem kann viel getan werden, um
32 auch bei der Polizei die Vereinbarkeit von Familie/Freizeit und Beruf zu
33 verbessern. Die Einrichtung der „Streifenhörnchen“ für Kinder unter drei Jahren
34 von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Polizei Bremen war ein wichtiger
35 Schritt.

36 **Digitale und technische Ausstattung der Polizei**

37 Bremen und Bremerhaven brauchen eine moderne und mit besten Sachmitteln
38 ausgestattete Polizei, die eine wirksame und zügige Aufgabenerfüllung im
39 Interesse aller Bürger sicherstellt. Ein großer Teil der Arbeitszeit von
40 Polizisten geht jedoch durch administrative Tätigkeiten, veraltete Technik oder
41 Medienbrüche in der Kommunikation verloren. Mit Hilfe der Digitalisierung können
42 viele Arbeitsschritte der Polizei umfassend vereinfacht, beschleunigt und
43 verbessert werden.

44 Wir Freien Demokraten setzen uns daher für eine zeitgemäße digitale und
45 technische Ausstattung der Polizei ein. Die Polizei darf zukünftig nicht
46 weiterhin schlechter ausgestattet sein als agierende Einzeltäter und
47 Tätergruppen.

48 Hierzu soll die Polizei mit leistungsfähiger Hardware im Büro und mit mobilen
49 Endgeräten für die Ermittlungsarbeit vor Ort ausgestattet werden. Dabei sind die
50 Endgeräte besonders zu sichern und die Daten sind nicht lokal auf den Geräten,
51 sondern auf verschlüsselten Servern der Polizei zu speichern.

52 Wie in anderen Bundesländern bereits Standard, sollen die mobilen Endgeräte
53 künftig mit folgender Software ausgestattet sein: Einer Diktier- und
54 Spracherkennungssoftware zur Anfertigung digitaler und medienbruchfreier
55 Polizeiberichte; Einem Polizei - Messenger (“WhatsApp für Polizisten”) für den
56 schnellen und medienbruchfreien Austausch von einsatzrelevanten Informationen
57 wie Bildern oder Videos; Einer Auskunfts - App, die einen Abgleich mit dem
58 polizeilichen Datenbestand ermöglicht; Einem Dokumentenscanner, z.B. für
59 Personalausweise, Führerscheine, Kennzeichen o.ä. Dokumente; einer

60 Vermessungssoftware für Verkehrsunfälle.

61 Zudem soll die Polizei in der Kriminaltechnik zukünftig über leistungsfähige
62 Software, technische Geräte und genügend Fachpersonal verfügen, die eine
63 verlässliche, schnelle und beweiskräftige Auswertung der Daten als Beweismittel
64 in einem Strafverfahren ermöglichen.

65 **Schutz von Einsatzkräften mit Body- und Dashcams**

66 Nicht erst seit den Ereignissen der Berliner Silvesternacht werden Einsatzkräfte
67 bei ihrer lebenswichtigen Arbeit behindert und angegriffen. Wir Freien
68 Demokraten verurteilen Angriffe auf Einsatzkräfte aufs Schärfste. Wer die
69 Menschen angreift, die uns in Notsituationen helfen und beschützen, der greift
70 uns alle an. Wir wollen Einsatzkräfte daher besser schützen. Hierzu wollen wir
71 Polizistinnen und Polizisten im Rahmen datenschutzrechtlicher Vorgaben mit
72 Bodycams und Einsatzfahrzeuge mit Dashcams ausstatten, also insbesondere auch
73 Feuerwehrfahrzeuge und Rettungswagen. Schon allein die Kamera hat eine
74 abschreckende Wirkung auf Täter, darüber hinaus wird die Aufklärung solcher
75 Straftaten dadurch erleichtert.

76 **Elektro-Distanzimpulsgeräte (sog. "Taser")**

77 Wir halten an der Ausstattung der Polizei in Bremerhaven mit Elektro-
78 Distanzimpulsgeräten (sog. „Tasern“) fest, nachdem der Testlauf
79 erfolgreich beendet wurde. Auch in der Stadt Bremen wollen wir Taser einführen.
80 Diese stellen ein milderer Mittel zur Schusswaffe dar und bergen eine geringere
81 Eskalationsgefahr als beispielsweise Pfefferspray.

82 **Kontaktpolizisten**

83 Für seine Bürger und alle Besucher müssen Bremen und Bremerhaven sichere Städte
84 sein. Wir Freien Demokraten setzen uns für eine bürgernahe Polizei ein, die auch
85 auf den vorhandenen Revieren in den Stadtteilen ansprechbar bleibt. Ferner sind
86 Kontaktpolizisten als Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort
87 unerlässlich.

88 **Online-Anzeige**

89 Wir wollen die Möglichkeit einer unkomplizierten und schnellen Online-
90 Anzeigenerstattung für die Bürgerinnen und Bürger zeitnah weiter ausbauen. Es
91 soll möglich werden, auch mit wenig technischen Vorkenntnissen eine Online-
92 Anzeige einfach und schnell zu erstatten. Zudem muss das derzeitige geringe
93 Angebot der Online-Anzeige auf weitere Delikte dringend ausgeweitet werden. Hier
94 fordern wir eine Erweiterung mindestens auf das Maß von Niedersachsen. Künftig
95 müssen die technischen Voraussetzungen geschaffen werden, um Dokumente
96 hochzuladen und sich rechtssicher legitimieren zu können.

97 **Digitalisierung als Chance für Barrierefreiheit und Sicherheit**

98 Für körperlich beeinträchtigte Geschädigte sowie gehörlose und blinde Personen
99 in Notsituationen muss die Möglichkeit geschaffen werden, problemlos Anzeigen zu
100 erstatten sowie im Notfall den Polizei-Notruf schnellstmöglich und effektiv zu
101 nutzen. Hier sollen die technischen Voraussetzungen für eine Videotelefonie mit
102 schriftlicher Chatfunktion für die Leitstelle der Polizei im Notfallprozess

103 sowie in der zentralen Anzeigenaufnahme an den Polizeirevieren geschaffen
104 werden.

105 **Ordnung und Sauberkeit**

106 Weil die Lebens- und Wohnqualität einer Stadt auch wesentlich von der
107 Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sauberkeit abhängt, haben wir in der
108 vergangenen Legislaturperiode das Bürger- und Ordnungsamt in Bremerhaven
109 personell erheblich verstärkt. Auch in Bremen muss das Ordnungsamt personell
110 weiter verstärkt werden.

111 Um zukünftig die Einhaltung der Ordnung und Sicherheit sowie die
112 Verkehrsüberwachung noch stärker in den Fokus zu nehmen, sollen Kontrollen durch
113 das Bürger- und Ordnungsamt auch in den späten Abend- und Nachtstunden oder an
114 Sonn- und Feiertagen erfolgen.

115 Mit einer verstärkten Präsenz des Ordnungsamtes auf öffentlichen Straßen,
116 Plätzen und in Parks soll der zunehmenden Unsitte, Abfälle im öffentlichen Raum
117 achtlos wegzwerfen oder liegenzulassen, ohne die dafür vorgesehenen Abfalleimer
118 oder Papierkörbe zu benutzen, begegnet werden.

119 Die Taubenpopulation wollen wir mit sog. Taubenhotels verringern.

120 Um der Vermüllung durch illegale Müllablagerungen, Vandalismus und Schmierereien
121 in den Stadtteilen effektiv zu begegnen, werden wir die Einführung des
122 Mängelmelders auch in Bremerhaven prüfen, mit deren Hilfe Bürger Verschmutzungen
123 melden können. Der Mängelmelder muss in Bremen bekannter gemacht werden. Die
124 Stadtteilmanager sollen die Koordination der Stadtteilsauberkeit übernehmen und
125 als Schnittstelle zwischen allen städtischen Ämtern, Gesellschaften der
126 Stadt und sonstigen Stellen, die mit Sauberkeit des öffentlichen Raums befasst
127 sind, fungieren.

128 Wir setzen uns für eine höhere Reinigungsfrequenz sowie für mehr und größere
129 Mülleimer im Stadtgebiet ein. Die Reinigungsintervalle der Kehrmaschinen auf
130 Fahrbahnen sowie der manuellen Trupps für die Reinigung von Gehwegen, Plätzen
131 und Grünflächen sollen sukzessive erhöht werden. Brennpunkte sollen
132 identifiziert und deutlich häufiger kontrolliert und gereinigt werden.

133 **Für einen sicheren und sauberen Hauptbahnhof Bremen**

134 Der Hauptbahnhof ist eine Visitenkarte der Stadt. Wir Freien Demokraten wollen
135 den gesamten Bereich rund um den Bremer Hauptbahnhof endlich wieder zu einem
136 sicheren und sauberen Ort machen, an dem man sich gerne aufhält.

137 Hierzu setzen wir auf mehr Kontrollen der Polizei und des Ordnungsdienstes,
138 sowie eine höhere Reinigungsfrequenz. Verstöße sind konsequent zu ahnden,
139 Graffiti und Müll sind so schnell wie möglich zu entfernen, um
140 Nachahmungseffekten vorzubeugen.

141 Damit marginalisierte Gruppen jedoch nicht wie aktuell nur von einem Ort zum
142 anderen vertrieben werden, sind entsprechende alternative Angebote auszubauen.
143 Wir wollen daher die Öffnungszeiten des Szenetreffs am Gustav-Deetjen-Tunnel auf
144 24 Stunden täglich ausweiten. Abends und nachts können die Sozialarbeiter hier
145 durch Kräfte des Ordnungsamts oder private Sicherheitsdienste abgelöst werden.

146 Darüber hinaus wollen wir durch mehr gemeinsame Streifen von Polizei und
147 Sozialarbeit ein besseres Zusammenwirken beider Dienste ermöglichen.

148 Die Einrichtung eines festen Drogenkonsumraums in Bahnhofsnähe unterstützen wir.
149 Dieser muss allerdings so beschaffen sein, dass er von der Szene auch angenommen
150 wird. Hierfür muss er fußläufig gut erreichbar sein. Darüber hinaus muss die
151 Infrastruktur der Szene mitverlagert werden (wie etwa Substitutionsärzte,
152 Hilfsangebote u.ä.). Nur dann besteht die Chance, dass der Konsumraum auch zu
153 einer echten Alternative wird.

154 Um niedrigschwellig Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger
155 bereitzustellen, wollen wir sog. Bahnhofsbuddies einführen. Diese sollen darauf
156 achten, dass der Bahnhof sauber, funktionstüchtig und gepflegt ist. Sie
157 informieren das Bahnhofsmanagement über Mängel wie fehlende Fahrpläne, starke
158 Verschmutzungen durch Müll, Fäkalien u.ä., oder Beschädigungen durch Vandalismus
159 und helfen so, den Bahnhof und das Bahnhofsumfeld in Ordnung zu halten. Zudem
160 sind sie Orientierungshilfe, indem sie durch einheitliche Westen, Jacken o.ä.
161 klar erkennbar sind.

162 Um Taschendiebstählen vorzubeugen, fordern wir mehr Aufklärungskampagnen und
163 Sensibilisierungen vor Ort, indem Polizisten in Zivil potenzielle Opfer auf
164 ein präventives Verhalten aufmerksam machen.

165 **Sicherheit in Bus & Bahn**

166 In den Bussen und Bahnen der BSAG kam es in den vergangenen Monaten immer
167 häufiger zu Straftaten. Wir fordern daher anlassbezogen den vermehrten Einsatz
168 von privaten Sicherheitskräften in den Bussen und Bahnen der BSAG.

169 **Prävention in den Fokus**

170 Sicherheit kann nicht allein durch die Polizei gewährleistet werden. Hierzu
171 gehört auch die Förderung der Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Kräfte und
172 Institutionen, die im Bereich der Gewalt- und Kriminalprävention tätig sind.
173 Hinzu kommt mehr und bessere Beratung der Bürgerinnen und Bürger durch die
174 Polizei. Wir Freien Demokraten setzen uns für eine übergreifende Schul-, Jugend-
175 und Sozialpolitik ein, die darauf hinwirkt, dass eine kriminelle Laufbahn
176 ausgeschlossen wird.

177 **Bekämpfung von Gewalt an Kindern**

178 Wir Freien Demokraten wollen dafür sorgen, dass Kinder und Jugendliche
179 bestmöglich vor Gewalt und insbesondere sexueller Gewalt geschützt werden.

180 Die Polizeiliche Kriminalstatistik zeigt, dass Fälle von Kindesmissbrauch und
181 die Verbreitung von Missbrauchsdarstellungen im Internet auch im Land Bremen in
182 den letzten Jahren zugenommen haben. Nur wenn unsere Strafverfolgungsbehörden
183 Kenntnis von Fällen von Kindesmissbrauch bekommen, können sie überhaupt tätig
184 werden. Daher wollen wir die Sichtbarkeit der zuständigen Meldestellen
185 verbessern. Hierzu sollen Polizei und Jugendämter zukünftig Kontaktpersonen für
186 den Kinderschutz benennen. Diese sind transparent zu kommunizieren, insbesondere
187 überall dort, wo Kinder und Jugendliche betreut werden. Gemeinsam mit
188 Jugendämtern, Schulen, Sicherheitsbehörden und Staatsanwaltschaften wollen wir
189 einen regelmäßigen Jugendschutzdialog einrichten.

190 Die Beweisaufnahme, insbesondere die Auswertung des Video- und Bildmaterials ist
191 aufwändig und für die zuständigen Beamten extrem belastend. Neben dem
192 verstärkten Einsatz von Künstlicher Intelligenz wollen wir die Weiterbildung von
193 Polizeibeamten, Richterinnen und Richtern, die mit Kindern und Jugendlichen
194 befasst sind, verbessern. Die entsprechenden Institutionen sollen hierzu
195 Konzepte zum Schutz der Kinder erarbeiten. Durch gemeinsame Fortbildungen für
196 die verschiedenen Institutionen soll die Zusammenarbeit und Verständigung der
197 Beteiligten im Kinderschutz verbessert werden.

198 **Opferschutz stärken**

199 Der Opferschutz steht für uns klar im Vordergrund. Zu diesem Zweck müssen die
200 Rechte der Opfer gestärkt werden. Im Land Bremen werden jedoch leider besonders
201 viele Anträge auf Opferentschädigung nach dem Opferentschädigungsgesetz
202 abgelehnt. Wir wollen daher ein Forschungsprojekt anregen, welches die
203 Ablehnungsgründe untersucht, um daraus Verbesserungsmöglichkeiten im Hinblick
204 auf die Beweis- und Mitwirkungspflichten der Opfer abzuleiten. Die Möglichkeiten
205 zur psychosozialen Prozessbegleitung wollen wir ausbauen und deren
206 Sichtbarkeit erhöhen.

207 **Zivilcourage**

208 Wir Freien Demokraten wollen Mitbürgerinnen und Mitbürger stärken, die bei
209 Straftaten nicht wegsehen, sondern umsichtig und helfend eingreifen ohne sich
210 selbst in Gefahr zu bringen. Zivilcourage innerhalb der Bevölkerung hält viele
211 potenzielle Täter von einer Straftat ab. Wir wollen eine „Kultur des Hinsehens“
212 etablieren, indem wir in den öffentlichen Schulen anhand von lebensnahen,
213 kritischen Beispielen Strategien zum Handeln und zur Deeskalation vermitteln.
214 Wir wollen aber auch Sportvereine, Jugendeinrichtungen und die Gemeinden aller
215 Glaubensrichtungen bei der Vermittlung von Zivilcourage unterstützen.
216 Um zudem die Relevanz von entschlossenem Einschreiten bei Straftaten bei
217 Erwachsenen zu untermauern, möchten wir Freien Demokraten Arbeitgebern bei ihren
218 Bemühungen, die Zivilcourage zum Beispiel mittels Kursen unter ihren
219 Beschäftigten zu stärken, unter die Arme greifen. Auch Zertifizierungen, wie es
220 sie unter anderem für familienfreundliche Betriebe gibt, wollen wir einführen.
221 Angebote der Volkshochschule und der anerkannten Träger für Bildungszeit wollen
222 wir ausbauen. Nicht zuletzt können unserer Ansicht nach Aufklärungskampagnen in
223 der Öffentlichkeit zu einem gesteigerten Bewusstsein in der Bevölkerung für
224 Zivilcourage führen, deswegen wollen wir entsprechende Aktionen auf städtischen
225 Veranstaltungen und an stark frequentierten Orten in Bremen fördern.

226 **Organisierter Kriminalität den Kampf ansagen**

227 Wir Freie Demokraten wollen der organisierten Kriminalität in Bremen den Kampf
228 ansagen. Durch ihre offene Ablehnung des Rechtsstaates und seiner Vertreter,
229 sowie durch ein medial offensives Auftreten, tragen die Angehörigen krimineller
230 Organisationen in besonderem Maße dazu bei, dass das Sicherheitsempfinden in der
231 Bevölkerung zurückgeht und das Vertrauen in den Staat und seine
232 Durchsetzungsfähigkeit insgesamt Schaden nimmt.
233 Daher gilt es in Bremen, aber auch in Bremerhaven, vermehrt auf eine Strategie

234 der unablässigen Kontrollen von einschlägigen Restaurants, Spielhallen, Kiosken
235 und Shisha-Bars zu setzen. Hierbei soll die Polizei stärker durch Beamte des
236 Ordnungsamtes, des Zolls, der Gewerbeaufsicht sowie der Bau- und
237 Gesundheitsbehörden unterstützt werden. Dazu zählen auch regelmäßige
238 Verkehrskontrollen, auch bei kleineren Verstößen. Nur wenn der Staat das Recht
239 permanent und unnachgiebig durchsetzt, kann er verhindern, dass rechtsfreie
240 Räume entstehen.

241 Gleichzeitig muss der Staat denjenigen helfen, die aus den kriminellen
242 Strukturen ausbrechen möchten. Daher müssen Jugend- und Frauenzentren, Schul-,
243 Jugend- und Sozialbehörden, Arbeits- und Gesundheitsämter ein Netzwerk bilden
244 und Aussteigerinnen und Aussteigern gemeinsam frühzeitig helfen.

245 **Verhinderung von Brennpunkten**

246 Diebstahl, tätliche Angriffe, rivalisierende Gruppen, Drogenhandel,
247 Menschenhandel: Bremen und Bremerhaven weisen über das gesamte Stadtgebiet
248 verteilt eine Reihe von „Brennpunkten“ auf, an denen kriminelle Vergehen
249 und Straftaten an der Tagesordnung sind und sich teilweise sogar tagsüber zu
250 „No-Go-Areas“ entwickelt haben.

251 Wir Freie Demokraten wollen den „Brennpunkten“ und ihrer Entstehung
252 entgegenwirken, wofür der Staat alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel
253 ausschöpfen muss. In bereits geschwächten Stadtteilen wollen wir die Möglichkeit
254 schaffen, die verpflichtende Sozialquote auszusetzen, um eine bessere
255 Durchmischung zu erreichen.

256 Dazu sprechen wir uns ausdrücklich dafür aus, Orte mit gesteigerter Kriminalität
257 und sogenannte „Unsichere Orte“, klar zu benennen und daraus individuelle
258 Maßnahmen zur Verbesserung der Situationen vor Ort zu entwickeln. Maßnahmen sind
259 beispielsweise neben allgemeiner Sauberkeit und guter Beleuchtung die
260 Verbesserung der Infrastruktur, eine offene und ansprechende Bebauung, das
261 Aufstellen von Notrufsäulen, erhöhte Polizeipräsenz und der Einsatz von privaten
262 Sicherheitsdiensten; ebenso ist ein verstärkter Austausch zwischen den
263 Vertretern der öffentlichen Verwaltung, der Polizei und den Bewohnern der
264 betroffenen Bereiche unerlässlich. Auch Wohnungsbaugesellschaften müssen hier
265 involviert werden, denn oft entstehen „Brennpunkte“ rund um Wohnblöcke und in
266 bestimmten Straßenzügen. Nur so kann das Sicherheitsniveau im Land Bremen
267 insgesamt kontrollierbar gehalten werden.

268 **Feuerwehr und Rettungskräfte**

269 Für die Sicherheit in den Stadtteilen sorgen nicht nur Polizei und Justiz,
270 sondern auch die Feuerwehren, sowohl in Form der Berufs- als auch der
271 Freiwilligen Feuerwehr. Sie leisten bei Bränden, Unfällen und anderen
272 Katastrophenfällen eine hervorragende Arbeit. Ihr Einsatz ist für Städte wie
273 Bremen und Bremerhaven, mit ihren Häfen, ihrer Industrie und dem damit
274 verbundenen erheblichen Gefahrenpotential unverzichtbar.

275 Wir Freie Demokraten wollen, dass die Haupt- und ehrenamtlichen Kräfte in
276 Feuerwehren, Hilfsorganisationen, Rettungsdiensten und im THW, die sich für das
277 Gemeinwohl in unserem Zwei-Städte-Staat einsetzen, dauerhaft unterstützt werden.

278 Dies gilt besonders für die kontinuierliche technische Modernisierung der
279 Ausrüstung und des Fuhrparks anhand von Brand- und Rettungsmittelbedarfsplänen,
280 aber auch für eine hinreichende Abdeckung der Stadtgebiete mit Feuerwachen bei
281 entsprechend notwendiger Besetzung. Die persönliche Schutzausrüstung muss
282 neuesten Sicherheitsanforderungen genügen.

283 Um zukünftig ausreichend Personal zu gewährleisten, gilt es, die Attraktivität
284 des Haupt- und Ehrenamtes zu steigern. Vor allem die nachwachsende Generation,
285 Kinder und Jugendliche sollten frühzeitig für die ehrenamtliche Arbeit
286 begeistert werden. In Regierungsverantwortung haben wir Freie Demokraten den
287 freiwilligen Feuerwehren in Bremerhaven Mittel für die Nachwuchsarbeit
288 bereitgestellt. Diesen Weg wollen wir unbedingt fortsetzen. Durch den weiteren
289 Ausbau von Kinder- und Jugendfeuerwehren, der Förderung des ehrenamtlichen
290 Engagements in diesem Bereich, aber auch durch eine Steigerung der Attraktivität
291 des feuerwehrtechnischen Dienstes bei der Berufsfeuerwehr wollen wir die
292 Grundlagen für eine nachhaltige Verbesserung der Bewerberzahlen vor Ort
293 schaffen.

294 Wir halten ein Brandschutzziel von zehn Kräften in acht Minuten für richtig. Wir
295 unterstützen daher den Neubau der Feuerwachen im Bremer Osten, in Obervieland
296 und im Norden von Bremerhaven, sowie die Besetzung entsprechender fehlender
297 Stellen bei den Berufsfeuerwehren.

298 **Katastrophenschutz**

299 Feuerwehren, Rettungsdienste und Hilfsorganisationen leisten unverzichtbare
300 Dienste für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Bremen und Bremerhaven.
301 Naturkatastrophen, Wetterphänomene, aber auch Gefährdungen der Kritischen
302 Infrastruktur (z.B. Stromausfälle, Cyberangriffe, Pandemien) treffen unsere
303 moderne Gesellschaft in einem nie dagewesenen Ausmaß. Die Stärkung des
304 Katastrophenschutzes ist als Basis der Daseinsvorsorge unabdingbar.

305 Wir Freie Demokraten wollen darauf hinwirken, dass das Land Bremen mit seinem
306 besonders exponierten Gefährdungsrisiko durch den Hafenumschlag und der Lage an
307 der Küste endlich seine Landesaufgabe im Katastrophenschutz wahrnimmt. Hierzu
308 gehören die Finanzierung der Ausbildung in den Ortskatastrophenschutzbehörden
309 und die Finanzierung von notwendigen Fahrzeugen und Geräten. Vergleichbar mit
310 anderen Ländern müssen zur Ergänzung der kommunalen Ressourcen landesseitig
311 Ressourcen bereitgestellt werden.

312 Aus Krisensituationen wissen wir, dass das Informationsbedürfnis der Bevölkerung
313 sehr groß ist. Kann dieses Informationsbedürfnis nicht befriedigt werden, z.B.
314 beim „Blackout“ (Ausfall der Stromversorgung), macht sich Resignation oder
315 Unruhe breit, die die an der Bewältigung der Krise arbeitenden öffentlichen
316 Einrichtungen massiv behindern können. Sogenannte „Leuchttürme“ können dann (mit
317 eigener Stromversorgung) als Anlaufpunkte für die Bevölkerung vorgeplant werden.

318 In einigen Modellregionen (Berlin, Niedersachsen) werden Feuerwehrröten und
319 Feuerwehrrötenhäuser für diese Aufgabe bereits ertüchtigt. Wir setzen uns dafür
320 ein, dies auch in Feuerwehren und THW-Ortsverbänden in unseren Städten
321 umzusetzen.

322 **Cyberkriminalität**

323 Egal ob Volksverhetzung auf Social Media, Verbreitung von
324 Kindesmissbrauchsdarstellungen im Netz oder Online-Betrug: Die Anzahl der
325 Straftaten im Bereich der Cyberkriminalität steigt stetig an. Ein weiterer und
326 schneller Anstieg dieser Taten ist zu erwarten. In diesem Deliktsfeld muss die
327 Polizei zukünftig technisch und personell handlungsfähig aufgestellt sein.
328 Wir setzen uns daher dafür ein, den Fachbereich zur Ermittlung von Delikten der
329 Cyberkriminalität personell und technisch stetig auszubauen.
330 Hierfür müssen Fachkräfte mit einer qualifizierten IT-Ausbildung angeworben und
331 entsprechende Funktionsstellen mit einer attraktiven Besoldung geschaffen
332 werden. Auch die technische Ausstattung und erforderliche Software auf dem
333 derzeit technischen Höchststand muss für diese Ermittlungstätigkeit angeschafft
334 werden.

335 **Sicherheit digitaler Infrastrukturen**

336 Um die digitale Infrastruktur vor Ausfällen durch Naturkatastrophen und
337 Angriffe, insbesondere durch autoritäre Staaten wie Russland und China zu
338 schützen, setzen wir uns für eine stärkere Absicherung der Netze und Systeme
339 ein. Dazu sind die damit verbundenen Risiken regelmäßig zu identifizieren, zu
340 benennen und ihr Risikopotenzial auf ein akzeptierbares Niveau zu reduzieren.
341 Dazu gehören Maßnahmen wie der Ausbau von Cyber-Abwehrzentren und die Schulung
342 von Mitarbeitern im Bereich IT-Sicherheit.

343 Wir wollen die städtischen und landesweiten Infrastrukturen dabei unterstützen,
344 geeignete Sicherheitsprozesse herzustellen und dabei auch aus der Politik heraus
345 die Umsetzung des BSI IT-Grundschutzes fördern. Hierfür muss ein gemeinsamer
346 Standard für alle kommunalen Einrichtungen geschaffen werden. Wir fordern in
347 jedem kommunalen Projekt die nachweisliche Umsetzung von angemessenen und
348 wirksamen Sicherheitskonzepten bereits in der Konzeptionsphase (Security by
349 Design).

350 Darüber hinaus muss das Berichtswesen transparenter und demokratischer werden:
351 Wir fordern die Weitergabe wichtiger Detailinformation über Risiken an einen
352 vertraulichen Expertenkreis innerhalb der Bremischen Bürgerschaft durch den
353 Informationssicherheitsbeauftragten.

354 **Datenschutz und Datensouveränität**

355 In der digitalen Welt ist der Umgang mit den eigenen Daten elementar, um unsere
356 Freiheit und Individualität zu schützen. Deswegen wollen wir Freien Demokraten
357 eine Datensouveränität, die uns die Hoheit über unsere Daten garantiert, aber
358 den Weg in die digitale Welt nicht blockiert. Wir geben in der digitalen Welt
359 täglich unsere Daten preis. Jeder sollte aber das Recht haben, in die über ihn
360 gespeicherten Daten einsehen zu können. Beim Staat schafft diese Transparenz
361 neues Vertrauen.

362 Wir wollen, dass in Zukunft jeder Bürger auch die Rohdaten, die über ihn
363 gespeichert sind, bei Unternehmen einsehen kann. Dabei wollen wir Freien
364 Demokraten zwischen den Rohdaten und ausgewerteten Daten unterscheiden. Die
365 Geschäftsgeheimnissen unterliegende Auswertung bleibt Eigentum des aus den

366 Rohdaten mehrwertschöpfenden Unternehmens und muss auch nicht an anfragende
367 Bürger weitergegeben werden.

368 Aktuell können die Privatschriften Dritter grundsätzlich ohne besonderen Grund
369 bei der Meldebehörde abgefragt werden, sofern kein Sperrvermerk vorliegt. Wir
370 wollen, dass die abfragende Person in Zukunft ein besonderes Interesse
371 nachweisen sein muss, wenn sie auf Daten der Meldebehörde zugreifen möchte.
372 Zugleich soll die abgefragte Person darüber informiert werden, wenn ihre Daten
373 abgefragt wurden.

374 **Recht auf Anonymität im öffentlichen und digitalen Raum**

375 Wir Freie Demokraten bekennen uns zum Recht auf Anonymität im digitalen und
376 öffentlichen Raum. Eine liberale Demokratie lebt von freier Entfaltung und
377 Meinungsäußerung. Anonymität, sowohl in der Öffentlichkeit als auch im Netz, ist
378 hierfür unverzichtbar.

379 Wir sprechen uns daher klar gegen eine anlasslose Überwachung durch Kameras aus.
380 Diese Schritte tragen allenfalls zur Verschiebung von Gefahrenschwerpunkten bei,
381 besitzen in der Regel aber nur Symbolcharakter und führen nicht zu einer
382 tatsächlichen Senkung der Kriminalitätsrate. Anlassbezogene, mit Personal
383 hinterlegte Videoüberwachung und unmittelbar folgendem polizeilichen
384 Einschreiten an Gefahrenschwerpunkten unterstützen wir. Vorrangig sollte jeweils
385 die tatsächliche Präsenz der Polizei gestärkt werden. Dies ist das wirksamste

386 **Mittel, um Kriminalität zu bekämpfen.**

387 Die anlasslose Überwachung unbescholtener Bürger auf digitalem Wege,
388 beispielsweise mittels einer anlasslosen Vorratsdatenspeicherung, lehnen wir
389 Freie Demokraten entschieden ab, da diese ein massiver und unverhältnismäßiger
390 Eingriff in die Privatsphäre ist und der Europäische Gerichtshof diese bereits
391 mehrfach für unvereinbar mit der Grundrechtecharta der EU erklärt hat.

392 Um die Anonymität im Netz – bspw. auch von Investigativ-Journalisten - zu
393 schützen, sind eine gesetzliche Klarnamenpflicht oder eine digitale
394 Ausweispflicht für uns Freie Demokraten ebenfalls keine Optionen.

395 **Recht auf Verschlüsselung**

396 Wir Freie Demokraten setzen uns für ein Recht auf Verschlüsselung von
397 elektronischer Kommunikation ein. Bei der Verschlüsselung von Daten und des
398 Netzverkehrs geht es um den Schutz des Eigentums, der Privatsphäre und der
399 Vertraulichkeit der Kommunikation. Jede Einschränkung des Einsatzes von
400 Kryptographie und jede Verpflichtung zum Offenhalten von IT-Sicherheitslücken,
401 etwa mittels Quellen-Telekommunikationsüberwachung (sog. „Staatstrojaner“)
402 lehnen wir daher ab. Einen Zwang zur Passwortherausgabe darf es eben so wenig
403 geben.

404 **Privates Feuerwerk in Bremen und Bremerhaven weiter ermöglichen**

405 Millionen von Familien sollen weiterhin verantwortungsvoll ihre jährliche
406 Silvestertradition begehen können. Wir Freien Demokraten lehnen daher ein Verbot
407 von Feuerwerk an Silvester ab. Die Erfahrung zeigt, dass die meisten schädlichen
408 Auswirkungen im Umgang mit Feuerwerk durch bereits heute illegale Böller

409 entstehen. Es ist zu befürchten, dass durch ein Verbot des legalen Feuerwerks
410 solche illegalen Böller mit einem hohen Gefährdungspotenzial stärker genutzt
411 werden.

412 **Für ein Waffenrecht mit Augenmaß**

413 Wir Freien Demokraten lehnen eine weitere Verschärfung des bereits sehr strengen
414 Waffenrechts in Deutschland ab. Die vielen Besitzerinnen und Besitzer von
415 legalen Schusswaffen gehen bereits heute sehr verantwortungsvoll mit ihren
416 Schusswaffen um. Gerade die Jägerinnen und Jäger leisten einen wichtigen Beitrag
417 für unser Ökosystem. Vielmehr muss die Durchsetzung der vorhandenen Vorschriften
418 verbessert werden. Hierzu müssen die Waffenbehörden und Kommunen besser
419 ausgestattet werden. Außerdem sollte in Zukunft im Lagebild explizit ausgewiesen
420 werden, ob eine Straftat mit einer legalen oder einer illegalen Waffe begangen
421 wurde.

422 **Kein Hund ist illegal - Sachkundenachweis statt Rasseliste im Hunderecht**

423 Wir Freien Demokraten befürworten ein Hundegesetz, welches die Gefahr im Umgang
424 mit allen Hunderassen berücksichtigt. Für die Sozialisierung, Tierschutzaspekte
425 und die Gefährlichkeit der Hunde für ihre Umgebung ist ihr jeweiliger Halter
426 verantwortlich. Auf der einen Seite kann ein den derzeit im Land
427 Bremen verbotenen Rassen zugehöriges Tier sehr wohl zu einem zuverlässigen und
428 sozialverträglichen Begleiter erzogen werden. Auf der anderen Seite kann ein
429 einer vermeintlich harmlosen Rasse angehöriges Tier zu einer Gefahr für alle und
430 auch sich selbst getrimmt werden. Ein Hundegesetz hat sich daher entsprechend
431 auf die Verantwortung des Halters und nicht die Rasse des Hundes zu fokussieren.

432 Ein Sachkundenachweis der Halterinnen und Halter über die Befähigung zum
433 artgerechten Halten und Führen von Hunden, bereits vor der Erstanschaffung eines
434 Hundes ist nach Ansicht von uns Freien Demokraten auch im Land Bremen notwendig.
435 Auf diese Weise wird nicht nur die Sicherheit unserer Bürger gefördert, sondern
436 auch der Tierschutz. Der Erwerb eines Sachkundenachweis ist, unter
437 Berücksichtigung der Belastung von Hundehaltern durch Hundesteuer und
438 Versicherung, möglichst kostengerecht und unbürokratisch zu gestalten.

439 **Klare Kante gegen Extremismus**

440 Die Zahl extremistisch motivierter Straftaten steigt im Land Bremen seit Jahren
441 an. Für uns als Freie Demokraten ist die freiheitlich-demokratische Grundordnung
442 nicht verhandelbar. Wir wollen die Demokratie im 360 Grad Winkel schützen, ohne
443 Scheuklappen auf der einen oder anderen Seite. Politischen Extremismus von
444 Rechts- bis Linksextremismus lehnen wir daher ebenso ab wie religiös oder
445 nationalistisch motivierten Extremismus. Ein besonderes Augenmerk ist auf die
446 zunehmende Verbreitung von Verschwörungsideologien zu legen, welche den
447 Nährboden für alle Formen des Extremismus legen können.

448 **Rechtsextremismus und Rassismus**

449 Die größte Gefahr für die Demokratie ist der Rechtsextremismus. Rechtsextreme
450 Vereinigungen müssen konsequent verboten werden. Die Beobachtung rechtsextremer
451 Gefährderinnen und Gefährder muss zügig intensiviert werden. Die Bremer
452 Sicherheitsbehörden müssen sich besser um den Schutz besonders gefährdeter

453 Gruppen und ihrer Einrichtungen kümmern. Für Menschen mit gefährlichen
454 rechtsextremen Einstellungen ist im öffentlichen Dienst kein Platz.

455 **Linksextremismus**

456 Den Anstieg linksextremer Straftaten in Bremen in den letzten Jahren beobachten
457 wir Freien Demokraten mit großer Sorge. Wir machen uns daher für ein
458 konsequenteres Vorgehen gegen linksextremistisch motivierte Kriminalität stark.
459 Dazu fordern wir zunächst von allen politischen und gesellschaftlichen Akteuren
460 ein, ihrer Verantwortung und Vorbildfunktion für Demokratie und Debattenkultur
461 gerecht zu werden und sich von linksextremistischen Bestrebungen, Aktionen und
462 Symbolen klar zu distanzieren. Allen Organisationen, die mit linksextremen
463 Gruppierungen kooperieren, sind staatliche Fördergelder zu streichen.
464 Darüber hinaus wollen wir ein sozialwissenschaftliches Forschungsprojekt zu den
465 Radikalisierungsprozessen im linken Milieu anregen. Die Beratungsstelle für
466 Aussteiger aus der linksextremistischen Szene in Bremen wollen wir ausbauen.

467 **Antisemitismus**

468 Für uns Freie Demokraten gehört jüdisches Leben selbstverständlich zu unserer
469 Kultur und wir erachten Jüdinnen und Juden als bereichernde Teile unserer
470 Gesellschaft. Wir wollen, dass das „Nie wieder!“ nicht bloß eine hohle Phrase
471 ist, sondern setzen uns aktiv gegen jede Art von Antisemitismus ein.
472 Dies beginnt mit der korrekten Erfassung antisemitischer Straftaten. Hierbei ist
473 zwischen Antisemitismus und dem linken, rechten und islamistischen Milieu zu
474 unterscheiden. Wir fordern, dass sich dies auch in der Statistik des
475 Verfassungsschutzberichts entsprechend widerspiegelt. Denn nur so können auch
476 zielgerichtete Präventions- und Aussteigerangebote geschaffen werden.
477 Wir fordern eine Meldepflicht für antisemitische Vorfälle an Schulen nach dem
478 Vorbild von u.a. Hessen, Berlin und Baden-Württemberg und folgen damit der
479 Forderung des Antisemitismus-Beauftragten des Bundes. Der Mechanismus dafür muss
480 behördlich organisiert und gebündelt werden, gleichzeitig müssen
481 die Hilfsangebote aber unbürokratisch und schnell abrufbar für die Schulen sein.
482 Wir setzen uns dafür ein, dass die Zusammenarbeit mit offen antiisraelischen und
483 antisemitischen Vereinen, Moscheen und Organisationen auf Stadt- und Landesebene
484 beendet wird und diese auch keine finanzielle Unterstützung mehr erhalten.
485 Aufrufe zur Zerstörung Israels und Hass gegen Jüdinnen und Juden wurzeln
486 oft hier und münden in antisemitischen Aufmärschen mit hunderten Teilnehmern.

487 **Islamismus**

488 Wir Freien Demokraten unterstützen Projekte, die Radikalisierungen im
489 islamistischen Bereich verhindern helfen und bereits Radikalisierten
490 Ausstiegsperspektiven bieten. Wir wollen das Aufklärungsangebot in Schulen
491 dahingehend ausweiten.
492 Moschee-Gemeinden, die den Terrorismus unterstützen, sind der Förderung durch
493 öffentliche Gelder zu entziehen. Als ultima ratio sind ggf. Vereinsverbote zu
494 prüfen.
495 Ein besonderes Augenmerk ist auf die Ausbildung von Imamen zu legen. An

496 staatlichen Universitäten sollte es vermehrt die Möglichkeit geben, eine
497 Imamausbildung auf dem Boden des Grundgesetzes abzulegen. Hiermit wollen wir
498 eine Alternative dazu schaffen, dass die Imamausbildung in einigen Fällen durch
499 ausländische Staaten beeinflusst werden kann. Dies hilft auch der großen
500 Mehrheit an Muslimen im Land Bremen, die die freiheitlich demokratische
501 Grundordnung respektieren und mit radikalen Ideologien nichts gemein haben.

502 **Integration und Flucht**

503 **Integration**

504 Wir Freien Demokraten sind der Auffassung, dass das Land Bremen der Aufgabe der
505 Integration, ausgehend von seiner Tradition und der Struktur der Bevölkerung,
506 gewachsen ist. Menschen mit Zuwanderungsgeschichte gehören seit Jahrhunderten zu
507 weltoffenen Städten wie Bremen und Bremerhaven. Wir wollen eine
508 Integrationspolitik, die Vielfalt begrüßt und daher Einwanderinnen und
509 Einwanderer einlädt, Teil unserer Gesellschaft zu werden, ihnen aber auch eine
510 eigene Integrationsleistung abverlangt. Sprach- und Integrationskurse
511 müssen daher vom ersten Tag an flächendeckend und kostenlos angeboten, aber auch
512 angenommen werden. Ziel der Integrationskurse muss es vor allem sein, den
513 Respekt vor unserer Rechtsordnung und Demokratie zu vermitteln, insbesondere die
514 Gleichheit von Frau und Mann, die Akzeptanz unterschiedlicher sexueller
515 Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten, sowie die Toleranz gegenüber
516 allen Formen des Glaubens und des Nichtglaubens. Zu einer gelungenen Integration
517 gehört auch eine höhere soziale und kulturelle Vielfalt in den Stadtteilen.

518 Damit sich gerade in sozial schwächeren Stadtteilen aufgrund geringerer
519 Wohnkosten keine ethnisch abgeschotteten Gemeinden bilden, fordern wir, dass
520 Sozial-, Bildungs- und Bauressort enger zusammenarbeiten, um auch mit den
521 Mitteln der Wohnungs- und Bildungspolitik eine höhere soziale und kulturelle
522 Vielfalt durch gezielte Gegenmaßnahmen zu erreichen. Ein wichtiger Baustein
523 hierfür sind besondere Fördermittel für Schulen in Stadtteilen mit einem hohen
524 Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund, aber auch ausreichend KiTa-Plätze.
525 Auch der öffentliche Wohnungsbau kann hierzu beitragen. Eine pauschale
526 Sozialquote lehnen wir in diesem Zusammenhang ab, da sie gerade in ohnehin schon
527 sozial geschwächten Stadtteilen zu einer weiteren Verschlechterung führt.

528 **Humanität und Ordnung für Flüchtlinge in Bremen**

529 Für uns Freie Demokraten ist das Grundrecht auf Asyl nicht verhandelbar. Wir
530 stehen zur historischen und humanitären Verpflichtung zur Aufnahme von
531 Asylsuchenden. Wir begrüßen die unbürokratische Aufnahme von Kriegsflüchtlingen,
532 beispielsweise aus der Ukraine. Wir fordern, dass bei Kriegsflüchtlingen
533 grundsätzlich ein unbürokratischer Aufenthalt für eine begrenzte Zeit
534 möglich ist. Besonders vulnerable Gruppen wollen wir besser schützen, damit
535 beispielsweise ankommende Frauen und Kinder nicht in die Hände von Kriminellen
536 geraten. An Bahnhöfen mit hohem Flüchtlingsaufkommen wollen wir daher die
537 Polizeipräsenz erhöhen und Schutzzonen einrichten.

538 Damit sich das Land Bremen auf die Aufgabe der Unterbringung und Betreuung von
539 Asylsuchenden und die Integration konzentrieren kann, wollen wir die Kompetenzen

540 von Bund und Ländern klarer trennen. Der Bund sollte für alle Fragen des
541 Schutzstatus und der Beendigung des Aufenthaltes einschließlich der Abschiebung
542 zuständig sein. Hierbei fordern wir eine lückenlose Registrierung
543 aller Ankömmlinge an der Grenze. Vollzugsdefizite darf es hier nicht geben.

544 Das Land Bremen beherbergt derzeit deutlich mehr unbegleitete minderjährige
545 Flüchtlinge, als es nach dem Königsteiner Schlüssel müsste. Hierdurch entstehen
546 Mehrkosten von ca. 27,5 Mio. Euro. Aus unserer Sicht ist es nicht
547 nachvollziehbar, wieso ausgerechnet Bremen als Haushaltsnotlageland
548 überproportionale Lasten tragen sollte. Wir fordern daher eine Umverteilung
549 unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge auf andere Bundesländer, bis die
550 nach dem Königsteiner Schlüssel erforderliche Zahl nicht mehr überschritten
551 wird. Zu einem geordneten Einwanderungsrecht gehört schließlich auch eine
552 konsequente Durchsetzung der Ausreiseverpflichtung durch Abschiebung, solange
553 weder Folter noch Todesstrafe drohen und die Schaffung von ausreichend
554 Abschiebehaftplätzen.

555 Justiz

556 **Justiz entlasten**

557 Wir Freie Demokraten machen uns dafür stark, dass die Justiz personell und
558 sachlich stets gut ausgestattet ist. Wir wollen daher zusätzliche Stellen für
559 Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte schaffen und
560 qualifiziertes Personal für den Dienst in der Bremer Justiz gewinnen.

561 Insbesondere bei der Staatsanwaltschaft besteht dahingehend dringender
562 Handlungsbedarf. Wir wollen die erhebliche Personallücke in der
563 Staatsanwaltschaft unter Zugrundlegung des Personalbedarfsberechnungssystems
564 (PEBB§Y) schnellstmöglich schließen. Hierzu ist die Vergütung und Besoldung
565 konkurrenzfähig auszugestalten.

566 Auch der Personalmangel in der Justizverwaltung ist durch die Bereitstellung
567 zusätzlicher Stellen zu beheben, damit sich Richterinnen und Richter und
568 Staatsanwältinnen und Staatsanwälte auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können.

569 In der Bundesregierung treiben wir zur Entlastung der Justiz die Legalisierung
570 von Cannabis voran. Die hierdurch freiwerdenden Kapazitäten sind dementsprechend
571 zur Verbesserung der PEBB§Y-Quote einzusetzen.

572 **Digitalisierung der Justiz**

573 Wir Freie Demokraten wollen die Digitalisierung der Justiz weiter vorantreiben.
574 Die digitale Kommunikation aller Verfahrensbeteiligten muss endlich zum
575 Regelfall werden. Wir wollen daher alle Gerichte und Staatsanwaltschaften in
576 Bremen bis zum Ende der kommenden Wahlperiode auf eine elektronische
577 Aktenführung umstellen und hierbei derzeit bestehende Medienbrüche, insbesondere
578 in der Zusammenarbeit mit allen Justiz- Polizei- und Verwaltungsbehörden, sowie
579 den rechtsberatenden Berufen möglichst umfassend beseitigen. Zu einer
580 konsequenten Digitalisierung der Justiz gehört auch die Sicherstellung der
581 erforderlichen Ausstattung aller Dienststellen mit IT-Technik und IT-Personal,
582 sowie die nötige Fortbildung der gesamten Mitarbeiterschaft. Ein besonderes
583 Augenmerk ist hier auf Datensicherheit und Cybersecurity zu legen. Mit Ausnahme

584 von Strafverfahren wollen wir auch die Möglichkeit der Online-Verhandlungen
585 stärken. Wir wollen die audiovisuelle Aufzeichnung von Verfahren ermöglichen.

586 **Beschleunigung von (Jugend-)Strafverfahren**

587 Wir Freien Demokraten wollen kriminelle Karrieren beenden, bevor sie entstehen.
588 Jugendkriminalität erfordert ein entschlossenes und aufeinander abgestimmtes
589 Handeln aller beteiligten Behörden, denn eine schnelle staatliche Reaktion auf
590 kriminelles Verhalten hat die höchste erzieherische Wirkung auf Täter und
591 Allgemeinheit und verhindert am effektivsten weitere Taten. Hierzu wollen wir
592 darauf hinwirken, dass in geeigneten Fällen vermehrt die Möglichkeiten
593 der Strafprozessordnung und des Jugendgerichtsgesetzes genutzt werden, um
594 beschleunigte Verfahren durchzuführen. Hierbei sollen geeignete Fälle von allen
595 beteiligten Stellen, also Polizei, Jugendgerichtshilfe, Staatsanwaltschaft und
596 Gericht, möglichst koordiniert und priorisiert bearbeitet werden. Hierbei werden
597 Verfahrensvereinfachungen genutzt, die das Jugendgerichtsgesetz ermöglicht,
598 wodurch geeignete Fälle ähnlich wie eine Haftsache beschleunigt behandelt werden
599 können. Ein Termin zur mündlichen Verhandlung des Falls soll
600 möglichst kurzfristig anberaumt werden. Verhandelt werden kann auch im Büro des
601 Richters und sogar ohne die Staatsanwaltschaft. Hierfür eignen sich Fälle, in
602 denen die Beweislage einigermaßen klar ist, etwa weil ein Geständnis vorliegt
603 oder weil wenige Zeugen ausreichen, um den Fall zu bewerten. Schwerere
604 Gewalttaten gegen Personen oder Fälle, die schwieriger aufzuklären sind, müssen
605 hingegen im Normalverfahren behandelt werden. Außerdem darf das Gericht in
606 vereinfachten Jugendverfahren im Urteil keine Jugendstrafe verhängen und den
607 Täter auch nicht in eine Erziehungsanstalt einweisen.

608 **Haus des Jugendrechts auch in der Stadt Bremen**

609 Um die Zusammenarbeit von Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendgerichtshilfe zu
610 verbessern, haben wir in Bremerhaven bereits ein „Haus des Jugendrechts“
611 eingerichtet. Ein solches wollen wir auch in der Stadt Bremen einrichten. Das
612 Haus des Jugendrechts fungiert als Koordinierungsstelle zwischen den beteiligten
613 Behörden und erleichtert damit das schnelle, priorisierte und aufeinander
614 abgestimmte Handeln aller beteiligten Behörden, (drohende) kriminelle Karrieren
615 von jungen Menschen möglichst wirksam und schnell zu beenden.

616 **Justizvollzug modernisieren**

617 Aus Tätern sollen keine Wiederholungstäter werden. Ziel des Justizvollzuges ist
618 daher ihre Resozialisierung. Diese kann nur gelingen, wenn genügend Personal in
619 den Justizvollzugsanstalten vorhanden ist. Wir fordern daher eine bessere
620 personelle Ausstattung des Bremer Justizvollzuges, um Täter aktiv bei der
621 Vorbereitung eines straffreien Lebens nach der Haft unterstützen zu können. Wir
622 wollen darüber hinaus Resozialisierungs- und Rückfallevaluationen durchführen, die
623 den Erfolg einzelner Maßnahmen rückblickend betrachten. Inhaftierte, die als
624 Gefährder eingestuft werden, sollten durch speziell auf die jeweilige Ideologie
625 geschulte Vollzugsbeamte betreut werden und nachweislich erfolgreiche
626 Deradikalisierungsmaßnahmen nutzen. Wenn möglich, sind Gefährder von für
627 Radikalisierung anfällige Gefangenen zu trennen.

628 **Bewährungs-App**

629 Wir wollen in Bremen eine Bewährungs-App einführen. Hiermit sollen zu einer
630 vorbehaltenen Geld- oder Bewährungsstrafe verurteilte, vorzeitig entlassene oder
631 unter Führungsaufsicht stehende Straftäterinnen und Straftäter Mitteilungen der
632 Behörden, insbesondere der Bewährungshilfe, erhalten und an Termine und/oder
633 gerichtliche Auflagen erinnert werden. Hierdurch können Menschen erreicht
634 werden, die z.B. wegen Wohnungslosigkeit auf postalischem oder telefonischem
635 Wege nicht oder nur eingeschränkt zu erreichen sind. Mit der Bewährungs-App kann
636 das häufig mit multiplen Problemlagen behaftete, schwer erreichbare Klientel
637 der Straffälligen zukünftig wirksam erreicht, rechtzeitig an ihre Aufgabe,
638 Termine und Pflichten erinnert und so deren Haft vermieden werden. Dadurch
639 sollen vermeidbare Bewährungswiderrufe (§§ 56f, 59b StGB) und damit für das Land
640 Bremen kostspielige Inhaftierungen vermieden werden.

641 **Reform der juristischen Ausbildung**

642 Wir Freie Demokraten wollen den Standort Bremen für angehende Juristinnen und
643 Juristen attraktiver machen, denn Bremen ist auf ausreichend qualifizierten
644 Nachwuchs angewiesen und steht hierbei im Wettbewerb mit anderen Bundesländern.

645 Hierzu wollen wir die juristische Ausbildung verbessern. Die Einführung eines
646 integrierten Bachelors (LL.B.) in das Jurastudium unterstützen wir. Außerdem
647 wollen wir das bereits in anderen Bundesländern erfolgreich eingeführte E-Examen
648 auch in Bremen für beide juristische Staatsexamina einführen. Die
649 Regelstudienzeit des Jurastudiums wollen wir an die durchschnittliche
650 Studiendauer (derzeit 11 Semester) angleichen, damit der Bafög-Anspruch nicht
651 kurz vor dem ersten Staatsexamen erlischt. Ein Verbesserungsversuch sollte auch
652 dann möglich sein, wenn man den sog. Freischuss nicht wahrgenommen hat. Die
653 Verwaltungsgebühren für den Verbesserungsversuch wollen wir abschaffen und damit
654 echte Chancengleichheit erreichen.

655 Die Zahl der Referendarplätze in Bremen wollen wir erhöhen, um qualifizierte
656 Juristinnen und Juristen nicht bereits nach dem ersten Staatsexamen nach
657 Niedersachsen zu verlieren. Darüber hinaus müssen Referendarinnen und
658 Referendare mehr finanzielle Unabhängigkeit erhalten. Die Unterhaltsbeihilfen
659 müssen hierzu deutlich angehoben und an das Richtergehalt gekoppelt werden (50
660 Prozent von R1), damit die Referendare gerade in Zeiten von Inflation nicht
661 weiterhin von der allgemeinen Lohnentwicklung abgeschnitten sind. Die
662 Zuverdienstgrenzen wollen wir streichen. Die Ausbildungsordnung des zweiten
663 Staatsexamens wollen wir flexibler und realitätsnäher gestalten. Zur besseren
664 Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen wir die Möglichkeit eines Teilzeit-
665 Referendariats einführen.

666 **Demokratie stärken Reform des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks**

667 Wir Freien Demokraten betrachten den Zustand des Öffentlich-Rechtlichen-
668 Rundfunks (im Folgenden: ÖRR) mit großer Sorge. Dieser befindet sich aktuell in
669 seiner wohl größten Vertrauenskrise seit seiner Gründung. Nach einer
670 repräsentativen Umfrage des Ipsos-Instituts sprechen sich nur 30% für den
671 Fortbestand des ÖRR in seiner aktuellen Form aus. Wenn jetzt nicht alle

672 beteiligten Akteure schnell und entschlossen handeln, ist die Zukunft des ÖRR
673 ernsthaft gefährdet. Diese Gefahr nehmen wir Freien Demokraten sehr ernst, denn
674 der ÖRR ist ein Kernbestandteil unseres dualen Mediensystems, das sich aus
675 unserer Sicht grundsätzlich bewährt hat. Hierbei soll der ÖRR die Aufgabe eines
676 unabhängigen, faktenbasierten Journalismus mit höchsten Qualitätsstandards
677 erfüllen. Gerade in Zeiten, in denen unsere Demokratie mit gezielten
678 Desinformationskampagnen durch autokratische Regime auf die Probe gestellt
679 wird, ist der ÖRR eine unverzichtbare Größe. Deshalb wollen wir Freien
680 Demokraten die demokratiestärkende Funktion des ÖRR weiter ausbauen.

681 Der ÖRR soll sich in Zukunft auf die für die Demokratie entscheidenden Aufgaben
682 konzentrieren: Information und Bildung. Unterhaltung wollen wir aus dem Auftrag
683 des ÖRR streichen. Im Bereich Sport soll sich der ÖRR in Zukunft auf regionale
684 Sportereignisse anstatt auf sportliche Großereignisse wie z.B. die WM in Katar
685 konzentrieren, die auch von privaten Anbietern angeboten werden können.

686 Wir wollen den ÖRR umstrukturieren und verschlanken. Der Unterhaltungsbereich
687 könnte nach unserer Vorstellung etwa in einen oder mehrere privatwirtschaftlich
688 geführte Fernsehsender überführt werden und sich dann im Wettbewerb mit den
689 Privatsendern behaupten. Doppel- und Mehrfachstrukturen sind abzubauen. Es
690 genügt in Zukunft ein bundesweiter linearer Fernsehsender und eine Mediathek.
691 Die Aufgaben zwischen regionalen und bundesweiten Inhalten sollen klarer
692 verteilt werden. Regionale Informationsangebote wie etwa butenunbinnen wollen
693 wir dabei stärken.

694 Als Freie Demokraten stehen wir für Meinungsvielfalt und fairen Wettbewerb.
695 Daher wollen wir der Wettbewerbsverzerrung zulasten privater Medienhäuser ein
696 Ende setzen und damit die Medien- und Meinungsvielfalt im Land Bremen erhalten.
697 Hierzu ist der Auftrag des Radio Bremen Gesetzes dahingehend zu schärfen, dass
698 sich die Ausspielung der Inhalte im Internet in Zukunft ausschließlich auf Audio
699 und Video konzentriert.

700 Der Rundfunkbeitrag ist mittels Auftrags- und Strukturreformen abzusenken.
701 Langfristiges Ziel muss sein, den ÖRR so weit zu verschlanken, dass der
702 Rundfunkbeitrag nicht mehr als 10€ im Monat betragen muss. Auszubildende,
703 Studierende, Freiwilligendienstleistende, freiwillig Wehrdienstleistende, sowie
704 Schülerinnen und Schüler wollen wir vom Rundfunkbeitrag befreien.

705 Die Gehalts- und Versorgungsstrukturen des ÖRR sind an das Niveau der
706 Privatwirtschaft anzugleichen.

707 Zudem soll der ÖRR demokratischer und transparenter werden. Wir wollen daher die
708 Zusammensetzung des Rundfunkrats ändern. Ein Teil der Mitglieder des
709 Rundfunkrats soll in Zukunft direkt von den Beitragszahlerinnen und -zahlern
710 gewählt werden, wie etwa bei der Handelskammer auch. Dies führt zu mehr
711 Sichtbarkeit des Rundfunkrats in der Bevölkerung, einer höheren Motivation der
712 Rundfunkratsmitglieder und einer höheren Qualität durch demokratischen
713 Wettbewerb. Ein weiterer Teil der Rundfunkratsmitglieder soll in Zukunft aus
714 unabhängigen Dritten bestehen, die die nötige fachliche Expertise einbringen.

715 **Magistratsreform**

716 Wir Freie Demokraten setzen uns weiter für eine Reform des Magistrats in
717 Bremerhaven ein. Damit wollen wir die demokratischen Strukturen in Bremerhaven
718 nachvollziehbarer machen. Wer regiert, soll auch den Magistrat stellen.
719 Wichtigste Punkte bleiben die Anpassung der Amtszeit der Magistratsmitglieder an
720 die Legislatur der Stadtverordnetenversammlung, der Verzicht auf die
721 Verpflichtung eines Volljuristen im Magistrat und der Verzicht auf
722 Ausschreibungen der Magistratsmitglieder. Auch auf
723 ehrenamtliche Magistratsmitglieder kann zukünftig verzichtet werden. Dadurch
724 werden die Regierenden gestärkt und die Spitzenkandidaten der Parteien streiten
725 um das Amt des Oberbürgermeisters. Auf der anderen Seite wollen wir auch die
726 Opposition stärken. Außerdem sollen Ausschüsse in Zukunft von Stadtverordneten
727 und nicht weiter von Magistratsmitgliedern geleitet werden. Sollte die
728 Magistratsreform scheitern, werden wir uns für die Direktwahl des
729 Oberbürgermeisters einsetzen.

730 **Direktwahl der Ortsamtsleiter**

731 Wir Freien Demokraten trauen den Menschen in unserem Bundesland zu, wichtige
732 Entscheidungen selbst zu treffen. Deshalb wollen wir auch ein Mehr an Demokratie
733 erreichen. Wir wollen daher die Direktwahl der Ortsamtsleiter in Bremen
734 einführen. Die Wahlperioden sollen sich an denen der Bürgerschaft orientieren.
735 Ziel ist eine Direktwahl bereits bei den nächsten Wahlen.

736 **Zurück zu den Parlamenten, weg von den Eigenbetrieben**

737 Wir Freien Demokraten wollen für die Politik in Bremen und Bremerhaven ein
738 Höchstmaß an Offenheit und Transparenz. Politik muss wieder dort stattfinden, wo
739 sie in einer Demokratie hingehört: Im Parlament. Entscheidungen müssen wieder in
740 der Bürgerschaft oder der Stadtverordnetenversammlung getroffen und anschließend
741 von der Verwaltung ausgeführt werden. Der Gesamtkonzern Bremen/Bremerhaven mit
742 seinen zahlreichen Eigenbetrieben, Gesellschaften und seiner Verwaltung muss
743 einer kritischen Betrachtung unterzogen werden. Die Zielsetzung hierbei muss es
744 sein, eine transparente, demokratische und kostengünstige Struktur zu erreichen.
745 In diesem Zuge muss auch überprüft werden, welche Aufgaben besser von der
746 Privatwirtschaft selbst und ohne Eingriffe durch den Staat erfüllt werden
747 können. Der Staat soll sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren. Dort, wo
748 weiterhin Gesellschaften bleiben, wollen wir als liberale Partei darauf
749 hinwirken, dass Fachleute in der Führung berücksichtigt werden.

750 **Mehr Praxiskompetenz in die Aufsichts- und Verwaltungsräte**

751 Bisher besetzen sowohl die Stadt als auch das Land Bremen sowie Bremerhaven die
752 Aufsichts- und Verwaltungsräte ihrer Gesellschaften hauptsächlich mit
753 Politikerinnen und Politikern sowie Fachbeamtinnen und Fachbeamten. Expertinnen
754 und Experten aus der Praxis sind eine Ausnahmerecheinung in den entsprechenden
755 Gremien. Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass in den Aufsichts- und
756 Verwaltungsräten zukünftig die Hälfte der durch die öffentliche Hand zu
757 besetzenden Sitze von Expertinnen und Experten aus der Praxis besetzt werden.

758 **Das Parlament stärken - wissenschaftlichen Dienst einrichten**

759 Die wichtigste Aufgabe der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) ist die Kontrolle

760 des Senats. Die Bremische Bürgerschaft als Institution sowie die Fraktionen in
761 der Bremischen Bürgerschaft müssen so ausgestattet sein, dass sie dieser
762 wichtigen Aufgabe für die Demokratie nachkommen können. Derzeit hat der Senat
763 auf Grund der vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen entscheidenden
764 Vorteil. Deshalb wollen wir den juristischen Dienst bei der Bremischen
765 Bürgerschaft stärken und ihn zu einem echten wissenschaftlichen Dienst ausbauen.

766 **Parlamentsrechte stärken – Ausschüsse statt Deputationen**

767 Wir Freien Demokraten wollen die Umwandlung der staatlichen und städtischen
768 Deputationen in echte Parlamentsausschüsse. Parlamentsausschüsse sind unabhängig
769 von der Verwaltung und daher besser zur Kontrolle der Senatspolitik geeignet. So
770 wollen wir Freien Demokraten alle Verwaltungsbereiche unter die volle
771 parlamentarische Kontrolle stellen.

772 **Parlamentsrechte stärken - mehr inhaltliche Arbeit in den Ausschüssen**

773 Die Ausschüsse und Deputationen in der Bremischen Bürgerschaft befassen sich so
774 gut wie nie mit politischen Anträgen von Opposition und Regierung. Das wollen
775 wir ändern. Wir setzen uns dafür ein, dass die Überweisung von Anträgen und
776 Gesetzen zum Regelfall wird. Eine Überweisung soll nur dann nicht stattfinden,
777 wenn dies mit einer Zweidrittelmehrheit abgelehnt wird oder dies die
778 antragstellende Fraktion verlangt.

779 **Stärkung von Beiräten und Stadtteilkonferenzen**

780 In Bremen bestehen demokratisch gewählte Beiräte in den Stadtteilen, während
781 Bremerhaven über gut organisierte, aktive Stadtteilkonferenzen und Bürgervereine
782 verfügt. Alle Vertreter wissen um die Probleme und Bedürfnisse der dort lebenden
783 Menschen und setzen sich engagiert für Veränderungen ein. Deshalb wollen wir
784 Freien Demokraten die Beiräte und Stadtteilkonferenzen stärken und sie früher
785 bei Entscheidungen in Angelegenheiten von Stadtteilentwicklung, Verkehr, Kultur
786 und Sozialem einbeziehen. Dazu gehört auch, dass wir die Identität der
787 Stadtteile mit entsprechendem Marketing ausbauen und in bevorstehende
788 Stadtmarketing-Maßnahmen einbinden werden.

789 **Mehr Transparenz durch Digitalisierung**

790 Bremen und Bremerhaven brauchen mehr Transparenz im politischen Handeln. Der
791 Verlauf und die Wirkung politischer Entscheidungen sind in unserem Zwei-Städte-
792 Staat oft nur sehr schwer zu erkennen. Wir Freien Demokraten treten aktiv dafür
793 ein, dass jede Bürgerin und jeder Bürger auf Entscheidungen in Stadt und
794 Bundesland Einfluss nehmen und diese auch nachvollziehen kann. Alle
795 demokratischen Akteure und Parteien – auch wir selbst – sind in der
796 Pflicht, hier mit gutem Beispiel voranzugehen.

797 Wir Freien Demokraten wollen daher die Beiratsarbeit digitaler, moderner und
798 transparenter machen. Bisher gibt es für interessierte Bürgerinnen und Bürger
799 nicht immer die Möglichkeit, gezielt nach Themen und Inhalten zu suchen, da die
800 öffentlich verfügbare Suchfunktion nicht in allen Ortsämtern gleichermaßen gut
801 gepflegt wird. Wir wollen daher ein einheitliches digitales Informations- und
802 Suchsystem zu Vorgängen aus der kommunalen Beiratsarbeit für alle Bremer
803 Bürgerinnen und Bürger einrichten. Gegebenenfalls sind den Ortsämtern hierzu

804 Mittel und Personal zur Verfügung zu stellen. Transparenz und Demokratie sollten
805 uns etwas wert sein. Dass moderne, transparente Beteiligung und Information über
806 kommunale Vorgänge möglich wäre, zeigen etliche positive Beispiele von
807 Ratsinformationssystemen aus vielen Kommunen Deutschlands, in denen dies
808 bereits Standard ist.

809 **Geloste Bürgerforen für Bremerhaven**

810 Wir Freie Demokraten bekennen uns zur repräsentativen Demokratie. Die zentralen
811 Orte der Diskussion und Entscheidung sind unsere Parlamente – in Bremerhaven die
812 Stadtverordnetenversammlung. Auch die repräsentative Demokratie gewinnt aber
813 durch neue Instrumente der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger außerhalb von
814 Wahlen. Deswegen wollen wir mehr Bürgerbeteiligung unter anderem durch die
815 Schaffung von per Losverfahren besetzten Bürgerforen, die thematisch oder
816 stadtteilbezogen die Stadtverordneten beraten. Stets muss dabei
817 unmissverständlich klargestellt sein, dass nur die Stadtverordnetenversammlung
818 als demokratisch gewähltes Stadtparlament legitimierte Entscheidungen trifft.
819 Deswegen ist der Beratungsauftrag der Bürgerforen klar einzugrenzen und die
820 Erwartungen sind klar zu definieren.

821 Wir Freien Demokraten sehen den Mehrwert von Bürgerforen darin, dass Bürgerinnen
822 und Bürger sich sachlich mit Vorhaben befassen und die eigene Urteilskraft
823 verbessern. Stadtverordnete werden durch die Einschätzungen, Erfahrungen und
824 Ideen der gelosten Mitglieder des Bürgerforums besser informiert. Die Begegnung
825 und direkte Auseinandersetzung mit Anderen macht Demokratie erlebbar und bindet
826 durch das Losverfahren Menschen ein, die sich vielleicht nicht von sich aus am
827 politischen Prozess beteiligen.

Antrag 009: Kapitel 9: Soziales und Inklusion

Antragsteller*in:	Landesvorstand Bremen (LV Bremen)
Status:	zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Für ein tolerantes und weltoffenes Land Bremen**

2 Liberal zu sein bedeutet für uns Freie Demokraten, tolerant zu sein. Wir Freie
3 Demokraten treten daher für eine Gesellschaft ein, in der jeder Mensch
4 unabhängig von Herkunft, Aussehen, Religion, geschlechtlicher und sexueller
5 Identität oder politischen Ansichten frei leben und sich frei äußern kann.
6 Menschenrechte, Meinungsfreiheit und der Schutz von Minderheiten sind für unser
7 Zusammenleben unverzichtbar. Daher fordern wir gleiche Freiheitsrechte für alle
8 Menschen im Land Bremen.

9 **Freiheitsrechte von LGBTQIA+ stärken**

10 Wir Freie Demokraten fordern eine Null-Toleranz-Politik gegen Diskriminierung
11 von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen/Transgender-, queeren,
12 intersexuellen und asexuellen Menschen und allen weiteren Sexualitäten und
13 Geschlechtern (im Folgenden: LGBTQIA+). Hierzu sollen staatliche, kirchliche und

14 andere nicht-staatliche Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger für
15 Toleranz und Akzeptanz sensibilisiert werden. Zudem soll zusätzliche
16 Präventivarbeit in Schulen, Erziehungs-, Bildungs- und öffentlichen
17 Freizeiteinrichtungen stattfinden. In Schulen soll die technische
18 Möglichkeit zur Verwendung pädagogischer Namen eingeführt werden, die nicht dem
19 standesrechtlichen Namen entsprechen müssen.

20 Gewalt gegen LGBTQIA+ gilt es zu verhindern und wenn sie auftritt, konsequent zu
21 verfolgen. Dies gilt nicht nur für körperliche Gewalt, sondern insbesondere auch
22 für Hasskriminalität in Form von Beleidigung, Volksverhetzung und ähnlicher
23 Delikte. Solche Straftaten sollen auch entsprechend in der Statistik als LSBTI-
24 feindliche Taten aufgeführt werden. Wir Freien Demokraten wollen genügend
25 Anlaufstellen und Schutzwohnungen für LGBTQIA+-Menschen schaffen. Durch gut und
26 bedarfsgerecht ausgestattete Hilfestellen wollen wir Gewaltprävention in allen
27 Stadtteilen Bremens und Bremerhavens ermöglichen. Dies gilt insbesondere für
28 sozial schwierige Stadtteile.

29 Wir Freien Demokraten wollen ein buntes und vielfältiges Stadtbild, welches auch
30 von der bunten und vielfältigen Bevölkerung in Bremen und Bremerhaven geprägt
31 werden soll. Die Sichtbarkeit der LGBTQIA+-Community wollen wir durch die
32 Förderung von „Community-Spaces“, welche öffentlichkeitswirksam Raum für die
33 freie Entfaltung einer weltoffenen LGBTQIA+-Kultur bieten, erhöhen. Das
34 politische Engagement von LGBTQIA+ wollen wir fördern, indem
35 Interessensvertretungen und Selbstorganisation für eine Förderung von LGBTQIA+-
36 Rechten von den Freien Demokraten ideell unterstützt werden.

37 **Staatskirchenrecht zu Religionsverfassungsrecht weiterentwickeln**

38 Langfristig wollen wir Freie Demokraten das Staatskirchenrecht zu einem
39 Religionsverfassungsrecht weiterentwickeln. Es soll einen passenden rechtlichen
40 Status bieten für alle Religionsgemeinschaften, die das Gleichheitsgebot und die
41 Glaubensvielfalt, die Grundrechte sowie die Selbstbestimmung ihrer Mitglieder
42 anerkennen.

43 **Gleichberechtigung für Frauen, Familien und Jugendliche Gleichberechtigung**

44 Wir Freien Demokraten setzen uns für die Gleichberechtigung aller Geschlechter
45 ein. Jeder Mensch hat das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben mit einem
46 individuellen Lebensentwurf. Wer seinen eigenen individuellen Lebensentwurf
47 finden und leben will, der braucht alle Angebote: Von flexibler Kinderbetreuung
48 über Ausbildung in Teilzeit bis zu modernen Arbeitsformen. Der Staat hat die
49 Aufgabe, die Gleichberechtigung durch die Bereitstellung gerechter Chancen
50 sicherzustellen. Frauen verdienen immer noch weniger als Männer. Wir Freien
51 Demokraten begrüßen unbürokratische Methoden, die zur Transparenz der Lohnlücke
52 beitragen.

53 **Alleinerziehende stärken**

54 Alleinerziehende verdienen eine bessere Unterstützung. Wir Freien Demokraten
55 wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Dazu zählt eine
56 verlässliche Kinderbetreuung in allen Altersgruppen. Dazu werden wir unter
57 anderem eine Fachkräfteoffensive starten. Zudem werden wir uns dafür einsetzen,

58 dass Alleinerziehende und Familien mit Kindern unter anderem eine niedrigere
59 Abgabenlast haben. Als Freie Demokraten fordern wir eine konsequente Eintreibung
60 der Unterhaltsvorschüsse durch das Land Bremen. Im Moment sind es nur 6 Prozent,
61 die von nicht zahlenden Elternteilen eingetrieben werden. Diese Quote muss
62 deutlich erhöht werden.

63 Derzeit sind über 91 Prozent der Alleinerziehenden im Land Bremen Frauen. Fast
64 die Hälfte der Alleinerziehenden ist ohne Arbeit und 75 Prozent haben keinen
65 Berufsabschluss. Wir starten eine Qualifizierungsoffensive, damit bisher
66 unzureichend qualifizierte Menschen in den Arbeitsmarkt einsteigen können.

67 **Frauen in Arbeit und Ausbildung**

68 Wir Freie Demokraten wollen allen Frauen die Möglichkeiten eröffnen, einer
69 Beschäftigung nachzugehen, um selbstbestimmt leben zu können. Für uns Freie
70 Demokraten ist klar, dass die Gesellschaft nicht auf die Leistungen von Frauen
71 verzichten kann. Um Kinder und Beruf in Einklang bringen zu können, müssen
72 alternative Ausbildungsmodelle entwickelt werden, z.B. die Modulare Ausbildung
73 oder Teilzeitqualifikationen, und dies möglichst unter Einbeziehung der
74 Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber. Bei allen Ausbildungs- und
75 Qualifizierungsmaßnahmen ist die Kinderbetreuung unbedingt mitzudenken: Es darf
76 nicht mehr sein, dass Eltern eine Weiterbildungsmaßnahme nicht antreten können
77 oder abbrechen müssen, weil die Kinderbetreuung nicht gewährleistet
78 ist. Deswegen begrüßen wir die kürzlich in Bremen und Bremerhaven eingerichteten
79 Kita-Angebote für Jobcenterkundinnen und -kunden.

80 Wir wollen das Land Bremen zum Vorzeigebundesland für die Vereinbarkeit von
81 Beruf und Familie in Deutschland machen. Dazu gehört neben der Verbesserung der
82 Kinderbetreuung auch das Thema „Arbeit der Zukunft“. Bei den Arbeitgebern wollen
83 wir für mehr Flexibilität bei den Arbeitszeiten und dem Arbeitsort werben. Dabei
84 müssen das Land Bremen, seine Kommunen sowie die Eigenbetriebe mit gutem
85 Beispiel vorangehen. Wir Freien Demokraten unterstützen Unternehmen, die ihren
86 Angestellten Weiterbildungsangebote anbieten.

87 Eine Stärkung der Sozial- und Gesundheitsberufe ist für uns ein zentrales
88 Anliegen, nicht nur weil hier bisher vorrangig Frauen tätig sind. Dafür bedarf
89 es flexibler Arbeitszeiten, ausreichend Ausbildung in allen Gesundheitsberufen
90 und angemessener Kinderbetreuung.

91 **Frauen und Wissenschaft**

92 Wir Freien Demokraten begrüßen die Förderungen von Frauen im wissenschaftlichen
93 Bereich, insbesondere im Bereich Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und
94 Technik. Ebenso begrüßen wir die Förderung von Frauen in Führungspositionen im
95 wissenschaftlichen Bereich. Unser Ziel ist es, eine
96 geschlechtergerechte Besetzung von wissenschaftlichen Positionen.

97 **Frauenspezifische Gesundheit**

98 Im Bereich der frauenspezifischen Gesundheit sehen wir Freie Demokraten einen
99 großen Nachholbedarf. Es ist erwiesen, dass die Forschung in der Medizin primär
100 auf das männliche Geschlecht ausgerichtet ist. Insbesondere bei neurologischen
101 und die Entwicklung betreffenden Erkrankungen wie Autismus und ADHS/ADS kommt es

102 so häufig zu Fehldiagnosen. Wir Freien Demokraten fordern daher, dass nicht
103 nur mehr Frauen in der Wissenschaft forschen, sondern auch, dass die Forschung
104 in Bezug auf Medizin und Psychologie mehr auf die frauenspezifische Gesundheit
105 ausgerichtet wird. Wir freuen uns, wenn daran in Bremen und Bremerhaven an
106 Hochschulen und Kliniken geforscht wird.

107 Zudem fordern wir Freie Demokraten, dass frauenspezifischen Erkrankungen mehr
108 Aufmerksamkeit geschenkt wird. Bessere Aufklärung und Prävention von
109 frauenspezifischen Krebserkrankungen wie Brustkrebs oder Gebärmutterhalskrebs
110 kann Leben retten. Wir wollen, dass mehr Gynäkologen und Gynäkologinnen in
111 Bremen und Bremerhaven arbeiten. Außerdem fordern wir eine kostengünstige,
112 unbürokratische, unkomplizierte und krankenkassenunabhängige psychologische
113 Beratung für alle Frauen, die an einer akuten gynäkologischen Krebserkrankung
114 leiden.

115 Endometriose ist ebenfalls eine frauenspezifische Erkrankung, die sozial wenig
116 Akzeptanz erfährt. Dies wollen wir ändern. Endometriose ist die zweithäufigste
117 gynäkologische Erkrankung bei Frauen. Frauen mit Endometriose erleben einen
118 hohen Leidensdruck. Endometriose und das damit verbundene Leid erfordert
119 deutlich mehr Akzeptanz in unserer Gesellschaft, vor allem auch im beruflichen
120 Alltag. Wir begrüßen, dass die Forschungsgelder für Endometriose vom Bund erhöht
121 wurden. Wir wollen, dass sie bedarfsgerecht steigen. Wir sehen es als positiv
122 an, wenn hieran an Bremer und Bremerhavener Kliniken geforscht wird. Außerdem
123 fordern wir, dass die Krankenkassen im Falle einer Endometrioseerkrankung die
124 notwendigen Therapien wie operative Eingriffe und Medikamente für die
125 Betroffenen vollständig übernehmen. Zudem fordern wir, dass die Stadt Bremen
126 sich für die Errichtung eines Endometriosebehandlungszentrums vor Ort einsetzt.

127 Für eine Frau ist es sehr belastend, wenn sie eine Fehlgeburt erleidet. Wir
128 fordern daher eine vom Frauenarzt oder der Frauenärztin empfohlene psychische
129 Unterstützung sowie ausführliche Aufklärungskampagnen über die psychische
130 Belastung durch Fehlgeburten.

131 **Gewalt gegen Frauen und Istanbul-Konvention**

132 Gewaltdelikte gegen Frauen haben 2020 und 2021 kontinuierlich zugenommen. Da
133 Frauen immer häufiger Opfer von häuslicher Gewalt werden, brauchen sie
134 besonderen Schutz. Dazu gehören auch ausreichend Schutzunterkünfte für Frauen
135 inklusive geflüchteter Frauen und Frauen mit Kindern, in denen Frauen im Notfall
136 sofortigen Wohnraum und psychologische Betreuung erhalten. Deswegen wollen wir
137 insbesondere in der Stadt Bremen die Wohnkapazitäten in besserer Qualität
138 erhöhen. Für die Schutzunterkünfte braucht es genügend psychologisches
139 Betreuungspersonal, um Betroffenen von häuslicher Gewalt den bestmögliche Hilfe
140 zu bieten.

141 Wir begrüßen den Landesaktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention und
142 achten darauf, dass eine konsequente und zügige Umsetzung der dort erwähnten
143 Punkte vollumfänglich und qualitativ hochwertig stattfindet. Dies schließt unter
144 anderem den Aspekt "Digitale Gewalt gegen Frauen" ein. Dazu gehören
145 Cyberstalking, Cybermobbing, Bedrohung, das sogenannte „Upskirting“ und jegliche
146 Taten, die im digitalen Raum begangen werden. Wir wollen die Forschungsgelder

147 bereitstellen, um ein Strategie- und Präventionskonzept gegen Digitale Gewalt zu
148 entwickeln. Zudem fordern wir, dass für Betroffene von digitaler Gewalt eine
149 Beratungsstelle mit geschultem Fachpersonal eingerichtet wird. Außerdem müssen
150 Lehrkräfte speziell auf das Erkennen digitaler Gewalt geschult werden.

151 Wir unterstützen das Vorhaben, eine gut erreichbare Gewaltschutzambulanz (GSA)
152 am Klinikum Bremen Mitte einzurichten. Diese soll als zentrale Anlaufstelle für
153 Betroffene von sexualisierter/häuslicher Gewalt dienen. Wir begrüßen, dass in
154 weiteren Stadtteilen Bremens, inklusive Bremen-Nord und in Bremerhaven,
155 zusätzliche Traumaambulanzen eingerichtet werden, die mit der GSA kooperieren,
156 so dass eine flächendeckende Betreuung und Versorgung von Betroffenen gezielt
157 erfolgen kann.

158 **Zukunftswerkstatt Jugend Bremerhaven**

159 Wir Freie Demokraten wollen, dass es in Bremerhaven weiterhin ein vielfältiges
160 und hochwertiges Angebot für Jugendliche gibt. Das Angebot wird von der Stadt
161 selbst, von Vereinen, von Kirchen, von gewerblichen Anbietern und weiteren
162 Institutionen und Einrichtungen gestellt.

163 Ob die bisherigen Strukturen noch aktuell sind oder ob sie verändert werden
164 müssen, sollte die Politik mit den Jugendlichen und jungen Erwachsenen
165 gemeinsam diskutieren und entscheiden und so ein zukünftiges Angebot erarbeiten.

166 Nach Vorbild der Zukunftswerkstatt Kultur wollen wir Freie Demokraten, dass ein
167 Zukunftskonzept Jugend erstellt wird. Unser Ziel ist die Abstimmung eines
168 Angebots zwischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen, öffentlichen, privaten
169 und freien Trägern im Bereich der Jugendarbeit, der Sportanbieter, der
170 Jugendkultureinrichtungen, der allgemeinbildenden und der beruflichen Schulen
171 sowie der Hochschule, der Politik, dem Jugendparlament und der Verwaltung.

172 **Kinderspielplätze und öffentliche Sportplätze kontinuierlich verbessern**

173 Spielplätze und öffentliche Sportplätze sind für viele Kinder oft der einzige
174 Ort, auf denen sie unter freiem Himmel spielen können. Außerdem sind sie auch
175 ein Platz für Treffen und Austausch zwischen jungen Familien. Damit das auch
176 weiterhin attraktiv bleibt, haben wir in Regierungsverantwortung in Bremerhaven
177 ein Kinderspielplatzsanierungsprogramm aufgelegt, um kontinuierlich die
178 notwendigen Instandhaltungen durchzuführen. Dieses Programm wollen wir in Bremen
179 und Bremerhaven fortsetzen, um öffentliche Sportplätze erweitern und auch die
180 Ausweitung von Spielplätzen, inklusive des Spielparks Leherheide, mit neuen
181 Spielgeräten ermöglichen. So werden wir die Spielplätze und öffentliche
182 Sportplätze für die Kinder in Bremen und Bremerhaven noch attraktiver machen.

183 **Chancen für Seniorinnen und Senioren**

184 **Miteinander der Generationen**

185 Wir Freien Demokraten setzen uns für ein gutes Miteinander der Generationen ein
186 und wollen jeder Bürgerin und jedem Bürger auch im Alter ermöglichen,
187 selbstbestimmt zu leben. Dazu gehört für uns, die soziale Teilhabe älterer
188 Menschen fördern, dass wir uns stärker für das ehrenamtliche Engagement von
189 Senioren einsetzen und für eine konsequente Barrierefreiheit im öffentlichen
190 Raum sorgen.

191 Die meisten Menschen wünschen sich, möglichst lange in den eigenen vier Wänden
192 wohnen zu können. Wir Freie Demokraten wollen innovative Wohnformen,
193 Mehrgenerationenhäuser und Senioren-Wohngemeinschaften sowie die Selbst-,
194 Familien- und Nachbarschaftshilfe unterstützen. Der Wohnungsbau muss in eine
195 altersgerechte und barrierefreie Stadtentwicklungsplanung eingebunden sein.
196 Durch soziale Teilhabe und Partizipation am gesellschaftlichen und kulturellen
197 Leben kann die Lebensqualität und Gesundheit älterer Menschen maßgeblich
198 gestärkt werden. Dazu brauchen Bremen und Bremerhaven geeignete Begegnungs- und
199 Aufenthaltsorte, attraktive Freiflächen und Freizeitangebote.

200 Insbesondere ältere Menschen mit körperlichen oder geistigen Einschränkungen
201 sind auf vielfältige Unterstützung bei der sozialen Teilhabe angewiesen. Es gilt
202 Wege und Angebote zu etablieren, um auch für diese Menschen die soziale Teilhabe
203 zu fördern und ihrer Vereinsamung und dem Ausgeschlossensein aus der
204 Gemeinschaft entgegenzuwirken. Wir unterstützen das Modellprojekt der
205 präventiven Hausbesuche als aufsuchende Arbeit, um jene Menschen zu erreichen,
206 die von sich aus nicht den Weg zu einer Beratungseinrichtung finden.

207 In allen Einrichtungen, in denen Seniorinnen und Senioren leben und
208 zusammentreffen, ist flächendeckend WLAN zur Verfügung zu stellen. Daneben
209 sollen digitale Schulungen in Senioren- und Pflegeeinrichtungen durchgeführt
210 werden. Die Kosten hierfür sollen in den Heimkosten integriert sein. Auch andere
211 entsprechende Bildungsangebote für Seniorinnen und Senioren sollen ausgebaut und
212 weiterentwickelt werden. Die Nutzung digitaler Anwendungen darf weder an
213 fehlender technischer Ausstattung noch an fehlenden Kenntnissen und Fähigkeiten
214 scheitern.

215 **Ehrenamtliches Engagement von Seniorinnen und Senioren**

216 Viele ältere Bürgerinnen und Bürger möchten nach dem Ausscheiden aus dem aktiven
217 Arbeitsleben ihre Fähigkeiten und ihre Erfahrungen der Stadtgesellschaft zur
218 Verfügung stellen. Sie wollen der Gemeinschaft etwas „zurückgeben“. Diese
219 Bereitschaft ist aufzunehmen und es sind vielfältige Gelegenheiten
220 zum freiwilligen Engagement älterer Menschen zu schaffen. Wir wollen das
221 bürgerschaftliche Engagement älterer Menschen unterstützen und sie auch dazu
222 ermutigen, sich neue Tätigkeits- und Wissensfelder zu erschließen. Vieles in
223 unserer Gesellschaft würde ohne das ehrenamtliche Engagement zahlreicher
224 Senioren nicht funktionieren. Wir Freien Demokraten schätzen und unterstützen
225 dieses Engagement und wollen daher den ehrenamtlichen Einsatz von Senioren
226 anregen und fördern. Wir streben außerdem an, dass ältere Menschen ihre Lebens-
227 und Berufserfahrung durch ehrenamtliche Aufgaben an die nachfolgenden
228 Generationen weitergeben können.

229 **Betreutes Wohnen im Alter**

230 Wir Freie Demokraten wollen Wohn- und Betreuungsangebote für Senioren und
231 Seniorinnen fördern, die auf ein selbstbestimmtes Leben unter der nötigen
232 Betreuung setzen. Diese Wohnangebote bieten durch gegenseitige Unterstützung der
233 Bewohnerinnen und Bewohner, ergänzt durch professionelle Betreuung, eine
234 Alternative zu Heimen an. Dadurch sind sie nicht nur kostengünstiger für die

235 Menschen selbst, sondern entlasten Angehörige, Pflegeeinrichtungen und
236 Pflegekassen. Denn viele ältere Menschen benötigen im Alter zwar Hilfe
237 im Alltag, oft jedoch noch keine umfassende Pflege.

238 **Inklusive Gesellschaft Selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderung**

239 Wir Freien Demokraten wollen, dass Menschen mit Handicaps eigenständig und
240 selbstbestimmt leben können - so weit wie individuell möglich und von den
241 Betroffenen selbst gewünscht. Ziel ist eine echte inklusive Gesellschaft, damit
242 eine möglichst uneingeschränkte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen im
243 alltäglichen Leben ermöglicht wird. Wir wollen für jeden Menschen mit
244 Behinderung einen möglichst hohen, nach individuellen Fähigkeiten erreichbaren
245 Bildungsabschluss. Wir wollen, dass Menschen mit Behinderung eine individuelle,
246 sozialpädagogische Förderung bekommen.

247 Die Barrierefreiheit ist nicht nur baulich, sondern auch in Dokumentation
248 und Kommunikation der öffentlichen Stellen im Land Bremen umzusetzen.

249 Für gehörlose Menschen ist die Gebärdensprache ihre eigene Sprache mit eigener
250 Kultur, die vermehrt an Bremer Schulen gelehrt werden und als vollwertige
251 Sprache anerkannt werden sollte.

252 **Barrierefreiheit**

253 Wir Freien Demokraten setzen uns für die Barrierefreiheit im öffentlichen Raum
254 rein. Diese ist insbesondere für Menschen mit Einschränkung und Behinderung,
255 ältere Menschen und Familien mit Kindern erforderlich. Viele Bereiche in Bremen
256 und Bremerhaven, zum Beispiel der Bereich um den Bremer Hauptbahnhof, wollen wir
257 barrierefreier gestalten. Gehwege und Bürgersteige müssen so instandgehalten
258 werden, dass Menschen in Rollstühlen, Eltern mit Kinderwagen oder Menschen mit
259 Gehhilfen sie gefahrlos nutzen können. Ebenso müssen Toiletten im öffentlichen
260 Raum in ausreichender Anzahl barrierefrei sein. Dazu wollen wir barrierefreien
261 Wohnraum stärker fördern.

262 Wir fordern auch den Ausbau der Barrierefreiheit in Dokumentation und
263 Kommunikation. Alle Dokumente und Kommunikationswege zu Behörden im Land Bremen
264 wollen wir barrierefrei. Privatwirtschaftliche Angebote wollen wir auf dem Weg
265 in die Barrierefreiheit unterstützen.

266 **Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung**

267 Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, auf die jeweiligen Bedürfnisse
268 abgestimmte Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen zu
269 schaffen. Betriebe, die Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen zur
270 Verfügung stellen, sollen zukünftig besser beraten und durch gezielte Maßnahmen
271 unterstützt werden. Dazu wollen wir Freie Demokraten eine gezielte
272 außerschulische Förderung, um Menschen mit einer Behinderung auf die Arbeitswelt
273 vorzubereiten und je nach individuellen Möglichkeiten in den ersten Arbeitsmarkt
274 zu integrieren. Zudem bedarf es einer besseren Beratung und Arbeitsvermittlung
275 für Menschen mit Behinderung. Die Arbeitsvermittlung sollte begleitend und
276 praxisnah erfolgen. Das Budget für Arbeit werden wir stärken.

277 Beschäftigte in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung bilden ein großes

278 und zu wenig berücksichtigtes Potenzial für den Arbeitsmarkt und unsere
279 Gesellschaft. Deshalb wollen wir ihre Chancen auf eine reguläre Beschäftigung
280 verbessern, indem die Werkstätten stärker als bisher das Ziel verfolgen, die
281 Menschen erfolgreich auf den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln.

282 **Aktivierende Hilfe für Menschen mit Behinderung**

283 Wir brauchen individuelle, menschnahe und unbürokratische Hilfe für Menschen
284 mit Behinderung. Insbesondere sollten in erster Linie die Menschen und nicht die
285 Behinderung gesehen werden. Eine Behinderung kann sehr unterschiedlich
286 ausgeprägt sein. Daher müssen die Hilfen individuell abgestimmt sein. Dafür
287 brauchen wir, eine bessere Organisation von Förderung und Hilfen in Bremen und
288 Bremerhaven. Eine angemessene Förderung durch Institutionen, die sich
289 ausschließlich um Menschen mit Behinderungen kümmern, wird auch zukünftig
290 notwendig bleiben und muss finanziell entsprechend ausgestattet sein.

Antrag 010: Kapitel 10: Gesundheit und Pflege

Antragsteller*in:	Landesvorstand Bremen (LV Bremen)
Status:	zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Gesundheit**

2 **Medizinische Nahversorgung**

3 Wir Freien Demokraten setzen uns auch weiterhin dafür ein, dass allen Menschen
4 in unseren Städten im Krankheitsfall eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe
5 Versorgung erhalten bleibt. Alle sollen vom medizinischen Fortschritt
6 profitieren, unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten, ihrer persönlichen
7 Lebenslage, ihrem gesundheitlichen Risiko, ihrem Alter, ihrer Herkunft, sowie
8 sprachlichen Barrieren. Es bleibt eine der zentralen Aufgaben von Senat und
9 Magistrat, die dafür notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

10 Insbesondere setzen wir uns dafür ein, dass eine ausreichende hausärztliche und
11 fachärztliche Versorgung in allen Stadtteilen Bremens und Bremerhavens
12 sichergestellt ist. In manchen Stadtteilen existiert aktuell ein Mangel an
13 hausärztlichen und fachärztlichen Praxen. Das wollen wir zwingend ändern, sodass
14 insbesondere nicht mobile Patienten und Patientinnen eine wohnortnahe ärztliche
15 Versorgung erhalten. Wir wollen den vorhandenen Aufnahmestopps in Arztpraxen
16 entgegenwirken, da dies sowohl für Angestellte und Patientinnen und Patienten
17 belastend ist. Wir fordern, dass die kassenärztliche Vereinigung ihrem Auftrag
18 gerecht wird und Bremen und Bremen kleinteilig beplant und die Versorgung
19 sicherstellt. Deswegen wollen wir, dass sie gemeinsam mit dem Gesundheitsressort
20 einen Versorgungsplan erarbeitet, so dass die ungleiche Versorgung
21 mit Arztpraxen ausgeglichen wird.

22 Der hausärztliche und zahnärztliche Notdienst soll in allen Stadtteilen Bremens
23 kontinuierlich ausgebaut werden. Wir wollen, dass der augenärztliche Notdienst
24 in Bremen, Bremen-Nord und Bremerhaven angemessen ausgeweitet wird, damit

25 Patienten und Patientinnen eine Versorgung erfahren, um möglichst in ihrer Stadt
26 eine Versorgung zu erhalten.

27 **Erhalt der ambulanten Versorgung**

28 Ambulante Operationen in Kooperation mit niedergelassenen Ärzten und Ärztinnen
29 sind für viele Patienten und Patientinnen eine bessere Option als stationäre
30 Eingriffe, da die Erholungsphase zu Hause erfolgen kann. In den letzten Jahren
31 hat sich die Medizin im ambulanten Bereich erheblich weiterentwickelt. Daher
32 achten wir Freien Demokraten darauf, dass bei einem Einstieg oder Ausbau der
33 Kliniken in die ambulante Versorgung die wohnortnahe ärztliche Versorgung durch
34 freiberufliche Ärztinnen und Ärzte erhalten bleibt.

35 Wir unterstützen dabei den Ausbau von medizinischen Versorgungszentren, die von
36 dort arbeitenden Ärztinnen und Ärzten betrieben werden, genauso wie den
37 Aufbau städtischer und frei-gemeinnütziger Medizinischen Versorgungszentren
38 (MVZs) in Stadtteilen, in denen Versorgungslücken anders nicht zu schließen
39 sind.

40 **Krankenhäuser im Land Bremen**

41 Wir Freie Demokraten fordern eine längst überfällige grundlegende Bedarfsplanung
42 der Krankenhäuser im Land Bremen, die auch eine Abstimmung der Bremer Kliniken
43 mit dem Bremer Umland umfasst. Darauf basierend wollen wir spätestens 2024 die
44 Landeskrankenhausplanung verabschieden. Diese wird neben der medizinischen
45 Schwerpunktsetzung auch den Abbau von Bürokratie, gezieltere Investitionen,
46 Digitalisierung und verbesserte Kommunikation umfassen. So können wir
47 Angestellte entlasten und gleichzeitig zur Entschärfung des Fachkräftemangels
48 beitragen. Ziel ist es, alle Klinikstandorte in Bremen und Bremerhaven
49 zu erhalten, indem die profilierten Spezialisierungen der Kliniken, wie das
50 Herzzentrum am Klinikum Links der Weser, gezielt gestärkt werden. Dafür sollen
51 Kliniken mit besonderer Qualität eine Bonusvergütung erhalten.

52 Den Klinikverbund Gesundheit Nord (GeNo) wollen wir grundlegend neu aufstellen.
53 Nach einer Strukturreform entlang der Landeskrankenhausplanung muss sie auch
54 wirtschaftlich auf eine solide Basis gestellt werden. Der Sanierungsstau muss
55 durch gezielte Investitionen abgebaut werden. Vorbild kann eine Sanierung des
56 Klinikums Links der Weser nach dem Beispiel des Klinikums Herford sein. Die
57 Zentrale Verwaltung der GeNo muss zurück an die Standorte und die Standorte
58 müssen in ihrer Autonomie gestärkt werden und stärker eigenverantwortlich
59 agieren. Zudem wollen wir die städtischen Krankenhäuser gezielt für
60 ihre Leistung für den ÖGD entlohnen, da sie die Gesundheitsämter entlasten.

61 Wir begrüßen, dass auf Bundesebene das Fallpauschalensystem überarbeitet und für
62 einige Bereiche abgeschafft wird, was beispielsweise in der Geburtshilfe eine
63 angemessene Finanzierung ermöglicht.

64 Die Krankenhäuser der Stadt Bremerhaven sind ein wichtiger Baustein der
65 Gesundheitsversorgung der Menschen vor Ort. Durch die Bereitstellung von
66 hochspezialisierten medizinischen Dienstleistungen haben sie darüber hinaus auch
67 eine überregionale Bedeutung. Im Fokus unserer Politik steht die erkrankte
68 Person mit ihren Bedürfnissen. Wir Freie Demokraten wollen das Klinikum

69 Bremerhaven Reinkenheide als Krankenhaus der Maximalversorgung in kommunaler
70 Trägerschaft erhalten. Des Weiteren unterstützen wir Freie Demokraten
71 Krankenhäuser, die nicht in öffentlicher Trägerschaft sind. Wir werden uns
72 weiterhin dafür einsetzen, dass zukunftsweisende strukturverändernde
73 Baumaßnahmen in den Bremerhavener Kliniken mit einer entsprechenden
74 zielgerichteten Investitionsförderung ermöglicht werden.

75 **Psychiatrische und psychologische Versorgung verbessern**

76 Die Auswirkungen von Covid-19 haben extreme Lücken in der psychiatrischen
77 Versorgung aufgezeigt. Wohnortnahe ambulante und stationäre Behandlungsangebote
78 für Menschen mit akuten psychiatrischen Erkrankungen wollen wir Freie Demokraten
79 aufstocken und verbessern. Dies gilt ebenfalls für Beratungsstellen, sodass die
80 Verfügbarkeit im therapeutischen und ergänzenden Beratungsbereich erhöht werden
81 muss.

82 Darüber hinaus gilt es, die Vernetzung von medizinischen und psychologischen
83 Angeboten konsequent umzusetzen, damit die Kommunikation zwischen Fachärzten,
84 Therapeuten und Patienten künftig reibungsloser verläuft. Auch die Vermittlung
85 durch Hotlines der Kassenärztlichen Vereinigung in Bezug auf
86 Therapieplätze wollen wir ausbauen und qualitativ verbessern. Es braucht eine
87 zentrale Koordinierungsstelle zwischen der kassenärztlichen Vereinigung,
88 verschiedenen Instituten und Psychologen, um in akuten Situationen den Patienten
89 effizienter helfen zu können.

90 Obwohl die Anerkennung von psychischen Erkrankungen in unserer Gesellschaft in
91 den letzten Jahren gewachsen ist, werden psychische Erkrankungen in vielen
92 gesellschaftlichen Bereichen immer noch nicht gleichwertig zu physischen
93 Erkrankungen gesehen. Das wollen wir durch entsprechende Kampagnen und Projekte
94 ändern, die unsere Gesellschaft für psychische Erkrankungen sensibilisieren.

95 **Gesundheitsbewusstsein fördern**

96 Die epidemische Lage der letzten Jahre hat zu einem grundsätzlichen Umdenken im
97 Hygiene- und Gesundheitsbewusstsein der Bevölkerung geführt. Dennoch: Wie
98 Menschen ihr Leben gestalten, ob sie einen gesunden Lebensstil pflegen oder
99 nicht, ist nicht Angelegenheit des Staates. Die Verantwortung des Staates liegt
100 hierbei in einer aufklärenden und präventiven Funktion durch
101 gesundheitswissenschaftliche Inhalte, die an die Bevölkerung kommuniziert
102 werden. Deswegen begrüßen wir verschiedene Präventions-, und
103 Aufklärungskampagnen, die auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen. Wir
104 Freien Demokraten lehnen jegliche zusätzliche Konsumsteuer wie Fett-, Zucker-,
105 Milchprodukte- oder Fleischsteuern ab.

106 **Gesundheitsämter**

107 Die Bedeutung der Gesundheitsämter wurde in der Corona-Pandemie besonders klar.
108 Die Pandemie hat uns allen vor Augen geführt, dass es eines leistungsfähigen
109 öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) bedarf, um schnell und effektiv auf die
110 Herausforderungen einer Krise reagieren zu können. Damit unsere Gesundheitsämter
111 zukunftssicher aufgestellt sind, müssen die im sogenannten ÖGD-Pakt vorgesehenen
112 Personalaufwüchse erfolgen und die Ämter technisch und digital gestärkt werden.

113 Unbesetzte Stellen sind unverzüglich zu besetzen.

114 **Corona und COVID 19**

115 Wir sind inzwischen in einer endemischen Lage und können auf alle
116 einschränkenden Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie verzichten. Bei
117 Bedarf sind Hygiene-Maßnahmen gezielt in Krankenhäusern und Alten- und
118 Pflegeheimen zu ergreifen.

119 **Long Covid**

120 Die Symptome von Long Covid sind vielfältig und belasten Betroffene oft stark in
121 ihrem Alltag. Eine standardisierte Therapie gibt es bisher nicht, die genauen
122 Ursachen von Long Covid sind noch nicht ausreichend erforscht. Deswegen fordern
123 wir, dass die Long Covid Forschung weiter fortgesetzt wird.

124 **Fachkräfte in den Gesundheitsberufen gewinnen**

125 Um den Fachkräftemangel in Gesundheitsberufen entgegenzuwirken, werden wir die
126 Aus-, Weiter-, und Fortbildung in diesem Feld sowohl in Bremerhaven als auch in
127 Bremen stärken.

128 Wir Freien Demokraten unterstützen den Auf- und Ausbau der akademischen
129 Hebammen- und Therapeuten-Ausbildung an der Hochschule Bremen und den Ausbau des
130 Studiengangs Physician Assistant an der Hochschule Bremerhaven sowie der
131 Pflegewissenschaften an der Universität Bremen.

132 Wir haben uns für den Erhalt der Ausbildungsplätze für Medizinisch-Technische
133 Assisten eingesetzt und werden uns weiter für ausreichend
134 Ausbildungsmöglichkeiten in allen Medizinischen Assistenzberufen einsetzen.

135 Wir setzen uns dafür ein, dass Bremen und Bremerhaven ihre Chancen durch
136 attraktive Angebote von Arztstellen zur Facharztausbildung in Kliniken und
137 darüber hinaus aktiv nutzen, um Ärzte und Ärztinnen für unsere Städte zu
138 gewinnen.

139 Eine moderne Mediziner Ausbildung halten wir in Bremen und Bremerhaven im Rahmen
140 von Kooperation mit anderen Hochschulen für möglich, wenn sich solche
141 Kooperationspartner finden, die das Grundstudium übernehmen.

142 Wir unterstützen die Idee und Umsetzung des Gesundheitscampus Bremen.

143 **Gewinnung von Pflegekräften**

144 Wir Freien Demokraten fordern, dass Pflegekräfte endlich die Anerkennung und
145 Wertschätzung erhalten, die sie verdienen. Insbesondere die Covid-19 Pandemie
146 hat gezeigt, wie wichtig Pflegekräfte für die Gesellschaft sind. Wir wollen dem
147 Mangel an Pflegefachkräften entgegenwirken. Eine Stärkung der Sozial- und
148 Gesundheitsberufe ist für uns ein zentrales Anliegen. Dafür bedarf es flexibler
149 Arbeitszeiten, angemessen Vergüteter oder über BFÖG geförderter und
150 ausreichender Ausbildung in allen Gesundheitsberufen und angemessener
151 Kinderbetreuung.

152 Dazu wollen wir, dass Pflegefachkräfte durch Pflegehilfskräften von einfacheren
153 Tätigkeiten entlastet werden. Wir fordern daher, dass das Land Bremen die
154 Ausbildung von Pflegehilfskräften mehr als bisher fördert.

155 Wir Freie Demokraten wollen die Anerkennung von ausländischen
156 Bildungsabschlüssen, insbesondere denen aus anderen europäischen Ländern, extrem
157 erleichtern und beschleunigen. So können wir gezielt ausländische Arbeitskräfte
158 gewinnen und so den Fachkräftemangel im Pflegebereich entgegenwirken.
159 Zudem soll eine stärkere Förderung von Ausbildung von Fachkräften in der
160 Palliativmedizin stattfinden.

161 **Hebammen unterstützen**

162 Wir setzen uns dafür ein, dass mehr Hebammen ausgebildet werden,
163 Berufsrückkehrerinnen aktiv zurückgewonnen und weitergebildet werden. Wir
164 fordern die Arbeitsbedingungen der Hebammen zu verbessern. Das würde auch dabei
165 helfen, Teilzeitkräfte zu einer Erhöhung ihrer Arbeitsstunden zu bewegen.

166 Durch den zusätzlichen akademischen Aufbau der Hebammenausbildung, den wir
167 insbesondere an der Hochschule Bremen begrüßen, wurde der Hebammenberuf
168 aufgewertet. Jedoch fordern wir eine verstärkte Forschung im Bereich der
169 Physiologie der Geburt, damit Hebammen praxisnaher und wissenschaftlicher
170 arbeiten können.

171 Wir begrüßen den Aufbau von Hebammenzentren in unterversorgten Stadtteilen
172 Bremens und Bremerhavens und setzen uns für hebammengeleitete Kreißsäle ein.

173 **Digitalisierung in der Medizin**

174 Wir Freien Demokraten begrüßen eine Erhöhung der Digitalisierung im
175 medizinischen Bereich. Digitale Mechanismen erleichtern die Arbeit vom
176 Gesundheitspersonal erheblich. Insbesondere im stationären Bereich werden
177 formale Aspekte aktuell noch manuell bearbeitet, obwohl die Investition in
178 automatisierte Programme zur Ausfüllung von Überweisungen und Ähnliches die
179 Arbeit der Angestellten enorm entlasten würde. Weiterhin begrüßen wir die
180 fortschreitende Digitalisierung der Krankenkassen sowie digitale Rezepte und
181 digitale Patientenakten. Außerdem wollen wir das Bremer Datenschutzgesetz
182 notfalltauglich gestalten, damit schnelle Hilfe bei Gefahr für Leib und Leben
183 nicht durch Bürokratie behindert wird.

184 **Sucht und Drogen**

185 Suchtbezogene Probleme sind in unserer Gesellschaft kein Randphänomen. In den
186 letzten Jahren hat sich die Art der Drogenabhängigen stark verändert. Uns Freien
187 Demokraten ist Suchtprävention wichtig. Daher fordern wir ausgeweitete Programme
188 in Schulen und Jugendeinrichtungen, um kommende Generationen vor einer möglichen
189 Abhängigkeit von Drogen zu schützen. Als weiteren Ansatz, um diese Anzahl der
190 Drogenabhängigen zu verringern, setzen wir Freie Demokraten uns dafür ein, die
191 Beschaffung von illegalen Drogen zu erschweren. Unter anderem soll dies
192 durch eine Erhöhung der Polizeipräsenz an Brennpunkten geschehen.

193 Süchtige Menschen brauchen Hilfe. Eines unserer Ziele als Freie Demokraten
194 bleibt weiterhin, ein möglichst selbstbestimmtes Leben der Abhängigen zu
195 erreichen, um eine Resozialisierung zu ermöglichen. Daher unterstützen wir eine
196 Ausweitung von Hilfsangeboten, die die Betroffenen eigenständig und
197 unkompliziert in Anspruch nehmen können. Hierzu zählt insbesondere die Eröffnung
198 einer Diamorphinambulanz. Die Hürden für Diamorphinbehandlungen wollen wir

199 absenken. Zudem wollen wir die Möglichkeit einer psychosozialen Begleitung im
200 Rahmen von Substitutionsbehandlungen wieder einführen.

201 Ein kurzfristiges Ziel ist es, den Drogenkonsumraum in Bahnhofsnähe mit
202 zusätzlichen Hilfsangeboten zu ergänzen.

203 Außerdem dürfen auch weitere gesundheitliche Gefährdungen von Abhängigen durch
204 Straßenkonsum nicht außer Acht gelassen werden. Um dem entgegenzuwirken, fordern
205 wir weitere Spritzenautomaten. Wie in anderen europäischen Ländern bereits
206 erfolgreich, wollen wir auch in Bremen privat finanziertes Drug-
207 Checking ermöglichen. Häufig wird das soziale Umfeld der Abhängigen in
208 Mitleidenschaft gezogen. Nicht selten treten bei sogenannten Co-Abhängigen
209 eigene Störungen, beziehungsweise erhebliche Gesundheitsrisiken auf, die künftig
210 auch bei Hilfsangeboten mitberücksichtigt werden.

211 **Pflege Pflege der älter werdenden Bevölkerung**

212 Wir Freien Demokraten wollen eine qualitativ gute und bezahlbare Pflege und
213 Versorgung für die älter werdende Bevölkerung im Land Bremen. Die geplante
214 Änderung der Personalbemessung in vollstationären Pflegeeinrichtungen für 2023
215 begrüßen wir, jedoch reicht dies allein nicht. Wir wollen fortlaufend
216 dafür sorgen, dass das Pflegepersonal entlastet und die Arbeit erleichtert wird.

217 Eine Überarbeitung und Fortschreibung des Bremer Geriatriekonzepts von 2018 ist
218 unbedingt notwendig und soll die stationäre Versorgung für Personen mit
219 gerontopsychiatrischen Erkrankungen wie beispielsweise Demenz stärker
220 berücksichtigen. Die stationäre Unterbringung und Versorgung von Menschen mit
221 Demenz und ähnlichen Erkrankungen muss im Land Bremen unbedingt verbessert
222 werden.

223 **Sterbebegleitung**

224 Wir Freie Demokraten werden den weiteren Ausbau der ambulanten und stationären
225 palliativmedizinischen Versorgung vorantreiben. Veränderte Familienstrukturen
226 wie Trennungen, Kinderlosigkeit oder weit entfernt lebende Angehörige erfordern
227 den Ausbau professioneller Versorgungsstrukturen.

228 Neben der ambulanten Hospizbetreuung und der Versorgung Sterbender in
229 Pflegeheimen sind ausreichend stationäre Hospize und Kinderhospize notwendig.
230 Wir begrüßen, dass die Plätze in den Einrichtungen in der Vergangenheit
231 ausgeweitet wurden und so neue Angebote entstehen konnten. Zugleich sehen wir
232 insbesondere in Bremen-Nord einen weiter steigenden Bedarf durch Menschen, deren
233 Versorgung zu Hause nicht zu leisten ist. Wir wollen einen weiteren Ausbau von
234 selbstständigen Einrichtungen, in denen Sterbende mit familiärem Charakter und
235 einem eigenständigen Versorgungsauftrag gepflegt und auf ihrem letzten Weg
236 würdevoll begleitet werden. Dazu ist es erforderlich, dass eine stärkere
237 finanzielle Förderung der Hospize erfolgt, damit sie die gesetzlichen Vorgaben
238 erfüllen und kostendeckend arbeiten können.

239 Kinderhospize betreuen nicht nur die jungen Patienten, sondern auch ihre Eltern
240 und Geschwister. Der Betreuungsaufwand ist dadurch aus verschiedenen Gründen
241 besonders groß. Neben ausreichend Platz und Wohnraum für die gesamte Familie
242 muss ihre emotionale und psychosoziale Betreuung ebenso gewährleistet sein, wie

243 die palliative Betreuung der jungen Patienten. Wir setzen uns auch dafür
244 ein, dass Freizeitaktivitäten und schulische Verpflichtungen der begleitenden
245 Geschwister angemessen berücksichtigt werden.

246 **Trauerwald für Bremerhaven**

247 Bisher gibt es in Bremerhaven keine Möglichkeit einer Bestattung in einem Wald.
248 Dabei wünschen sich viele Menschen eine Bestattung am Fuße eines Baumes.
249 Vielfach wählen Bremerhavenerinnen und Bremerhavener daher in so einem Fall
250 einen Trauerwald im Umland als letzte Ruhestätte. Wir Freie Demokraten setzen
251 uns für einen Trauerwald in Bremerhaven ein.

Antrag 011: Kapitel 11: Klima und Umwelt

Antragsteller*in:	Landesvorstand Bremen (LV Bremen)
Status:	zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Klimaschutz**

2 **Klimaneutralität bis 2038 erreichen – aber ohne Schulden**

3 Die Enquete-Kommission Klimaschutz hat Maßnahmen erarbeitet, mit denen unser
4 gemeinsames Ziel, das Land Bremen klimaneutral bis 2038 zu gestalten, erreicht
5 werden kann. Nun gilt es, diese Maßnahmen in einem Zeit- und Finanzierungsplan
6 umzusetzen. Insgesamt werden 7 Milliarden Euro (Energie 50-500 Mio. Euro,
7 Industrie 611 Mio. Euro, Öffentliche Gebäude 4,5 Milliarden Euro, Verkehr 0,8
8 – 1,4 Milliarden Euro) dafür benötigt. Diese Summe kann aus unserer Sicht auch
9 ohne neue Schulden aufgebracht werden: Mit EU- und Bundesmitteln und soliden
10 Haushalten.

11 Mithilfe des Sondervermögens Energie- und Klimafonds (EKF) stellen wir auf
12 Bundesebene über 200 Milliarden Euro für den Klimaschutz, die Dekarbonisierung
13 unserer Industrie, den Aufbau der Ladeinfrastruktur und der
14 Wasserstoffwirtschaft bereit. Für Bremen sind das laut Königsteiner Schlüssel 2
15 Milliarden Euro. Der Fonds wächst weiter, weil die nationalen Erlöse des
16 Emissionshandels dort hineinfließen, die auch EU-weit mittlerweile auf Verkehr
17 und Gebäude ausgeweitet wurden. Wir Freie Demokraten wollen die
18 Emissionszertifikate in dem Maße verknappten, in welchem wir CO2 einsparen
19 wollen. Auch das ist weitestgehend EU-Beschlusslage.

20 Für das Land Bremen gilt deshalb: Im jährlichen Haushalt sind ca. 200 Millionen
21 jährlich schon für Klimaschutz vorgesehen. Wird das bis 2028 fortgeschrieben,
22 sind es gut 3 Milliarden in 16 Jahren. Die Landesmittel müssen primär zur
23 Komplementierung von Bundes- und EU-Mitteln eingesetzt werden, um den größten
24 Effekt zu erreichen. Ca. 300 Millionen Euro für den Umbau des Stahlwerks
25 wollen wir im nächsten Haushalt bereitstellen, da das Stahlwerk allein eine
26 enormen Anteil am Kohlendioxidausstoß des Landes hat.

27 Wir wollen keine Knappheit fördern. Denn dort, wo der Preis durch Knappheit

28 aufgrund des mangelnden Angebots entsteht, bringt die Förderung der Nachfrage
29 nichts. Wir wollen keine neuen Stellen schaffen. Die Aufgaben müssen von der
30 jeweils zuständigen Verwaltung in Ihren normalen Arbeitsabläufen erledigt
31 werden. Und wir wollen Prioritäten setzen: Das, was am meisten bringt, soll
32 vordringlich gefördert werden, z.B. die Sanierung von Gebäuden mit der
33 schlechtesten Energie-Kategorie zuerst.

34 **Klimafreundliche Innovationen fördern**

35 Dekarbonisierung, also die Reduzierung von CO₂-Emissionen, braucht Innovation.
36 Technologischer Fortschritt und nachhaltiges Wachstum sind deshalb ein wichtiges
37 Puzzleteil im Kampf gegen den Klimawandel. Bereits heute gibt es innovative
38 und ressourcenschonende Projekte in Bremen und Bremerhaven. Um die Umsetzung von
39 innovativen und umweltfreundlichen Ideen voranzubringen, fordern wir die
40 Einrichtung eines Förderfonds im Land Bremen. Dieser soll schnell,
41 unbürokratisch und möglichst transparent sein. Ziel des Fonds ist es, den
42 Wettbewerb zu fördern und die Umsetzung zu beschleunigen. In Bremen und
43 Bremerhaven steckt großes Potenzial für einen nachhaltigen Gründer- und
44 Erfindergeist. Die Politik darf dem nicht mehr im Weg stehen, sondern
45 muss Anreize setzen und Wegbegleiter sein.

46 **Klimafolgenanpassung**

47 Hochwasserschutz kommt eine immer größer werdende Bedeutung zu. Deswegen setzen
48 wir uns dafür ein, dass der Generalplan Küstenschutz schnellstmöglich umgesetzt
49 wird. Dabei ist die Erhöhung der Deiche auf 8,30 Meter über Normalhöhennull ein
50 wichtiger Baustein. Daneben wollen wir Hochwasserkarten überprüfen und auf den
51 aktuellsten Stand bringen. Wir begrüßen die Einführung des Cell
52 Broadcastings und fordern außerdem die Reaktivierung von Sirenen im
53 Katastrophenfall.

54 Auch Hitzeschutz muss mehr Aufmerksamkeit zukommen. Durch den Wärmeinsel-Effekt
55 und der steigenden Erdtemperatur, werden auch Bremen und Bremerhaven heißer. Das
56 beeinträchtigt sowohl Leben als Gesundheit der Menschen. Dem müssen wir uns
57 entgegenstellen. Wir Freie Demokraten fordern deshalb die Umsetzung des
58 Hitzeaktionsplans nach Vorbild der WHO sowie eine zentrale
59 Koordinationsstelle für Hitzeschutz in Bremen und Bremerhaven.

60 **Bremen braucht eine Nachhaltigkeitsstrategie**

61 Wir Freien Demokraten bekennen uns zu der Agenda 2030 und den 17 nachhaltigen
62 Entwicklungszielen (Sustainable Development Goals, SDGs) der Vereinten Nationen
63 vom 25. September 2015. Ziel der Agenda 2030 und den SDGs ist die Verbesserung
64 der Lebensverhältnisse der Menschen, die Steigerung und Erhalt des Wohlstandes
65 und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und der intelligente Umgang mit
66 Ressourcen in einer friedlichen und gerechten Sphäre. Die Mehrheit der 17
67 nachhaltigen Entwicklungsziele bedarf ein koordinierendes Engagement der
68 einzelnen Bundesländer und Kommunen und muss wiederum überregional vernetzt
69 sein. Auf Landesebene ist eine enge Verzahnung aller Politikfelder unumgänglich,
70 um eine Benachteiligung einzelner Stakeholder zu vermeiden und Wohlstand für
71 alle zu schaffen, ohne unseren Planeten nachhaltig in Gefahr zu bringen.

72 Nachhaltigkeit heißt keineswegs Verzicht oder Stillstand, sondern ein maßvoller
73 Umgang mit Ressourcen, sodass diese Ressourcen und der erarbeitete Wohlstand
74 generationsübergreifend Bestand haben.

75 Der Grundgedanke der nachhaltigen Entwicklung wird durch den ganzheitlichen
76 Ansatz der Agenda 2030 der Vereinten Nationen verkörpert und fußt auf den
77 globalen Rechten der Menschen. Dies spielt auch für Bremens Zukunft eine
78 entscheidende Rolle. Da Entwicklungspolitik immer in Zusammenhänge gedacht
79 werden muss und Wechselwirkungen auslöst, sind Länder und Kommunen gefordert,
80 einen Beitrag zur Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele (Sustainable
81 Development Goals, kurz: SDGs) vom September 2015 zu leisten. Sie sollten
82 für alle Nachhaltigkeitsziele eine gewissenhafte Nachhaltigkeitsstrategie
83 festlegen und ein umfangreiches Ziel- und Indikatorensystem determinieren.
84 Bremen hat im September 2017 die Musterresolution des Deutschen Städtetages -
85 „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene
86 gestalten“ - unterzeichnet. Bremen hat damit die Relevanz, Notwendigkeit und
87 Dringlichkeit dieser Aufgabenstellung erkannt. Um in Zukunft der Verantwortung
88 nachkommen zu können, diesen großen Transformationsprozess voranzubringen,
89 bedarf es einer verbindlichen, strukturierten, priorisierenden und
90 zielorientierten Nachhaltigkeitsstrategie.

91 Eine landesweite und auf die zwei Städte abgestimmte Nachhaltigkeitsstrategie
92 fordert und fördert das sektorübergreifende Denken. Sie setzt Impulse für eine
93 nachhaltige Entwicklung im Land und den Städten Bremen und Bremerhaven in allen
94 Bereichen und trägt mit den lokalen Kompetenzen und Innovationen auch dazu bei,
95 die globalen Herausforderungen zu meistern. Eine landeseigene
96 Nachhaltigkeitsstrategie trägt dazu bei, die globalen Nachhaltigkeitsziele
97 lokal und auf Landesebene zielgerecht umzusetzen. Hierzu ist neben der
98 Entwicklung verschiedener Handlungsfelder auch ein transparentes und
99 nachvollziehbares Indikatoren- und Zielsystem nötig.

100 Eine Nachhaltigkeitsstrategie zielt dabei nicht nur auf Fragen des Klimaschutzes
101 und des Umweltschutzes ab, sondern beinhaltet alle generationsübergreifende
102 Themen inklusive einer nachhaltigen Finanzpolitik, einer nachhaltigen Stadt- und
103 Quartiersentwicklung, der nachhaltigen Mobilität, des demografischen Wandels,
104 ein Leben ohne Armut insbesondere auch bei Kindern, qualitative Bildung und
105 Bildungsgerechtigkeit sowie die Entwicklung eines nachhaltigen
106 Wirtschaftsstandortes inkl. Innovationen, Technologie- / Grundlagenforschung.

107 **Umwelt- und Naturschutz**

108 Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist die Voraussetzung für
109 Freiheit und Chancenreichtum jetziger und kommender Generationen. Als
110 Zweistädtestaat steht Bremen hierbei in einem besonderen Spannungsfeld zwischen
111 Flächeninanspruchnahme, der konkreten Nutzung und dem Umweltschutz. Da Arten-
112 und Naturschutz kein Selbstzweck ist, sondern die Lebensqualität der
113 Stadt erhöht, dem städtischen Klima hilft und die Gesundheit der Menschen
114 schützt, setzen wir auf Eigenverantwortung, Freiwilligkeit und Kooperation. Wir
115 sehen die Bürgerinnen und Bürger in Bremen und Bremerhaven als Partner und
116 wollen gemeinsam partnerschaftlichen Naturschutz betreiben.

117 **Mehr Begrünung für die Stadt**

118 Bremen kann mehr und das auch im Bereich der Biodiversität und Artenvielfalt.

119 Das „Grün“ muss besser in die Stadtplanung integriert werden. Der Erhalt von

120 bestehenden Grünflächen hat hohe Priorität. Bei der Versiegelung neuer

121 Grünflächen sollte die bereits vorhandene Begrünung nach Möglichkeit geschützt

122 werden. Sollte eine Grünfläche für ein Bauprojekt verkleinert werden oder ganz

123 weichen müssen, so muss diese an anderer Stelle wiederhergestellt werden.

124 Grünflächen sind Lebensqualität und Anziehungspunkt für alle Altersgruppen. Es

125 müssen daher in jedem Fall weitere Flächen zur Begrünung mit klimaresilienten

126 und heimischen Pflanzen ausgewiesen werden. Bremen hat ein gutes Konzept

127 zur Klimaresilienz, muss dieses dann aber auch umsetzen. Hierfür müssen auch die

128 Potenziale der Entsiegelung genutzt werden. Um relativ „einfach“ einen Schritt

129 weiterzukommen, wollen wir 2038 neue Bäume in der Stadt Bremen pflanzen.

130 Wir begrüßen die Bemühungen bei der Dach- und Fassadenbegrünung sowie bei der

131 Verwendung von hellen Anstrichen für Gebäude der öffentlichen Hand. Dies

132 schließt die Erzeugung von Solarenergie nicht aus. In Kombination mit einer

133 Photovoltaikanlage entsteht eine positive Wirkung. Durch den Kühlungseffekt der

134 Pflanzen heizen sich die Panele weniger auf, wodurch eine

135 Leistungssteigerung von 20% erzielt werden kann.

136 Für private Hauseigentümer möchten wir zielgerichtete Aufklärungsangebote und

137 eine Informationskampagne schaffen. Unterstützt werden soll dies durch

138 finanzielle Anreize. Uns ist es wichtig, dass jede Bürgerin und jeder Bürger,

139 der einen Beitrag zur Begrünung leisten möchte, das bestmögliche Angebot für

140 sich selber findet.

141 **Wissensvermittlung als Grundbaustein**

142 Um Kindern und Jugendlichen Naturschutz und den Umgang mit endlichen Ressourcen

143 möglichst praxisnah und nachhaltig zu vermitteln, möchten wir

144 Partnerschaftsprogramme zwischen Bauernhöfen (in Kooperation mit Niedersachsen)

145 und Schulen ermöglichen. Hiervon profitieren beide Seiten. Das echte Erleben von

146 Landwirtschaft kann bei den Schülerinnen und Schülern für leuchtende

147 Augen sorgen, weshalb die Branche auch nach dem Schulabschluss eine Option sein

148 kann.

149 Der Stand der Wissenschaft ändert sich permanent. Es gibt fast täglich neue

150 Erkenntnisse bzgl. Biodiversität und Naturschutz. Für Lehrerinnen und Lehrer

151 möchten wir ein regelmäßiges Angebot von Schulungen und Fortbildungen schaffen,

152 welches auf Grundlage von Wissenschaft, aktuelle Fakten und Zahlen zu den Themen

153 Klima, Natur und Umwelt vermittelt.

154 Private Leuchtturmprojekte, welche mit einem möglichst CO₂-neutralem

155 Energiekonzept mit Strom, Wärme und Kälte versorgt werden und den Fokus bei der

156 Quartiersplanung auf Begrünung und Kreislaufwirtschaft legen, wie die

157 ÜBERSEEINSEL, möchten wir stärker als Vorbild nutzen und damit Anregung für

158 potenzielle Bauherren und Investoren schaffen.

159 **Tierschutz**

160 Wir Freie Demokraten stehen für einen verantwortungsvollen Umgang des Menschen

161 mit allen Tieren und einen starken Tierschutz. Eine aktive Tierschutzpolitik
162 erfordert aus unserer Sicht die Ernennung eines städtischen ehrenamtlichen
163 Tierschutzbeauftragten. Als Ansprechpartner soll er als "Scharnier" zwischen den
164 Tierschutzorganisationen der Stadt, der Politik, dem Magistrat bzw. Senat
165 und dem Tierschutzbeauftragten im Land Bremen dienen und so die Tierschutzarbeit
166 in Bremerhaven und Bremen Stadt aktiv begleiten.

167 Das Tierheim Bremerhaven hat unsere volle Unterstützung verdient. Wir werden uns
168 beim Magistrat weiterhin für faire Verträge einsetzen, sodass die durch das
169 Tierheim übernommenen Pflicht-Aufgaben, wie die Aufnahme von Fund- und
170 sichergestellten Tieren, kostendeckend erstattet werden. Wir begrüßen
171 die langfristigen Pläne des Tierschutz Bremerhavens zum Aufbau einer
172 Wildtierauffangstation.

173 Durch einen jährlich zu vergebenden Bremerhavener Tierschutzpreis wollen wir
174 Personen und Institutionen auszeichnen, die sich in Bremerhaven um den
175 Tierschutz besonders verdient gemacht haben.

176 **Hundesteuer abschaffen**

177 Die Hundesteuer muss abgeschafft werden. Diese Steuer wird willkürlich erlassen.
178 Zudem steht der Aufwand und Ertrag bei der Erhebung dieser Bagatellsteuer in
179 keinem Verhältnis. Ursprünglich wurde die Hundesteuer mal als Luxussteuer
180 eingeführt. Ein Hund ist aber längst kein Luxus mehr, sondern ein
181 Familienmitglied und wichtiger sozialer Halt. Die Besitzer dafür zur Kasse zu
182 bitten, ist fragwürdig und muss ein Ende haben.

183 **Mehr Hundefreilaufflächen**

184 Darüber hinaus wollen wir prüfen, wo freie Naturflächen in Bremen und
185 Bremerhaven als Hundefreilaufflächen gestaltet werden können, ggf. auch
186 eingezäunte Flächen. Hunden soll ein artgerechter Auslauf ermöglicht werden,
187 ohne dass ihre Halterinnen und Halter das Stadtgebiet verlassen oder hohe
188 Strafen fürchten müssen.

189 **Insektenschutz und Biodiversität**

190 Bremen und Bremerhaven bieten eine große Vielfalt an Arten von Pflanzen. Diese
191 Artenvielfalt muss durch Schutz und Pflege erhalten werden. Dazu fordern wir,
192 dass mehr Wildblumenwiesen gepflanzt werden, damit Bienen und Insekten weiterhin
193 ein zu Hause in Bremen und Bremerhaven haben und die Zahl der Tiere langfristig
194 wieder steigt.

195 Aktives Handeln wie Begrünung und Bepflanzung ist wichtig. Auch
196 Forschungsprojekte gehören dazu. Wir setzen uns dafür ein, um Mittel für
197 Insekten- und Pflanzenforschung vom Bund zu erhalten.

198 Bremen und Niedersachsen verbindet mehr als nur die gemeinsame Grenze. Gerade
199 diese Verbindung bietet viel Potenzial, um Naturschutz und Biodiversität zu
200 fördern. Der Erhalt und die Schaffung neuer Grünflächen liegen in Verantwortung
201 beider Bundesländer. Wir setzen uns daher für eine gemeinsame Zusammenarbeit
202 ein, um Renaturierungsprojekte anzugehen.

203 **Jagd als Naturschutz – Wildtiermanagement ermöglichen**

204 Wir Freie Demokraten wollen ein modernes Wildtiermanagement, das eine Bejagung
205 von beispielsweise Wolf, Kormoran und Nutria ermöglicht. Zur Wildbretgewinnung,
206 Seuchenprävention sowie Wildschadenminimierung und für ein ausgewogenes „Beute
207 zu Beutegreifer“-Verhältnis ist die Jagd unerlässlich. Wir streben
208 eine einheitliche Regelung der Länder zum legalen Einsatz von Schalldämpfern und
209 Nachtzielgeräten zur Lärmreduktion und für eine genauere Treffpunktlage für
210 Jägerinnen und Jäger an. Wir stehen zu den Jägerinnen und Jägern in Deutschland
211 als aktive und staatlich geprüfte Naturschützerinnen und Naturschützer.

212 **Forst- und Jagdwirtschaft**

213 Naturschutz und Jagd sind eng miteinander verbunden. Artenschutz kann auch
214 bedeuten, die Zahl der Wildtiere zu monitoren, damit genug Ressourcen für sie
215 vorhanden sind. Die Rolle der Jäger und Förster für Arten- und Naturschutz
216 sollte daher stärker in den Fokus genommen werden.

217 **Naturschutz im Fehrmoor**

218 Wir werden die Umsetzung von Naturschutzprojekten im Fehrmoor als letztem
219 Hochmoor im Land Bremen weiter vorantreiben. Es ist ein einzigartiger
220 Landschaftsraum. Unser Ziel ist einerseits der Schutz der wertvollen Bereiche
221 des Fehrmoors als Habitat seltener Tiere und Pflanzen. Andererseits ist es uns
222 wichtig, diesen besonderen Lebensraum der Öffentlichkeit für die Naherholung und
223 Wissensvermittlung zugänglich zu machen, auch durch einen neuen Rundlauf durch
224 eine zweite Fußgängerbrücke. Um den Lebensraum Moor mit seiner spezialisierten
225 Pflanzen- und Tierwelt begehbar zu machen, soll ein barrierefreier
226 Moorerlebnispfad errichtet werden.

227 **Wassermanagement und Wassergüte**

228 Wir wollen bevorzugt Maßnahmen priorisieren, die ein automatisiertes
229 Wassermanagement und eine Verbesserung der Gewässergüte in den Gräben sowie eine
230 standortangepasste Nutzung vorsehen. Dazu wollen wir im Rahmen von
231 Kompensationsmaßnahmen Bremerhavens die Spadener Marktfließ naturnäher
232 umgestalten und den Geeste-Nebenarm „Ackmann“ wie früher wieder östlich des
233 Gebietes Ackmann an die Geeste anbinden.

234

Antrag 012: Kapitel 12: Sport

Antragsteller*in:	Landesvorstand Bremen (LV Bremen)
Status:	zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Sport fördert als Mehrwert für die Gesellschaft**

2 Sport verbindet Menschen aus verschiedenen Kulturen, sozialen Hintergründen und
3 unterschiedlichen Generationen und leistet so einen oft unterschätzten Beitrag
4 zum sozialen Zusammenhalt und der Gesundheit der Bevölkerung in Bremen und
5 Bremerhaven. Sport ist auch ein wichtiger Treiber für die Inklusion von Menschen

6 mit Behinderung. Wir setzen uns für eine stärkere Vernetzung von Schulen und
7 Kitas mit Sportverbänden und -vereinen ein. Das ist beim Ausbau der
8 Ganztagsstruktur unbedingt erforderlich. Dazu brauchen wir bereits in der
9 Schule ausreichend qualifizierte Sportlehrerinnen und Sportlehrer, um
10 Jugendliche nicht nur für Sport zu begeistern, sondern bereits die nötige
11 sportliche Grundbildung zu vermitteln. Deswegen wollen wir ,dass der ehemals
12 vorhandene Studiengang Sportwissenschaften an der Universität Bremen wieder neu
13 eröffnet und angeboten wird. Ebenso brauchen wir begeisterte und geschulte
14 Übungsleiterinnen und Überleitungen im Breitensport. Zudem wollen wir
15 ehrenamtliches Engagement in Sportvereinen fördern, so dass sich mehr Menschen
16 dort einbringen.

17 **Sportinfrastruktur**

18 Deswegen lohnt es sich für die Gesellschaft, in eine gute Sportinfrastruktur zu
19 investieren. Für Bau, Unterhaltung und Pflege von Sporthallen, Sportplätzen und
20 Schwimmbädern braucht es ein fortzuschreibendes, langfristiges Konzept. Der
21 Sanierungsstau unserer Sporthallen ist unverzüglich abzubauen und die
22 Sportplatz- und Halleninfrastruktur bedarfsgerecht auszubauen. Wir wollen dem
23 Sport hierfür notwendige Haushaltsmittel bereitstellen.

24 **Flexibler Sportplatz auf dem Willy-Brandt-Platz in Bremerhaven**

25 Am Willy-Brandt-Platz wollen wir Freie Demokraten, dass eine schnell abbaubare
26 Sportanlage errichtet wird. Dafür sollen auf dem Asphalt Linien in Form von
27 mehreren Sportartplätzen gezogen werden. Der Bereich soll mit einem Metallzaun
28 abgesteckt werden, welcher innerhalb kürzester Zeit abbaubar ist, um den Platz
29 für Feste und ähnliche Veranstaltungen zu erhalten oder auch bei drohenden
30 Sturmfluten zu sichern.

31 **Leistungssport**

32 Neben dem Breitensport bekennen wir Freie Demokraten uns uneingeschränkt zum
33 Leistungssport, den wir finanziell und ideell fördern wollen. Dazu gehört die
34 weitere Unterstützung der Oberschule an der Ronzellenstraße, von Initiativen zur
35 Errichtung einer Eliteschule des Sports, des Neubaus des Leistungszentrum von
36 Werder Bremen, aber auch die Unterstützung vieler nationaler und
37 weltklassiger Sportlerinnen und Sportler in Bremen und Bremerhaven, auch durch
38 die Errichtung eines Hauses der Athleten.

39 **eSport ist Sport**

40 Wir Freien Demokraten wollen eSports unabhängig von den Spielinhalten als Sport
41 und entsprechende Vereine als gemeinnützig anerkennen.

42 **Schwimmunterricht**

43 Wir Freie Demokraten wollen den Schwimmunterricht für Kinder und Jugendliche in
44 Bremen und Bremerhaven weiter ausbauen und fördern. Schon in den Kitas muss
45 Wassergewöhnung möglich sein. Kompakte Ferienprogramme zum Schwimmenlernen
46 wollen wir genauso fördern wie ein Netzwerk von Kitas, Schulen, Vereinen,
47 DLRG und freiwilligen gesellschaftlichen Akteuren.

48 **Schwimmen in Seen und Flüssen**

49 Wir Freien Demokraten wollen auch das Schwimmen in natürlichen Gewässern als
50 wichtigen Bestandteil der Schwimmausbildung etablieren, um Badeunfälle künftig
51 zu vermeiden. In den vergangenen Jahren haben sich Badeunfälle in Bremer Seen
52 gehäuft. Offene Gewässer sind durch Strömung und Wind anders wahrnehmbar als
53 Schwimmbäder. Dass dort nicht leichtfertig Risiken unterschätzt werden, kann
54 durch eine Schwimmausbildung, die auch in offenen Gewässern stattfindet, eher
55 gewährleistet werden. Dazu wollen wir die regelmäßige Untersuchung von Seen in
56 Bremen fortführen, um rechtzeitig Warnungen vor Blaualgen oder weiteren
57 potenziellen Gefahren auszusprechen.

58 In Bremerhaven wollen wir das Schwimmen und Baden auch am Weserstrandbad nach
59 der Verschwenkung der Nordmole wieder erlauben und fördern. Durch die
60 Verschwenkung der Nordmole bietet sich nun die Chance, im Bereich zwischen dem
61 heutigen Weserstrandbad und dem Willy-Brand-Platz eine gesicherte Badezone nach
62 Vorbild der Büsumer Perlebucht zu errichten. Eine feste Trennung zur strömenden
63 Weser, die zwar einen Wasseraustausch ermöglicht, aber den Badebereich baulich
64 abtrennt, würde genügend Platz zum Schwimmen und Baden geben. Dieses Projekt
65 bietet darüber hinaus die Möglichkeit, auch junge Leute über Konzerte und
66 Veranstaltungen an den Stadtstrand nach Bremerhaven zu locken. Zudem lässt sich
67 diese Attraktion auch überregional bewerben.

68 **Pyrotechnik im Stadion - legal und sicher**

69 Die Stimmung in den Stadien, auch erzeugt durch Pyrotechnik, ist Teil der
70 Faszination Fußball. Wir Freie Demokraten wollen Pyrotechnik im Stadion
71 erlauben, und zwar sicher. Das derzeitige strikte Verbot von Pyrotechnik in
72 Stadien hat keine Verbesserung für die Sicherheit der Zuschauer gebracht. Das
73 Gegenteil ist der Fall. Hierauf weisen auch diverse Fangruppen und -initiativen
74 hin. Sie fordern seit langem einen Dialog ein und machen konstruktive
75 Vorschläge, wie legal und so auch kontrolliert und verantwortlich Pyrotechnik in
76 den Stadien verwendet werden könnte. Einer davon ist der "Chemnitzer Weg".
77 Deswegen sollen gemeinsam mit Fanvertreterinnen und Fanvertretern, Vereinen und
78 dem Bremischen Fußballverband mindestens sechs Pilotaktionen
79 durchgeführt werden, bei denen nach Vorbild des „Chemnitzer Weges“ Pyrotechnik
80 im Weserstadion, auf Platz 11 und im Stadion am Panzenberg kontrolliert
81 abgebrannt werden.

82 **Polizeikosten bei Hochrisikospielen**

83 Der SV Werder Bremen ist ein bedeutender Standortfaktor für Bremen. Werder hat
84 Bremen durch seine internationalen Auftritte über Jahre bekannt gemacht und gilt
85 seit Jahren zu den Klubs mit den höchsten Sympathiewerten in Deutschland.
86 Außerdem kommt dem Verein eine hohe wirtschaftliche Bedeutung für den Standort
87 zu. Trotzdem hat Bremen begonnen, für den zusätzlichen Aufwand bei
88 Hochrisikospielen Gebührenbescheide an den Veranstalter, die Deutsche Fußball
89 Liga GmbH, zu schicken. Diese nimmt wiederum Werder Bremen in Regress. Kein
90 anderes Bundesland verlangt Gebühren für Polizeieinsätze bei Bundesligaspielen.
91 Der Senat gefährdet damit in hohem Maße die Wettbewerbsfähigkeit des SV Werder
92 Bremen und damit auch den Bundesligastandort Bremen. Hinzu kommt, dass die
93 Inrechnungstellung von nicht direkt verursachten Mehrkosten bei Polizeieinsätzen

- 94 ein erster Schritt zur Privatisierung staatlicher Sicherheitsleistung ist,
95 die im Sinne der Rechtsstaatlichkeit kategorisch abzulehnen ist.
96

Antrag 013: Kapitel 13: Kultur

Antragsteller*in:	Landesvorstand Bremen (LV Bremen)
Status:	zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Förderung von Kultureinrichtungen**

2 Wir Freie Demokraten bekennen uns ausdrücklich zu den großen, überregional
3 ausstrahlenden Kultureinrichtungen der Städte Bremen und Bremerhaven. Wir halten
4 es für geboten diese im Gesamtgefüge der übrigen Kultureinrichtungen auskömmlich
5 auszustat- ten. Dies ist eine Aufgabe des Landes Bremen und seiner Kommunen.

6 Essenzielle Ergänzung der „Leuchttürme“ ist die „Freie Szene“. Darunter
7 verstehen die Freien Demokraten die vielfältige kreative Szene von Künstlerinnen
8 und Künstlern aller Sparten, von Galeristen, Konzert- und Literaturveranstaltern
9 sowie das kreative Umfeld der Hochschule und der Universitäten. Für uns ist es
10 wichtig, sich auch in diesem Bereich für gezielte Künstlerförderung, Stipendien,
11 öffentliche Aufträge, Förderung von Spielstätten oder Ateliers einzusetzen.

12 Es gilt den innovativen und kreativen Köpfen in der Stadt ein attraktives
13 Arbeiten zu er- möglichen und dafür auch neue Räume zu erschließen. Die Freien
14 Demokraten sind davon überzeugt, dass damit nicht nur für die bremische
15 Wirtschaft, sondern auch für die Bildung und das soziale Miteinander wertvolle
16 Impulse gesetzt werden: Wir alle brauchen Fantasie und Visionen.

17 **Privates Engagement**

18 Bremen besitzt eine äußerst vielfältige kulturelle Szene mit zahlreichen Museen,
19 Theatern, musikalischen Angeboten, Bibliotheken und Archiven. Viele dieser
20 Kultureinrichtungen Bremen zeichnen sich durch ein überdurchschnittliches
21 privates Engagement von Bremer Bürgern aus. Der Kunstverein Bremen, als Träger
22 der Kunsthalle, die philharmonische Gesellschaft oder der Bürgerparkverein sind
23 dafür herausragende Beispiele. Wir Freien Demokraten würdigen dieses Engagement
24 ausdrücklich und setzen uns dafür ein, solche Einrichtung durch das Land Bremen
25 und seine Kommunen auskömmlich zu unterstützen: Nur so kann der private Einsatz
26 wertgeschätzt und ein Klima der Motivation für zukünftiges Engagement geschaffen
27 werden.

28 **Kultur als Standortfaktor**

29 Ausgaben zur Förderung einer qualitätsvollen, lebendigen und auch überregional
30 attrak- tiven Kultur sehen wir Freien Demokraten dabei auch als Mittel zur
31 langfristigen Stärkung des Wirtschaftsstandortes Bremen.

32 Ein attraktives kulturelles Angebot zieht Menschen an hier zu leben und zu
33 arbeiten.

34 Besucher und Besucherinnen von Ausstellungen und Veranstaltungen kommen in die
35 Innenstadt von Bremen, kaufen ein, gehen Essen und Übernachten in Hotels.

36 An den Bremer Hochschulen bilden zahlreiche Studiengänge Kulturschaffende
37 für ihre jeweiligen Berufslaufbahnen aus. Eine entsprechend breit gefächerte
38 Kultur vor Ort gehört zu den notwendigen Grundlagen, um das an den Hochschulen
39 geschaffene Potenzial im Land Bremen zu erhalten und nicht in andere
40 Kulturzentren wie z.B. Hamburg Berlin oder München abwandern zu lassen.

41 **Volkshochschule und Musikhochschule**

42 Volkshochschulen in Bremen und Bremerhaven und die Musikschule Bremen leistet
43 einen wichtigen Beitrag zum lebenslangen Lernen. Sie bieten wichtige
44 Bildungsangebote und vermitteln auf verschiedene Weise Kultur.

45 Wir Freien Demokraten wollen die Verwaltung der beiden Einrichtungen effizienter
46 auf- stellen und treten daher insoweit für eine Fusion der Musikschule Bremen
47 und der VHS Bremen ein.

48 **Abschaffung des Tanzverbots**

49 Im Rahmen der Kulturförderung sollte generell keine Glaubensgemeinschaft
50 bevorzugt werden. Die Freien Demokraten stehen zur Geschichte des Landes Bremen,
51 welche das Christentum und auch maßgeblich durch die Schifffahrt geprägt wurde.
52 Daran soll durch die Pflege bestimmter Traditionen, Denkmäler und Museen
53 angemessen erinnert werden. Dennoch sollte die Wahl des Glaubens eine private
54 Entscheidung jedes Einzelnen sein, weshalb wir die Abschaffung des generellen
55 Tanzverbotes an bestimmten Feiertagen befürworten.

56 **Kultur in Bremerhaven**

57 Kultur stellt für Bremerhaven einen nicht zu unterschätzenden Standortfaktor
58 dar. Das von städtischen als auch freien Kulturträgern mit hohem ehrenamtlichem
59 Engagement getragene vielfältige Kulturangebot wollen wir Freie Demokraten
60 stärken und in den Quartieren Freiräume für die kulturelle Entwicklung schaffen
61 und unterstützen.

62 Das Kulturangebot Bremerhavens muss für die Einwohnerinnen und Einwohner der
63 Stadt aber auch überregional für den wachsenden Kulturtourismus besser
64 vermarktet werden.

65 Wir Freie Demokraten wollen den Bereich der kulturellen Bildung voranbringen. Wo
66 vielen Kindern und Jugendlichen der familiäre Zugang zu den Kultureinrichtungen
67 fehlt, müssen Vermittlungsangebote verstetigt und optimiert werden. Dafür können
68 wir uns ein Zentrum für kulturelle Bildung vorstellen, in das auch
69 freie Angebote für Jugendliche (z. B. ein Jugendkulturtreffpunkt) integriert
70 werden können.

71 Viele Beispiele in der Stadt zeigen, dass Kultur ein Motor von
72 Stadtteilentwicklung sein kann. Hierzu bedarf es einer konstanten Förderung für
73 Projekte der freien Kulturszene und der Unterstützung von Initiativen, mit denen
74 ähnliche Impulse gesetzt werden. Dabei liegt ein Fokus auf Projekten, für junge
75 Menschen oder auch Familien.

76 Wir Freie Demokraten bekennen uns zum Fortbestand des Stadttheaters Bremerhaven

77 mit seinen drei Sparten und dem Kinder- und Jugendtheater JUB!. Als zweites
78 Theater mit öffentlicher Förderung soll auch das Theater im Fischereihafen
79 in seinem Fortbestand und seiner künstlerischen Qualität gesichert werden. Dafür
80 erwarten wir auch eine Beteiligung der Fischereihafenbetriebsgesellschaft des
81 Landes Bremen.

82 Das Kunstmuseum mit seiner international anerkannten Sammlung bedeutender
83 Gegenwartskunst bleibt ein Aushängeschild der Kulturstadt Bremerhaven. Das
84 Dreiergespann Kunsthalle - Kunstmuseum Bremerhaven - Stipendium, als einmalige
85 und markante Verbindung, leistet einen großen Beitrag zu dem wichtigen
86 Kulturangebot unserer Stadt.

87 Wir Freie Demokraten steht zu den überregional bedeutsamen Kultureinrichtungen
88 wie dem Deutschen Auswandererhaus, dessen Entwicklung zu einem Nationalen
89 Forschungsinstitut für Migration wir unterstützen.

90 **Das Deutsche Schifffahrtsmuseum stärken**

91 Wir Freie Demokraten wollen, dass das Deutsche Schifffahrtsmuseum (DSM) mit
92 seiner Museumsflotte wieder zu alter Stärke zurückfindet. Das ist insbesondere
93 für den wachsenden Tourismus in Bremerhaven und die Vermittlung von Wissenschaft
94 und Forschung im Bereich der Schifffahrt wichtig. Dafür muss die Stadt auch
95 bereit sein, Mittel für die Instandsetzung der Museumsschiffe bereit zu stellen.
96 Die in Regierungsverantwortung ins Leben gerufene Task Force Maritim, die das
97 DSM bei der Instandhaltung unterstützt, wollen wir fortführen. Wir wollen uns
98 dafür einsetzen, dass Bund bei der Sanierung des Scharoun-Baus finanziell
99 unterstützt.

100 Als Freie Demokraten unterstützen wir die exzellente Forschung und wollen, dass
101 das DSM auch zukünftig Teil der Leibnitz-Gesellschaft bleibt.

102 Der Nachbau der Najade kann eine attraktive Ergänzung für den Alten Hafen sein.
103 Da Prioritäten gesetzt werden müssen, werden wir Freie Demokraten uns immer für
104 die Gebäudesanierung und gegen die Finanzierung der Najade entscheiden. Außerdem
105 sehen wir einen weiteren Schwerpunkt des DSM in der Darstellung der
106 Polarforschungsgeschichte, um auch die Brücke zu anderen herausragenden
107 Einrichtungen in der Stadt zu schlagen.

108 **Nordseemuseum endlich wieder zu Glanz verhelfen**

109 Das Nordseemuseum hat enormes Potenzial und mehr als ein Dasein in Kisten
110 verdient. Viele Exponate sind von hohem historischem Wert. Einzelne Exponate
111 werden derzeit dauerhaft oder anlassbezogen verliehen. Endlich wollen wir Freie
112 Demokraten für das Museum wieder eine Perspektive mit festem Ausstellungsort,
113 verbunden mit einem Depot. Neue Perspektiven könnten hier im Werftquartier
114 gefunden werden.

Antrag 014: Kapitel 14: Landwirtschaft

Antragsteller*in: Landesvorstand Bremen (LV Bremen)

Status: zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Die Landwirtschaft im Wandel**

2 Die unternehmerische Landwirtschaft ist bereit und auch dazu in der Lage, sich
3 dynamischen Veränderungsprozessen zu stellen. In der Produktion und Vermarktung
4 bietet die Digitalisierung ganz neue Chancen, dem Verbraucher Lebensmittel
5 anzubieten, die nach seinen Wünschen erzeugt werden. So kommen beispielsweise
6 ressourcenschonende digitale Assistenzsysteme der Landwirtschaft 4.0 im Bereich
7 der Tierhaltung zum Einsatz, um eine optimale Nahrungsversorgung zu erreichen,
8 negativen Stress zu vermeiden und die Gesundheit zu fördern. Precision Farming
9 erlaubt eine ortsdifferenzierte, bedarfsgenaue Bearbeitung von
10 landwirtschaftlichen Nutzflächen und kann notwendige Pflanzenschutzmaßnahmen auf
11 ein Minimum reduzieren.

12 Die Fortsetzung dieser positiven Entwicklung kann nur gemeinsam mit den
13 Landwirten gelingen. Das Wissen der hervorragend ausgebildeten jungen Landwirte
14 muss dabei genutzt werden. Sie sind die Experten in der Landwirtschaft und
15 unsere wichtigste Ressource für die Zukunft. Wir Freie Demokraten stehen an der
16 Seite der Landwirte und bekennen uns gemäß dem Prinzip „Schützen durch Nützen“
17 zu ihren Leistungen für Natur und Gesellschaft.

18 **Weniger Bürokratie in der Landwirtschaft**

19 Ländliche Räume brauchen eine starke landwirtschaftliche Wertschöpfungskette mit
20 einer flächendeckend gesicherten Produktionsbasis ohne überbordende Bürokratie
21 durch unnötige Auflagen. Landwirtschaft verdient eine Politik, die verlässlich
22 ist und Planungssicherheit gibt.

23 **Technischen Fortschritt und Digitalisierung in der Landwirtschaft nutzen**

24 In der Diskussion über die Zukunft der Landwirtschaft sind ökonomische
25 Notwendigkeiten gleichberechtigt zu ökologischen Fragestellungen zu bewerten.
26 Höhere Standards durch bessere Technik können nur erreicht werden, wenn die
27 Betriebe mit neuer Technik auch Geld verdienen können.

28 Eine Strategie zur Digitalisierung in der Landwirtschaft muss auf Bundesebene
29 erarbeitet und umgesetzt werden. In dieser Strategie müssen unter anderem Fragen
30 der Datenhoheit, der Transparenz landwirtschaftlicher Erzeugung gegenüber den
31 Kunden sowie des Zugangs zu wichtigen öffentlichen Geo- und Katasterdaten
32 geklärt werden. Digitale Netzwerke, die den Verbrauchern die Chance bieten,
33 Lebensmittel nach ihren individuellen Wünschen nachzufragen, sollen gefördert
34 werden. So kann ein sehr vielfältiger, differenzierter Markt entstehen, der für
35 Verbraucher und Erzeuger gleichermaßen interessant ist.

36 Zur Förderung der Investitionsbereitschaft in zeitgemäße Technik ist das
37 Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP) in einem ersten Schritt wieder auf
38 mindestens 40 Millionen Euro pro Jahr aufzustocken. Der Einsatz digitaler
39 Technik in der Landwirtschaft soll einen Förderschwerpunkt darstellen. Das gilt
40 für einen umweltschonenden Pflanzenbau ebenso wie für eine tiergerechte Haltung
41 von Nutztieren.

42 **Nachwuchs qualifiziert ausbilden**

43 Es ist sicherzustellen, dass das Fachwissen weiterhin innerhalb der
44 verschiedenen landwirtschaftlichen Ausbildungs- und Studiengänge vermittelt wird
45 sowie Weiterbildungsmöglichkeiten ausreichend und entsprechend der Entwicklung
46 der Technik zur Verfügung stehen. Dies darf nicht für zusätzliche bürokratische
47 Qualifizierungspflichten und Sachkundenachweise missbraucht werden.

48 **Nachhaltiger Pflanzenschutz**

49 Landwirtschaft betreibt Pflanzenschutz, um ihre Bestände vor Schäden durch
50 Krankheiten oder Verkrautung zu schützen. Das entspricht dem Prinzip der
51 Nachhaltigkeit, weil so eine gute Flächeneffizienz erreicht und gesunde
52 Nahrungsmittel produziert werden. Wirkstoffe, die bei definierten Anwendungen
53 vom Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) im
54 Einvernehmen mit den weiteren zuständigen Einrichtungen in Deutschland wie dem
55 Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) sowie von der Europäischen Behörde für
56 Lebensmittelsicherheit (EFSA) auf EU-Ebene für unbedenklich erklärt werden,
57 müssen auch zugelassen werden. Der Land- und Forstwirtschaft dürfen wichtige
58 Wirkstoffe nicht aus ideologischen Gründen entzogen werden.

59 Wir setzen uns für eine nachhaltige Regulierung von Kreuzkräutern ein, die für
60 Menschen und Tier sehr giftig sind. Insbesondere die öffentliche Hand muss diese
61 Kräuter auf ihren Flächen kontrollieren. Wir fordern die Einführung
62 standardisierter Untersuchungsverfahren und Grenzwerte für Lebens- und
63 Futtermittel.

64 **Innovationen in der Landwirtschaft**

65 In der Landwirtschaft gibt es innovative Ideen. Start-Up-Unternehmer in der
66 Lebensmittelwirtschaft sind ebenso ernst zu nehmen wie aus anderen
67 Wirtschaftsbereichen. Die Förderung guter Ideen im Bereich Landwirtschaft muss
68 gerade im Land Bremen möglich sein.

69 **Baurecht für landwirtschaftliche Unternehmen**

70 Das Baurecht muss den landwirtschaftlichen Unternehmerinnen und Unternehmern
71 auch in Zukunft Chancen zur betrieblichen Entwicklung ermöglichen. Baurechtliche
72 Tierhaltungsobergrenzen oder kommunale Genehmigungsvorbehalte für die
73 Nutztierhaltung lehnen wir ab.

74 **Marktwirtschaftliche Preisbildung**

75 Damit alle Akteure der Agrarwirtschaft in Zukunft von der positiven
76 Gesamtentwicklung der Branche profitieren können, ist eine
77 funktionierende marktwirtschaftliche Preisbildung in der gesamten
78 Wertschöpfungskette des Lebensmittelhandels – vom Hof bis zum Warenregal –
79 entscheidend. Die kartellrechtliche Missbrauchsaufsicht sowie die
80 Fusionskontrolle müssen gestärkt werden, um einen fairen Wettbewerb in der
81 Branche zu sichern. Politische Einmischungen in die wichtige Arbeit der
82 Kartellbehörden sind zu unterbinden.

83 **Bedarfsgerechte Düngeregelungen**

84 Der Grundsatz einer bedarfs- und standortgerechten Nährstoffversorgung der
85 landwirtschaftlichen Kulturen muss auch in Zukunft der Maßstab der Düngung

86 bleiben. Wo es wirklich Probleme gibt, zum Beispiel in Regionen mit zu hohen
87 Gülleaufkommen, besteht das vorherrschende Ziel darin, den Transport vorhandener
88 wertvoller Wirtschaftsdüngermengen in Ackerbauregionen sowie technische Lösungen
89 zur Gülle und Gärrestaufbereitung zu fördern, damit es durch die gleichzeitige
90 Einsparung von mineralischem Dünger insgesamt zu positiven Umwelteffekten kommt.

91 **Antibiotikaresistenzen vermeiden**

92 Infektionen mit multi-resistenten Staphylokokkus Aureus (MRSA) und anderen
93 antibiotikaresistenten Erregern stellen eine zunehmende Gefahr für Mensch und
94 Tier dar. Standardantibiotika wirken nicht gegen sie, sodass die
95 Behandlungsalternativen begrenzt sind. Resistente Erreger können Menschen,
96 Haustiere und Nutztiere besiedeln. Eine Strategie zur Vermeidung von
97 Antibiotikaresistenzen muss aus diesem Grund den fachgerechten Einsatz von
98 Antibiotika in allen genannten Bereichen gewährleisten. Gemäß dem One-Health-
99 Ansatz als integrativen Ansatz müssen Human- und Veterinärmedizin deshalb
100 zusammenarbeiten, um das bestmögliche Ergebnis bei der Bekämpfung resistenter
101 Erreger zu erreichen.

102 Die Landwirtschaft hat durch die Umsetzung der 16. Novelle des
103 Arzneimittelgesetzes mit erheblichem Aufwand dazu beigetragen, dass der
104 Antibiotikaverbrauch in der Tierhaltung um über die Hälfte reduziert wurde. Das
105 staatliche Antibiotika-Monitoring der Tierhaltung hat sich bewährt. Daher müssen
106 statt der heute geltenden systembedingt immer weiter sinkenden Kennzahlen, bei
107 deren Überschreitung Maßnahmenpläne zur Senkung des Antibiotikaeinsatzes nötig
108 werden, wissenschaftlich festgelegte Grenzwerte eingeführt werden.

109 Wenn es um den Trinkwasserschutz geht, dürfen auch die Abwässer der menschlichen
110 Zivilisation nicht aus der Diskussion ausgeklammert werden. Nur zu häufig wird
111 vergessen, wie viele Medikamente über Siedlungsabwässer in die Kläranlagen
112 gelangt und dort zu Schwierigkeiten führen. Gleiches gilt für eine
113 Vielzahl weiterer problembehafteter Stoffe. Wir setzen uns für eine faire
114 Diskussion ein.

115 **Förderung von Synergien zwischen Landwirtschaft und Naturschutz**

116 Bremen ist eine lebenswerte Großstadt und umringt von einem grünen Gürtel, der
117 geprägt durch die Landwirtschaft einen der wichtigsten Naherholungsgebiete
118 darstellt.

119 Die Haltung von Milchvieh ist traditionell die bevorzugte Wirtschaftsform der
120 Landwirte in Bremen.

121 Grasende Kühe prägen das Landschaftsbild und sind auch die Wunschvorstellung
122 vieler Verbraucher. Das aber eine grasende Kuh nicht so optimal versorgt werden
123 und damit nicht die geforderten Leistungen erbringen kann wie es die auf
124 Effizienz getrimmte Landwirtschaft braucht, versteht kaum jemand. Ganzjährige
125 Stallhaltung bei Rindern ist mittlerweile, der Leistung geschuldet, eine weit
126 verbreitete Realität.

127 Dass aber eine auf der Weide grasende Kuh eine Vielzahl von Ökosystemen fördert,
128 sollte uns eine Prämie wert sein, die einen Teil des verminderten Ertrages
129 aufwiegt. Das stärkt unsere Natur und unsere Landwirte zugleich.

130 **Partnerschaftlicher Naturschutz**

131 Es gibt in Bremen viele gute Beispiele für eine sehr erfolgreiche Zusammenarbeit
132 zwischen Naturschutz und Landwirtschaft: z.B. das Wiesenvogelschutzprogramm. Wir
133 sind der festen Überzeugung, dass eine partnerschaftliche Zusammenarbeit auf der
134 beide Seiten die Leistung des anderen anerkennen, die beste Grundlage für eine
135 erfolgreiche Zusammenarbeit ist.

Antrag 015: Kapitel 15: Die Freiheit endet nicht an Bremens Grenzen

Antragsteller*in:	Landesvorstand Bremen (LV Bremen)
Status:	zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Freiheit und Demokratie weltweit**

2 Bereits seit Jahren sind weltweit besorgende Entwicklungen zu beobachten. Die
3 Ereignisse des letzten Jahres, insbesondere dem russischen Überfall und die
4 Freiheitskämpfe im Iran, haben wieder gezeigt, dass Freiheit und Demokratie
5 nicht selbstverständlich sind, sondern erkämpft und stets verteidigt werden
6 müssen. Als Bundesland muss auch Bremen sich für die Erhaltung und Förderung der
7 freiheitlich-demokratischen Gemeinschaft einsetzen. Sowohl im Bundesrat,
8 sowie im Rahmen der eigenen Befugnisse und Zuständigkeiten, oder im bilateralen
9 Direktkontakt, muss Bremen sich dafür einsetzen.

10 **Unterstützung für die Ukraine**

11 Seit dem russischen Überfall der Ukraine haben hunderttausende Ukrainer Schutz
12 und Zuflucht in Deutschland und in auch Bremen gefunden. Es darf zu keinem
13 Zeitpunkt Zweifel daran bestehen, dass Deutschland die Ukraine bei der Abwehr
14 des russischen Angriffs humanitär, wirtschaftlich, aber auch mit
15 Waffenlieferungen unterstützt. Währenddessen müssen wir den geflüchteten
16 Ukrainer und insbesondere den zahlreichen Kindern hier vor Ort helfen. Gerade
17 für Kinder gilt es die Bildungs- und Hilfsangebote drastisch zu verbessern. Auch
18 für die Zeit nach dem russischen Angriffskrieg muss Deutschland, aber auch
19 Bremen, das möglichste Tun, um der Ukraine beim Wiederaufbau zu helfen.

20 **Selbstbestimmung für den Iran**

21 Auch im Iran stellen sich seit Monaten viele mutige Menschen dem iranischen
22 Regime entgegen und riskieren Alles im Kampf für mehr Freiheit und
23 Selbstbestimmung. Zu viele Menschen mussten diesem Kampf bereits ihr Leben
24 oder ihre Freiheit opfern. Als Freie Demokraten stehen wir klar an der Seite
25 freiheitssuchenden Menschen und fordern ein schnelles und geschlossenes Handeln
26 der internationalen Gemeinschaft freiheitlich-demokratischer Staaten. Gemeinsam
27 mit unseren Europäischen Partnern müssen wir den internationalen Druck auf das
28 iranische Regime erhöhen und die weiteren wirksamen Sanktionen verhängen. Nur so
29 können wir die tapferen Frauen und Männer im Iran in ihrem Kampf für bessere

30 Frauenrechte, mehr Selbstbestimmung und gegen religiöse Repressionen
31 unterstützen.

32 **Taiwanesischen Instituts schaffen**

33 Seit Jahren missachtet die Volksrepublik China regelmäßig Menschen- und
34 Freiheitsrechte im eigenen Land, und bedroht regelmäßig die Integrität
35 souveräner Staaten und autonomer Regionen. Insbesondere Hongkong und Taiwan
36 sehen sich permanent der Einflussnahme und Bedrohung durch China ausgesetzt. Als
37 freiheitlich-demokratisches Land ist es unsere Pflicht den Menschen, die
38 von Chinas Politik betroffen sind beizustehen. Solange China die bestehende
39 Politik national wie international fortsetzt, kann die Antwort freier
40 Demokratien nur sein sich zunehmend von China abzuwenden und stattdessen die
41 Zusammenarbeit und Kooperation mit freiheitlich-demokratischen Staaten zu
42 intensivieren.

43 Die Konfuzius-Institute in Deutschland dienen China dabei nicht als Begegnungs-
44 und Austauschstätte zwischen unterschiedlichen Kulturen, sondern werden
45 regelmäßig zu Desinformation- und Propagandazwecken der kommunistischen Regierung
46 Chinas genutzt. Wir fordern jede Zusammenarbeit mit den Konfuzius-Instituten
47 einzustellen. Stattdessen sollte Bremen und Deutschland der
48 taiwanesischen Regierung entsprechende Kooperationsangebote unterbreiten. Hierzu
49 zählen die Schaffung eines taiwanesischen Instituts zum interkulturellen
50 Austausch, die Verstärkung der Handels- und Wirtschaftsbeziehung, sowie die
51 Kooperation im Bildungsbereich. Außerdem soll Bremen die Möglichkeit von
52 Städtepartnerschaften mit taiwanesischen Städten anbieten.

53